

PARITÄTISCHER Rundbrief

April 2012

**Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,**

in den Monaten Januar und März fanden drei hoch informative Veranstaltungen zur Jugendhilfe statt: Fixfit Kita! Fixfit Jugendarbeit! und Fixfit HzE! – Hilfen zur Erziehung.

Sie waren gedacht als Crashkurse in Sachen Jugendhilfe für die neuen Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse und die Parlamentarier in Abgeordnetenhaus und BVV, die nach den Berliner Wahlen im vergangenen Herbst für die Jugendhilfe mit in der Verantwortung stehen. Der

PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Berlin und die anderen Liga-Wohlfahrtsverbände hatten dazu eingeladen. Die Chance, fix fit zu werden, nutzten die frisch gebakkenen Politiker gern – alle drei Veranstaltungen fanden sehr viel Zuspruch!

Danken möchte ich an dieser Stelle neben den Initiatoren auch den Experten aus Politik und Verwaltung sowie aus Fachverbänden und Jugendorganisationen, die viel zum Gelingen der drei Veranstaltungen beigetragen haben. Alle dabei verwendeten Dokumente sind auf der Internetseite www.paritaet-berlin.de unter Themen von A-Z zu finden.

Der Zeitpunkt für die Veranstaltungen war mit Bedacht gewählt – die Wahlperiode hat erst vor kurzem begonnen, und wir sind mitten in den Haushaltsverhandlungen! Ein gelungener Beitrag also, um die anstehenden Fach- und Finanzdebatten zur Jugendhilfe zu versachlichen. Für den Kitabereich sieht die Situation erfreulich aus. Berlin ist für Familien mit Kindern attraktiv, und die gute Kitaversorgung in Berlin hat daran Anteil. Damit dies so bleibt, muss viel getan werden. Seit einigen Jahren schon werden in Berlin mehr Kinder geboren als alle Prognosen voraussagen. Derzeit gibt es 190 000 Kinder unter 6 Jahren in der Stadt, und alles spricht dafür, dass die Zahlen weiter steigen werden. Dem muss sich auch die Kitaplanung anpassen. In den letzten drei Jahren sind 9300 Kitaplätze neu entstanden - fast alle bei den freien Trägern! Aber bis 2015 fehlen immer noch 19 000 Plätze! Gut, dass sich das Land Berlin dazu durchgerungen hat, 20 Millionen für ein Kita-Ausbau-Programm im neuen Doppelhaushalt vorzusehen – ein Erfolg, zu dem wir der neuen Jugendssenatorin Sandra Scheeres gratulieren können!

Unter Hochdruck werden nun also neue Kitaplätze geschaffen! Die Achillesferse dabei ist der Fachkräftemangel. Viele Wege sind zu beschreiten, um Fachkräfte zu gewinnen und zu qualifizieren. Dies alles kostet das Land Berlin viel Geld – Geld, das gut

angelegt ist. Dies zeigen die Einschulungsuntersuchungen. Je früher die Kinder eine Kita besuchen, desto besser sind die sprachlichen Voraussetzungen.

Im Vergleich zur Kitaversorgung haben es die Jugendarbeit und die erzieherischen Hilfen viel schwerer, sich als eigenständige Bereiche neben Kita und Schule zu behaupten und anerkannt zu werden. Schon finanziell wird die Jugendarbeit stiefmütterlich behandelt. Statt mindestens zehn Prozent des gesamten Jugendhilfeetats für Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen, wie es das Berliner Ausführungsgesetz zum KJHG vorsieht, bewegen sich die Etats für Jugendarbeit faktisch um die fünf Prozent. Damit droht ein wesentlicher Punkt der Jugendarbeit aus dem Blick zu geraten, nämlich: Dass die Förderung aller jungen Menschen ermöglicht werden soll – ohne Verengung auf soziale Benachteiligung! Studien zeigen: Die aktiven Jugendlichen in Projekten und Jugendorganisationen sind die Ehrenamtlichen von morgen!

Drei Forderungen möchte ich herausgreifen: Erstens muss Jugendarbeit eine verlässliche finanzielle Grundlage erhalten und darf nicht nur über jederzeit kündbare Projekte angeboten werden. Zweitens müssen die Gehälter der Beschäftigten in der Jugendarbeit an die Tarifierhöhungen des Landes angepasst werden. Drittens müssen Zuwendungen und Entgelte auf Basis realisierbarer Leistungen der Träger berechnet werden.

Bei der Veranstaltung Fixfit HzE sorgte vor allem der Beitrag der Grazer Jugendamtsleiterin für innovative Impulse. Seit 2010 gibt es in Graz ein Modellprojekt, in dem die fachliche und finanzielle Steuerung der Erziehungshilfen über sozialraumorientierte Budgets erprobt wird – mit sehr überzeugenden Resultaten. Unter anderem wurde der Kostenanstieg für Erziehungshilfen gestoppt.

Unser Verband hat bereits 2002 erstmals Grundzüge eines sozialraumorientierten Jugendhilfebudgets entwickelt. 2008 gab es einen Beschluss des Abgeordnetenhauses, in zwei Berliner Bezirken eine Jugendhilfebudgetsteuerung zu erproben. Danach jedoch geschah nichts. Nun wird es Zeit, dass die Berliner Jugendhilfeexperten und politischen Entscheider von Graz lernen. Zwei Berliner Bezirke sollten den Mut aufbringen, eine Budgetsteuerung für die Jugendhilfe modellhaft zu erproben.

Ihre

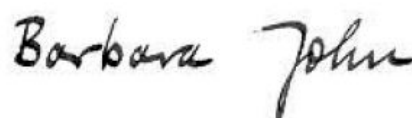


Foto: Cisela Schuster



Barbara John ist Vorsitzende des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Berlin

Inhalt

4-5	LANDESGESCHÄFTSSTELLE <ul style="list-style-type: none">● Kostenlose Beratungsleistungen für Mitgliedsorganisationen im Personalwesen● Recht auf zweite Chance: Therapeutische Wohneinrichtungen für entlassene psychisch beeinträchtigte Straftäter	26	ÄLTERE BÜRGER <ul style="list-style-type: none">● Internetportal der Deutschen Post für Menschen über 50
6-9	GESAMTVERBAND <ul style="list-style-type: none">● Neue Impulse für PARITÄTISCHE Bürgerschulen● PARITÄTISCHER kritisiert Betreuungsgeld● Förderung von Migrantenorganisationen	26-27	FAMILIE <ul style="list-style-type: none">● Was brauchen Kinder, um glücklich aufzuwachsen?● Lange Nacht der Familie am 5. Mai
9-10	BÜRGERENGAGEMENT <ul style="list-style-type: none">● Rekordbeteiligung bei der Stiftungswoche● Spendenbarometer des „Vereins zur Förderung Bulgarischer Kinderheime“	27-30	GESUNDHEIT / STRAFFÄLLIGEN- UND OPFERHILFE <ul style="list-style-type: none">● Fachtagung „Gesundheit und Haft in Berlin“
11-13	AKTUELLE WETTBEWERBE & PREISE <ul style="list-style-type: none">● Deutscher Präventionspreis● Schulwettbewerb „Nachhaltigkeit macht Schule“● Tut was gegen rechts - und fährt nach Brüssel!	31-32	KINDER- UND JUGENDHILFE <ul style="list-style-type: none">● Keine Ferienbetreuung für 9 – 13-Jährige?● Fipp e.V. – Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis feiert Jubiläum
14-17	IM GESPRÄCH <ul style="list-style-type: none">● Interview mit dem oberschenkelamputierten Deutschlandwanderer Roland Zahn (75)	33	KULTUR
17-20	PRESSESPIEGEL	33	KINDERTAGESSTÄTTEN <ul style="list-style-type: none">● Berufsbegleitende Weiterbildung für künftige Kitamanager
21-25	AKTUELL <ul style="list-style-type: none">● Wetek-Projekt gewinnt bundesweiten Wettbewerb● 20-Jahr-Feier der nbw Nordberliner Werkgemeinschaft: Helmut Forner feierlich verabschiedet● „mob“-Wohnungen unter dem Mietspiegel● Arbeit statt Strafe - und was dann?● 20 Jahre Betreuungsrecht● Schnelle Hilfe für Lichtenberger Bürger	34	LEKTÜRE <ul style="list-style-type: none">● Neues Handbuch über Partizipation in Kindertageseinrichtungen
		35-38	MENSCHEN MIT BEHINDERUNG <ul style="list-style-type: none">● Fachtagung Wohin geht die Reise der UN-Behindertenrechtskonvention?● Europäischer Protesttag am 5. Mai● Sportlerinnenporträt Ilke Wyludda
		38	PFLEGE
		39	SCHULE <ul style="list-style-type: none">● Berlin im unteren Mittelfeld
		40-48	RECHT, AUS- UND FORTBILDUNG, SERVICE, PINNWAND

Die Titelfotos im April

Coverfoto links oben: Das Projekt Fee vom Nachbarschaftsheim Mittelhof bekommt Besuch vom rbb_Freiwilligenbörse im Roten Rathaus. Foto: Petra Engel

Mitte: In der Küche schmeckt´s. Momentaufnahme in der Seniorenstiftung Prenzlauer Berg, Foto: Michael Janda.

Unten: Wandergruppe, Haus des Älteren Bürgers gGmbH. Foto: Jahn Röhl

Coverfoto rechts oben: Jugendliche mit Interesse am Bürgerschaftlichen Engagement. Informationsgespräch am Stand der Humanisten Berlin bei der Freiwilligenbörse im Roten Rathaus. Foto: Petra Engel

Großes Foto: Elham Fathie vor ihren Werken, Perspektive Zehlendorf e.V. Foto: Heide Schostek

So gesehen...

Foto: Heide Schostek



Seit Anfang Februar hängen Arbeiten in den Räumen der Landesgeschäftsstelle des PARITÄTISCHEN Berlin, die unter dem Generalthema „Experimente mit unterschiedlichsten Materialien“ entstanden sind. Jetzt fand die Midissage in der Landesgeschäftsstelle statt, und die fröhliche Stimmung bei den Vereinsmitgliedern und Gästen des Vereins Schutzhülle e.V. war deutlich spürbar. Denn erstmals hängen die Werke der künstlerisch aktiven Frauen in so hellen Räumen (Foto links). Das Tageslicht betont Farben und Strukturen der Textilien aus denen die Bilder entstanden sind. Rund 20 Frauen unterschiedlichen Alters gestalteten die Werke. „Die künstlerische Arbeit lässt so ganz nebenbei soziale Kontakte, ja sogar Freundschaften, entstehen. Das Selbstbewusstsein verändert sich im positiven Sinne“, so Hannelore Schiemann, die Projektkoordinatorin des Vereins. Die Räume von Schutzhülle e.V. in der Hans-Schmidt-Straße 6 bis 8 im Bezirk Treptow-Köpenick werden wöchentlich von fast 100 Frauen aufgesucht. Die Altersstruktur der Aktiven liegt zwischen 50 und 90 Lebensjahren, umfasst also gut zwei Generationen.

Bitte geben Sie den Rundbrief auch an Ihren Vorstand und Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen weiter.

Impressum

Herausgeber: PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin
www.paritaet-berlin.de
Brandenburgische Str. 80, 10713 Berlin
Tel. (030) 8 60 01-0, Fax (030) 8 60 01-110
E-Mail info@paritaet-berlin.de
Geschäftsführung: Oswald Menninger
Elke Krüger (Stv.)

Redaktion: Uli Schulte Döinghaus
Tel.: (030) 85 40 70 84
Computerfax 032223712420
rundbrief@paritaet-berlin.de

PARITÄTISCHE Pressestelle, Elfi Witten
Tel. (030) 8 60 01-181
Fax (030) 8 60 01-140

Herstellung: Union Sozialer Einrichtungen gemeinnützige GmbH. Gedruckt auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Papier. Erscheinungsweise monatlich (Doppelausgaben im Januar/Februar und August/

September). Der Rundbrief hat eine Auflage von 1250 Stück. Der Verteiler umfasst alle Mitgliedsorganisationen der PARITÄTISCHEN Landesverbände Berlin und Brandenburg. Weitere Adressaten: Gesellschaftliche Institutionen, Verbände, Verwaltung, Einrichtungen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats. Pressemitteilungen und Beiträge bitte möglichst per E-Mail an die Redaktion senden. Private Kleinanzeigen (Stellengesuche) bitte an die Redaktion schicken und den Anzeigentext mailen an rundbrief@paritaet-berlin.de. Die Anzeigen sind maximal vier Monate im Internet sichtbar. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Der Rundbrief wird unter www.paritaet-berlin.de im Internet veröffentlicht. **Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet die Redaktion auf eine Genderschreibweise. Die Bezeichnung von Personengruppen bezieht die weibliche Form jeweils ein.**



Die Fachgruppe Migration im PARITÄTISCHEN Landesverband Berlin unterstützte die Aktion „5 vor 12“ und ging am 21. März um 5 vor 12 auf die Straße, d.h. vor die Landesgeschäftsstelle - mit Verstärkung durch engagierte Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle (Foto). Der Hintergrund: Am 21. März 1960 protestierten in der südafrikanischen Stadt Sharpeville mehrere tausend Menschen gegen des Apartheid-Regime. Am Tag der Demonstration eskalierte die Situation. Polizisten schossen auf Demonstranten. Dabei wurden 70 Menschen getötet. Die UN-Vollversammlung erklärte 1966 den 21. März zum „Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung.“

PARIPERSONAL GMBH

Kostenlos für kleine und mittlere Organisationen

PARITÄTISCHER fördert auch Beratungsleistungen für Mitgliedsorganisationen im Personalwesen

Der unverändert hohe Bedarf an professionellen Beratungen im Personalwesen – besonders mit der Einführung des Angleichungstarifvertrages ATV ab 2011 – führt dazu, dass auch im Jahr der sogenannte „Personal-Beratungspool“ für Beratungen rund um den Personalbereich aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin über den PARITÄTISCHEN Berlin zur Verfügung gestellt wird. Diese Beratungen sind für kleine und mittlere Organisationen kostenlos.

In den vergangenen Jahren wurden diese Beratungen intensiv durch Mitgliedsorganisationen nachgefragt. Im Durchschnitt partizipierten jährlich zwischen 50 und 80 Organisationen von diesem Angebot.

Insofern war der Beratungspool gerade für die oben genannte Zielgruppe von Mitgliedsorganisationen ein wichtiges Instrument, Fachwissen zu diesen Themen kostenlos zu erhalten.

Ebenso machen die permanenten Veränderungen im Bereich des Personalwesens den weiterhin großen Bedarf an der Weiterführung des Beratungsangebotes notwendig. Der PARITÄTISCHE hat wiederholt die Pari

Personal GmbH mit der Umsetzung dieses Angebotes beauftragt, die im genannten Kontext Beratungen zu folgenden Schwerpunktthemen bietet:

- Beantwortung von Fragen zum BAT, AVR, AVR II, TVÖD, ATV
- Beantwortung von allgemeine Fragen zum Personalwesen
- Personalkostenhochrechnungen
- Weiterbildungen

Förderfähig sind alle Mitgliedsorganisationen, die zum Zeitpunkt der Förderung Mitglied im PARITÄTISCHEN Berlin sind.

Grundsätzlich sind pro Einrichtung 10 Stunden pro Kalenderjahr an Beratung zu 100 Prozent förderfähig.

Fragen beantwortet die PariPersonal GmbH gerne.

PariPersonal GmbH

Wittestraße 30 E; 13509 Berlin

Tel.: 55174100; Fax: 55174222

e-mail: info@pari-personal.de

www.pari-personal.de

Paritätischer Jahresempfang

Am Mittwoch, 23. Mai, findet ab 15 Uhr der Paritätische Jahresempfang 2012 in der Auferstehungskirche in Friedrichshain statt, Pufendorfstraße 11. Senator Mario Czaja wird als Gastredner sprechen über: „Neue Impulse für die Gesundheits- und Sozialpolitik“. Die Einladungen werden in der nächsten Zeit verschickt.

ZEITRAUM gGMBH

Recht auf zweite Chance

Diskussion um Therapeutische Wohneinrichtungen für entlassene psychisch beeinträchtigte Straftäter

Seit vielen Jahren gibt es in Berlin betreute Übergangswohneinrichtungen für psychisch kranke Straftäter, die nach therapeutischer Behandlung mit einer guten Prognose aus dem Krankenhaus des Maßregelvollzugs (KMV) entlassen werden. Nirgendwo ist es in der Nachbarschaft zu einem Anstieg von Straftaten gekommen. Menschen aus der Sicherungsverwahrung, Mörder oder Sexualstraftäter werden prinzipiell nicht in diese Einrichtungen entlassen.

Psychisch kranke Straftäter haben ebenso ein Recht auf Resozialisation und eine zweite Chance in der Gesellschaft wie Straftäter, die nach Verbüßen ihrer Strafe aus dem Gefängnis entlassen werden. Letzteres geschieht in einer Großstadt wie Berlin jeden Tag. Ein Sachverhalt, der niemanden beunruhigt.

Einzelappartements und Gemeinschaftsräume

Zurzeit entsteht in Berlin-Pankow in Trägerschaft der PARITÄTISCHEN Mitgliedsorganisation ZeitRaum gGmbH das Projekt „Whien - Therapeutischer Verbund Weissensee – halboffen, integrieren und entwickeln“. Durch Umbau und Erweiterung einer ehemaligen Haftanstalt entstehen hier 20 Einzelappartements und zwei Gemeinschaftsräume. Ergänzend sind Beschäftigungsprojekte vorgesehen, die den Tagesablauf der Bewohner strukturieren und die Nachbarschaft einbeziehen sollen: ein Cafe mit Ladenverkauf, handwerkliche Arbeiten, Hof- und Gartenarbeit sowie Tierpflege. Im Garten entsteht ein Tiergehege mit vorerst zwei Alpakas. Die Bewohner werden sozial und therapeutisch durch Fachpersonal betreut unter Einbeziehung psychiatrischer Kontakt- und Begegnungsstätten, Selbsthilfegruppen und weiterer Angebote im regionalen Umfeld. Ziel ist es, die Bewohner in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren sozial und beruflich zu integrieren.

Zeitraum: Betreuungsangebote seit 40 Jahren

ZeitRaum ist ein fachlich sehr anerkannter Träger. In seinen Einrichtungen werden seit fast 40 Jahren Wohn- und Betreuungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen realisiert. So entstand bereits im Jahr 2006 in Berlin-Mitte das erste sozial und therapeutisch betreute Wohnprojekt für psychisch beeinträchtigte Straftäter in Trägerschaft der ZeitRaum gGmbH - der Wohnverbund Rehabilitation und Integration in der halboffenen Un-

terbringung - RIhoU. Eine Gefährdung des Umfelds hat sich daraus erwiesenermaßen nicht ergeben.

Beide Projekte wurden und werden aus Mitteln des Landes Berlin und der ARD-Lotterie „Ein Platz an der Sonne“ finanziert. Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Berlin hat die Förderanträge von ZeitRaum für die therapeutischen Wohnprojekte in Pankow und Mitte durch positive fachliche Stellungnahmen unterstützt.

Sachlichkeit und Differenzierung gegen Vorbehalte

Es gehört zu den Grundrechten unserer demokratisch verfassten Gesellschaft, dass Straftäter nicht ihr Leben lang weggeschlossen werden dürfen, sondern eine Chance zur Resozialisation erhalten müssen. Die therapeutisch betreuten Wohnprojekte für psychisch beeinträchtigte Straftäter in verschiedenen Bezirken Berlins haben gezeigt, dass dies möglich ist, ohne die Anwohner in der Nachbarschaft zu gefährden.

Die Medien sind gefordert, sachlich und differenziert zu berichten und nicht einfach nur Vorbehalte von Anwohnern zu verstärken. E.Witten

Sozialwirtschaft als Wirtschaftsfaktor

„Die Sozialwirtschaft ist nicht nur Kosten- sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die innerhalb der Branche erzielte Wertschöpfung wird vielfach unterschätzt, vor allem in Hinblick auf die regionalökonomischen Ausstrahlungseffekte.“

Unberücksichtigt bleibt häufig, dass ein großer Teil (39 Prozent) der eingesetzten öffentlichen Mittel über Steuern an die öffentliche Hand zurückfließt. Werden noch weitere Effekte berücksichtigt, beispielsweise die in anderen Wirtschaftszweigen erzeugte Beschäftigung, summiert sich die Rückflussquote sogar auf 73 Prozent.“

Dies ist eine Kernaussage der regionalökonomischen Analyse der thüringischen Sozialwirtschaft, vorgetragen von Wirtschaftswissenschaftler Martin Ehrlich von der Universität Jena bei der Tagung: „Unbekanntes Wirtschaftswunder – Sozialbranche zwischen Nichtachtung und Skandal“ am 27. März im Tagungszentrum der Bank für Sozialwirtschaft. Ein ausführlicher Bericht zur Tagung folgt im Mai-Rundbrief.

Die Folien zur Regionalanalyse stehen als Download zur Verfügung unter

www.paritaet-berlin.de > Themen von A-Z > Bürgergesellschaft

FACHTAG ZUR UMSETZUNG VON BÜRGERSCHULEN

Neue Impulse für PARITÄTISCHE Bürgerschulen

Von Elfi Witten

„Bürgerschulen für alle!“ war der Titel einer Broschüre, in der der PARITÄTISCHE Berlin im Jahr 2007 erstmals das Konzept der Bürgerschulen in die schulpolitische Diskussion einbrachte und Essentials für eine grundlegende Reform des Schulsystems formulierte. Der Verband forderte das Land Berlin auf, einen Modellversuch zur Erprobung einer Bürgerschule zu unterstützen (siehe Infokasten S. 7).

Seitdem haben sich die Ideen zur Bürgerschule wie ein Lauffeuer in allen Landesverbänden und dem PARITÄTISCHEN Gesamtverband verbreitet. Das Land Berlin zeigte sich bislang verschlossen. Neben den Schulformen der öffentlichen Hand sind keine weiterreichenden zivilgesellschaftlichen Initiativen in diesem Feld erwünscht, so scheint es.

Mit einem Fachtag zur Umsetzung von Bürgerschulen gab der PARITÄTISCHE Gesamtverband im März 2012 einen neuen Impuls: In den Räumen der PARITÄTISCHEN Akademie versammelten sich an die 100 Experten aus dem gesamten Bundesgebiet, um sich mit dem „Rechtsrahmen für Organisation, Betrieb und Finanzierung eines innovativen Schulmodells – die Bürgerschule“ auseinanderzusetzen. Prof. Dr. Jörg Ennuschat von der Fernuniversität Hagen hat dazu im Auftrag des Gesamtverbandes ein Rechtsgutachten erstellt, das er bei der Veranstaltung vorstellte.

Definition einer Bürgerschule als Modellversuch

Was ist eine Bürgerschule? Prof. Ennuschat geht von einem Begriff der Bürgerschule aus, so wie er in einem Modellversuch umgesetzt werden könnte: „Gemeinwohlorientierter Träger, Einbindung des vor Ort vorhandenen gesellschaftlichen Engagements in die Bürgerschule, Vernetzung mit Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, Schaffung eines ganzheitlichen Bildungs- und Lehrraums, weitreichende Schulautonomie – hinsichtlich des Schulprofils, der pädagogischen Konzepte, des Budgets und des Personals – auf der Grundlage von Zielvereinbarungen und der kontinuierlichen Evaluierung der Schulqualität, Pflicht zur Aufnahme aller Schüler im Einzugsbereich, keine freie Schülerwahl, Vollfinanzierung durch die öffentliche Hand, kein Schulgeld, besonderer Fokus auf sozial benachteiligte

Schülerinnen und Schüler sowie auf sozial benachteiligte Stadträume, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen.“

Rechtliche Verankerung freier Schulen im Grundgesetz

Zwei, drei Aspekte des Gutachtens seien im Folgenden kurz benannt. Das Grundgesetz kennt zwei Säulen des Schulwesens – öffentliche Schulen und Schulen in freier Trägerschaft. „Aus der Privatschulfreiheit (Art. 7 Abs.4 GG) folgen eine Absage an ein staatliches Schulmonopol und eine Wertentscheidung zugunsten einer Schulfeldvielfalt“, so Ennuschat. Privatschulen seien also kein Fremdkörper im Schulwesen. Aber – das Grundgesetz definiert doch einen gewissen Vorrang der öffentlichen Schule (Art.7 Abs. 4,5 GG).

Vollfinanzierung einer Bürgerschule verfassungsrechtlich möglich?

Es gibt kein Verfassungsgebot zur Vollfinanzierung von Privatschulen – aber auch kein Verbot. Die Länder haben hier Gestaltungsspielräume. Dabei ist allerdings der Gleichheitsgrundsatz bei der Förderung freier Schulen zu berücksichtigen (Art. 3 Abs.1 GG).

Eine Bürgerschule darf nicht ohne Grund besser gestellt werden als andere freie Schulen. „Die Übernahme besonderer Pflichten, die Ausrichtung auf sozial benachteiligte Stadträume und die Erreichung bestimmter bildungspolitischer Ziele könnte die finanzielle Privilegierung legitimieren.“ Hier könnte und müsste man auch mit einem ganz besonders überzeugendem Konzept punkten, das ohnehin bei der Gründung einer freien Grundschule Voraussetzung ist, um die Anerkennung als Ersatzschule zu erlangen.

Pädagogisches Konzept der Bürgerschule

Dem pädagogischen Konzept kommt eine Schlüssel-funktion zu. Überzeugungskraft kann dieses Konzept nach Ennuschat dann gewinnen, „wenn es dazu beiträgt, dass die Bürgerschule in stärkerem Maße als die anderen Schulen verhindert, dass sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler zu Bildungsverlierern werden. Zentrale Bringschuld der einzelnen Bürgerschule ist es, ein derartiges Erfolg versprechendes pädagogisches Konzept zu entwickeln.“

Vollfinanzierung nach Schulgesetzen möglich?

In der Gesetzgebung der Länder sind abgestufte Fördersätze zur Finanzierung von Privatschulen zu finden. Demnach „ist die Vollfinanzierung einzelner Schulen kein Fremdkörper im Privatschulrecht.“ Regelungen für eine vertraglich vereinbarte Anhebung der Förderung einer Ersatzschule sind in den Schulgesetzen von Bremen und Bayern zu finden.

Fazit des Gutachtens

„Es ist eine Frage des politischen Willens, ob der Schulgesetzgeber die Impulse in Richtung Voll- und Sofortfinanzierung aufgreift. Die Rechte und Pflichten der Bürgerschule im Verhältnis zum Land könnten durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag festgelegt werden.“

Vorbild sind die Regelungen in Bayern und Bremen. Es empfiehlt sich, eine gesetzliche Regelung nach diesem Vorbild zu schaffen.

Gibt es konkrete Initiativen zur Gründung einer Bürgerschule?

Diese Frage stellte sich in der abschließenden Podiumsdiskussion, an der neben Barbara John und Prof. Ennuschat auch die Berliner Landesvorsitzende der Grünen, Bettina Jarasch, und Christian Lindner, FDP-MdB. Barbara John berichtete, dass die Bürgerplattform Wedding/Moabit plane, eine Bürgerschule zu gründen. Die zwei anwesenden Vertreterinnen der Bürgerplattform ergänzten, dass die Arbeitsgruppe Bildung der Bürgerplattform sich seit einigen Monaten mit der Gründung einer Bürgerschule befasst. Es geht dabei um die Gründung einer Oberschule im Wedding, der insgesamt als soziale Brennpunkteregeion bezeichnet werden kann. Die Bürgerplattform umfasst rund 40 Organisationen, darunter viele Religionsgemeinschaften, Migrantenorganisationen, Bürgervereine und soziale Träger – auch PARITÄTISCHE Mitglieder.

Die Bürgerplattform kooperiert bereits seit zwei Jahren mit der Ersten Gemeinschaftsschule in Moabit und hat verschiedene Institutionen wie die Charité, die Breuninger Stiftung und die Stiftung PARITÄT Berlin in die Realisierung eines Bildungsabschlusses für alle Schüler einbezogen. Man konnte dabei Erfahrungen sammeln, die dazu geführt haben, auch im Wedding aktiv zu werden und eine eigene Schule zu gründen. Es soll eine Bürgerschule werden, ohne Schulgeld, damit Kinder aus armen Familien diese Schule besuchen können.

An der engeren Gründungsinitiative sind zurzeit mehrere Moscheevereine, katholische und evangelische Kirchengemeinden, die afrikanische Jesus Miracle Harvest Church, eine Baptistengemeinde und zahlreiche Weddingener Bürgervereine beteiligt. Der Gründungsprozess wird durch kompetente Berater und Unterstützer begleitet – darunter zwei PARITÄTISCHE Organisationen aus dem Bildungsbereich, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ und die Internationale Akademie (INA) für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie an der Freien Universität Berlin. Ziel ist, es noch in diesem Jahr einen Antrag zu stellen. Die Suche nach einer Schulleitung, nach Räumlichkeiten und Geldgebern ist in vollem Gange. Die Trägerfrage ist zu

klären, ggf. ein Träger zu gründen, das pädagogische Konzept ist auszuarbeiten – alles läuft auf Hochtouren. Die Landesvorsitzende der Grünen, die gegen freie Schulen den prinzipiellen Vorbehalt der sozialen Segregation ins Feld führt, spricht sich in diesem Fall für eine Unterstützung der Bürgerschulgründung durch die Bürgerplattform Wedding/Moabit aus.

Internetportal der Bürgerplattform Wedding/Moabit
<http://www.wirsindda.com>

Das Gutachten von Prof. Ennuschat können Sie hier herunterladen:

<http://www.der-paritaetische.de> > Veröffentlichungen

Essentials einer Schulreform

Paritätischer Berlin, 2007

- Die Schulen werden aus der zentralen Schulverwaltung herausgelöst. An deren Stelle treten öffentlich-rechtliche Stiftungen, privatrechtliche Stiftungen oder gemeinnützige Schulträger.
- Die Schulträger bestimmen selbst, wie sie die Ziele vor Ort erreichen. Sie entscheiden über Schulprofil, Personal und Einsatz von Ressourcen. Zu den Pflichten einer Bürgerschule gehören: Aufnahme aller Kinder, Zielvereinbarungen und Evaluation, Transparenz der Leistungen.
- Ein vertraglich geregeltes gemeinsames Verantwortungssystem ersetzt die behördliche Verwaltung. Der Staat bleibt weiterhin in Verantwortung für die Bildung. Er setzt Bildungsziele, finanziert und kontrolliert.
- Die Finanzierung wird über Platzgelder bzw. Bildungsgutscheine für alle Schulträger gleich geregelt. Für Kinder mit besonderem Förderbedarf gibt es Zuschläge.
- Ein Elternbeitrag entfällt, da die Bildungsgutscheine unabhängig von der Schulträgerschaft die Kosten voll abdecken.
- Die Eltern erhalten die Entscheidungsmacht, welche Schule und welchen Schultyp sie für ihre Kinder wählen. Wer nicht wählt, erhält einen Schulplatz für sein Kind im Einzugsbereich.

Der PARITÄTISCHE fordert, die Vorbereitungen für einen Schulversuch nach diesen Prinzipien zu starten.

STREIT UM BETREUUNGSGELD FÜR HARTZ IV-BEZIEHER

PARITÄTISCHER kritisiert Vorhaben als unsinnig und sozial ungerecht

Als schamlose Brüskierung von Hartz IV-Bezieherinnen kritisiert der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband die Ankündigung der Bundesfamilienministerin, das geplante Betreuungsgeld Eltern im Hartz IV-Bezug zu verweigern.

Es sei zweifelhaft, ob diese Ungleichbehandlung mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Der Verband fordert die Bundesregierung auf, endlich Abstand von den



Plänen zur Einführung des umstrittenen Betreuungsgeldes zu nehmen.

Da es sich bei dem Betreuungsgeld nicht um eine Hilfeleistung, sondern um eine Anerkennungsprämie handelt, gebe es keinerlei Begründung, diese Leistung ausgerechnet Hartz IV-Bezieherinnen zu verweigern. Nach der bereits erfolgten faktischen

Streichung des Elterngeldes würden arme Mütter und Väter erneut willkürlich diskriminiert. „Der Vorgang zeigt, dass das Projekt völlig unausgegoren und fachlich nicht mehr zu retten ist“, konstatiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes (Foto).

„Bonus für Familien, die nicht drauf angewiesen sind“

„Das Betreuungsgeld ist eine familien- und bildungspolitisch unsinnige Prämie für Besserverdienende. Es geht weder um Wahlfreiheit noch um die Anerkennung für familiäre Betreuungs- und Erziehungsleistungen. Es geht ausschließlich um einen Bonus für Familien, die finanziell nicht drauf angewiesen sind“, so Schneider.

Der Paritätische appelliert an die Bundesregierung, das umstrittene Vorhaben umgehend zu stoppen und die Gelder lieber in sinnvolle Familienpolitik zu investieren. Notwendig seien insbesondere die weitere Verbesserung des Betreuungsangebotes und Hilfen für die Familien, die die Unterstützung des Staates wirklich benötigen.

www.der-paritaetische.de

FÖRDERUNG VON MIGRANTENORGANISATIONEN

Ressourcen stärken - Zusammenarbeit intensivieren

Zur Erarbeitung einer nachhaltigen Strukturförderung von Migrant*innenorganisationen (MO) und zur Stärkung ihrer sozialen und bildungspolitischen Arbeit im Bereich gesellschaftlicher Integration führt der PARITÄTISCHE Gesamtverband/ das Forum der Migrant*innen und Migrant*innen in Zusammenarbeit mit sieben bundesweit tätigen Migrant*innenorganisationen das Projekt „Ressourcen stärken - Zusammenarbeit intensivieren - Partizipationsmöglichkeiten für bundesweit tätige Migrant*innenorganisationen“ durch.

Das Projekt wird gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Am Projekt beteiligen sich folgende Migrant*innenorganisationen:

- Bundesverband Deutsch-Arabischer Vereine in Deutschland e.V.
- OEK - Bundesverband Griechischer Gemeinden in Deutschland e.V.
- TGD - Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.
- Föted - Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland e.V.
- KWKD - Kroatischer Weltkongress in Deutschland e.V.
- Bagiv - Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände in der BRD e.V.
- AABF - Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.
- Forum der Migrant*innen und Migrant*innen, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband e.V.

Ziele und Strategien

Die 2011 erarbeiteten Vorschläge für eine Grundausschüttungsförderung von Migrant*innenorganisationen (MO) werden von den beteiligten Organisationen im Rahmen einer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit Vertretern/innen zuständiger Ministerien weiterentwickelt. Darüber hinaus werden Vorschläge erarbeitet für eine bessere Beteiligung von MO an bestehenden Fördereinrichtungen, und zwar anhand der Analyse der gegenwärtigen Fördermöglichkeiten von bundes- und regional tätigen Mitgliedsorganisationen.

<http://www.migration.paritaet.org>

Am 11. Juni steht die **Gemeinschaftsverpflegung** in sozialen Einrichtungen im Zeichen von **Qualität** und **Best Practice**. Auf einer **Fachtagung** in **Fulda** treffen sich **Entscheider** aus sozialen Organisationen, **Wissenschaftler** und **Fachleute** aus der Praxis, um zukunftsweisende Lösungen zu diskutieren. Die **Fachtagung** konzentriert sich auf **Anforderungen** der sozialen Praxis an **Ernährungskonzepte**. Wie muss ein **Verpflegungsangebot** gestaltet sein, um den **sozialen Auftrag** einer Einrichtung zu stützen? Wie rückt der **Gast** in den **Mittelpunkt** der Aufmerksamkeit? Es werden vier **Workshops** zu folgenden **zentralen sozialen Arbeitsfeldern** angeboten: **Kita** und **Schule**, **Seniorenhäuser**, **Einrichtungen für Menschen mit Behinderung** und **Freizeit- und Bildungsstätten**. Die **Fachtagung** und der **Zukunftspreis Ernährung und Verpflegung** werden unterstützt vom **PARITÄTISCHEN Gesamtverband** und der **Hochschule Fulda**. Weitere Infos und Anmeldung telefonisch unter **0431/53738-44** www.fachtagung2012.de

Als definitiv gescheitert kritisiert der **PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband** das vor einem Jahr eingeführte **Bildungs- und Teilhabepaket** für arme Kinder. Der **Verband** fordert eine **Totalreform** und die **Einführung** eines verbindlichen **Rechtsanspruchs** auf **Teilhabe** für alle Kinder und Jugendlichen. „Die **Bilanz** nach einem Jahr ist **desaströs**“, stellt **Ulrich Schneider**, **Hauptgeschäftsführer** des **PARITÄTISCHEN**, fest. Es zeige sich, dass nicht einmal die **Hälfte der Antragsberechtigten** erreicht wurde. „Insbesondere die **Sport- und Musikgutscheine** entpuppen sich als **Luftnummer**, die kaum abgefragt werden“, so **Schneider**. „**Statt** neuer **Perspektiven** und **echter Teilhabechancen** für Kinder in **Hartz IV** wurde ein neues **Bürokratiemonster** geschaffen. Dieser ganze **Gesetzesmurks** ist an **Ineffizienz** und **Verwaltungsaufwand** nicht zu überbieten.“ Der **Verband** appelliert an die **Bundesregierung**, ihren **Fehler** zu **korrigieren** und sich zu einer **Totalreform** durchzuringen. **Notwendig** seien die **bedarfsgerechte Anpassung** der **Regelsätze** sowie die **Einführung** eines **einklagbaren Rechtsanspruchs** auf **Teilhabe- und Förderleistungen**. „**Kinder** sind keine **kleinen Arbeitslosen** und daher kann die **Lösung** auch nicht über die **Arbeitsverwaltung** organisiert werden. Was wir brauchen, ist ein **Rechtsanspruch** auf **Teilhabe** im **Kinder- und Jugendhilfegesetz**“, fordert **Schneider**.

BERLINER STIFTUNGSRUNDE

Rekordbeteiligung bei der Stiftungswoche

120 Veranstaltungen, 17 Ausstellungen und 70 Projekte gewähren **Einblicke** in die **Vielfalt der Berliner Stiftungslandschaft**.

Vom **17. bis 27. April** präsentieren **114 Stiftungen** ihre **Arbeit**: Mehr als **120 Veranstaltungen**, **70 Projekte** und **17 Ausstellungen** gewähren **Einblicke** in die **Vielfalt der Berliner Stiftungslandschaft**. Dabei steht die **3. Berliner Stiftungswoche** erstmals unter einem **Leitmotiv**, in dem die **gesellschaftliche Gestaltungskraft** von **Stiftungen** zum **Ausdruck** kommt: „**Die Rolle von Stiftungen als Förderer, Akteure und Moderatoren** gesellschaftspolitischer **Beteiligungsprozesse**“.

Schwerpunkt Bürgerbeteiligung

Die **Berliner Stiftungsrunde** als **Initiatorin** der **Berliner Stiftungswoche** möchte mit dem **Schwerpunktthema** einen **gesellschaftspolitischen Impuls** setzen. Denn in einer **Zeit**, in der immer mehr **Bürger** ihren **Wunsch** an der **aktiven Teilhabe** an **politischen Prozessen** entdecken, berühren diese **Veränderungen** auch die **Arbeit der Stiftungen**. Der **Berliner Stiftungsrunde** gehört auch der **PARITÄTISCHE Berlin** an.

Da viele **Stiftungen** darauf **abzielen**, das **Gemeinwesen** zu **stärken** und zu **Partizipation** zu **motivieren**, sind sie als **Plattformen** für den **Dialog** über **Mitverantwortung** für die **Gesellschaft** besonders **geeignet**. Rund **30 Stiftungen** haben sich diesem **Schwerpunktthema** mit **Veranstaltungen** und **Projekten** im **Rahmen der Berliner Stiftungswoche** **angenommen**. Die **insgesamt 114 teilnehmenden Stiftungen** und **Organisationen** haben ihren **Hauptsitz** in **Berlin** oder sind in **Berlin** **tätig**. Sie präsentieren ihre **neuen Projekte**, bieten **Führungen** und **Workshops** an, **fordern** zu **Diskussionen** auf.

Das **vollständige Programm** inklusive einem **Verzeichnis** aller **teilnehmenden Stiftungen** und **Organisationen** liegt für **Mitgliedsorganisationen** diesem **Rundbrief** bei und ist **hier online**:

<http://www.berlinerstiftungswoche.eu>

Im Rahmen der Stiftungswoche hält **Jürgen Grenz**, **Vorstand** der **Stiftung Gute-Tat.de**, am **26. April** in der **PARITÄTISCHEN Bundesakademie**, **Rosenthaler Str. 40-41; 10178 Berlin (Hackesche Höfe)**, um **18 Uhr** einen **Vortrag** zum **Thema**: „**Gewinnung** und **Einbindung** von **ehrenamtlichen Mitarbeitern** in **Stiftungen**“. **Anmeldung** erforderlich unter **i.brueggemann@gute-tat.de**

Studieren und zugleich engagieren: Pädagogen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) haben erstmals Service-Learning-Angebote von Hochschulen in Deutschland untersucht. Service Learning ist der international gebräuchliche Begriff für die Integration des gesellschaftlichen Engagements Studierender in die akademische Lehre und Forschung. Von insgesamt 368 in Deutschland befragten Hochschulen gaben 15 Prozent an, Service Learning durchzuführen. Die Studie verdeutlicht, dass Service Learning mittlerweile nicht nur die Sozial- und Geisteswissenschaften, sondern besonders auch die Wirtschaftswissenschaften sowie die Natur- und Ingenieurwissenschaften erreicht hat. Schon seit 2007 bietet die MLU mit Unterstützung der regionalen Freiwilligenagentur und der Volksbank Halle ihren Studierenden die Möglichkeit, im Bereich der allgemeinen Schlüsselqualifikationen Engagement und Studium zu verknüpfen.

www.servicelearning.uni-halle.de

Als „Arbeitshilfe“ hat der PARITÄTISCHE Gesamtverband die Broschüre „Der Einsatz von Ehrenamtlichen aus arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Sicht“ herausgebracht. Autorin ist die Rechtsanwältin Angela Behrens. Im Vorwort der nützlichen Ausarbeitung heißt es u.a.: „Ziel dieser Arbeitshilfe ist es, die unterschiedlichen Formen der Zahlung an Ehrenamtliche darzustellen und diese unter Berücksichtigung arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Aspekte näher zu beleuchten; hierbei ist insbesondere die ehrenamtliche Tätigkeit gegenüber sozialversicherungs- und lohnsteuerpflichtigen Beschäftigungsverhältnissen abzugrenzen.“ Die Broschüre gibt es auch als pdf-Datei zum Herunterladen.

http://www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/broschuere_ehrenamt_web.pdf

Die Dokumentation einer Konferenz „Engagement bewegt Generationen“ liegt nun als Broschüre zum Download vor. Die im Rahmen der Veranstaltung entwickelten Empfehlungen an Kommunen und Organisationen und die Vorschläge zu intergenerativen Projekten und zum Zusammenwirken von Jung und Alt liegen zusätzlich als Impulspapier vor. Ein besonderes Augenmerk lag auf generationsübergreifenden Aktivitäten und der gezielten Ansprache älterer Menschen.

<http://www.bagso.de/veranstaltungen.html#c3520>

VEREIN ZUR FÖRDERUNG BULGARISCHER KINDERHEIME

Projektübersicht mit Spendenbarometer

Einen Überblick über den Finanzierungs- und Spendenstand ihrer aktuellen Projekte bietet der „Verein zur Förderung Bulgarischer Kinderheime e.V.“ auf seiner Internetseite unter <http://www.bulgarische-kinderheime.de>



Optisch und inhaltlich überzeugend werden aktuelle Projekte kurz vorgestellt, Projektstart und -ende formuliert, der Finanzierungsstand markiert und per Mausclick die Möglichkeit zur Onlinespende eröffnet.

So erfahren wir, dass ein Projekt „Mobile Jugendarbeit“ zu 50 Prozent finanziert ist – zwei Sozialarbeiter müssen bezahlt werden, die Jugendliche nach Entlassung aus Kinderheimen begleiten. Erst zu 10 bzw. zu 12 Prozent sind zwei Projekte finanziert, die erst vor Kurzem angestoßen wurden. Das ist der Wunsch von Kindern, die im Kinderheim Maria Luisa leben, die Mauern rund um das Heim mit Graffiti zu beleben. Und das ist der Bedarf an Holz für die Werkstatt, mit dem die kleinen und jugendlichen Bewohner Produkte herstellen können, die sich dann auf Basaren verkaufen lassen.

Engagement für die „verlorenen Kinder Bulgariens“

Seit fast 15 Jahren arbeitet der „Verein zur Förderung Bulgarischer Kinderheime“ – Mitgliedsorganisation im PARITÄTISCHEN Berlin – vor Ort für die verlorenen Kinder Bulgariens. 2006 eröffnete der Verein mit dem Heim „Maria Luisa“ in Plovdiv das bisher einzige, nach der politischen Wende neu gebaute und bis heute modernste Kinderheim des Landes. Laut einer Studie der Weltbank war Bulgarien im Jahr 2001 mit 35 000 Heimkindern das Land mit den meisten Heimkindern in ganz Europa. „In der Kette jener Staaten, in denen sich internationale Hilfsorganisationen, gemeinnützige Vereine, christliche Hilfswerke und diverse Stiftungen engagieren, bildet Bulgarien eines der Schlusslichter“, schreibt die Organisation auf ihrer Webseite.

www.bulgarische-kinderheime.de



DEUTSCHER PRÄVENTIONSPREIS

Vor dem Essen, nach dem Essen ...

Wasser, Seife, Handtuch her, Händewaschen ist nicht schwer“ - so lautet das Motto des diesjährigen Deutschen Präventionspreises, den das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gemeinsam mit dem Institut für Hygiene und öffentliche Gesundheit des Universitätsklinikums Bonn ausloben.

Daran teilnehmen können Betreuungseinrichtungen mit Kindern unter sechs Jahren (oder deren Träger), die vorbildliche Projekte für eine kindgerechte und nachhaltige Vermittlung von Hygiene-Wissen und -Verhalten durchführen. Die Wettbewerbsbeiträge zum Deutschen Präventionspreis können zwischen dem 2. April und dem 15. Juni online eingereicht werden.

Die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Prof. Dr. Elisabeth Pott erläutert: „Hände sind der bedeutendste Übertragungsweg für Infektionen. Umso wichtiger ist es, schon frühzeitig über die richtige Händehygiene aufzuklären. Mit dem Deutschen Präventionspreis wenden wir uns in diesem Jahr gezielt an Kindertagesstätten. Unter Anleitung können Kinder die grundlegenden Hygieneregeln lernen, einüben und so fest in ihren Alltag verankern. Gelingt das, wissen Kinder schon von klein auf, wie sie sich vor Infektionen schützen und ihre Gesundheit erhalten können.“

Eine Befragung des „Hygiene Councils“ - ein Zusammenschluss weltweit führender Hygiene-Experten - aus dem vergangenen Jahr hat ergeben, dass sich in Deutschland weniger als die Hälfte aller Kinder vor dem Essen die Hände waschen.

Alle Informationen zum Deutschen Präventionspreis und zur Bewerbung finden Sie unter www.deutscher-praeventionspreis.de

Ab sofort können sich Engagierte, Initiativen, Vereine und Organisationen, die sich für junge Menschen an der Schwelle zum Erwachsenwerden stark machen, für Deutschlands größten bundesweiten Ehrenamtspreis bewerben. Mit dem diesjährigen Schwerpunktthema „Projekt Zukunft: Engagiert für junge Leute“ würdigt der Deutsche Bürgerpreis den gesellschaftlichen Beitrag aller, die jungen Menschen in ihren entscheidenden Jahren helfen, den für sie richtigen Weg zu finden. Die aktuellen Teilnahmeunterlagen finden Interessierte im Internet unter www.deutscher-buergerpreis.de oder bei teilnehmenden Sparkassen. Einsendeschluss für den Deutschen Bürgerpreis ist der 30. Juni. Der Deutsche Bürgerpreis zeichnet ehrenamtliches Engagement in vier Kategorien aus: *U21* ehrt Bewerber bis zu einem Alter von 21 Jahren und würdigt damit junges Engagement. Die Kategorie *Alltagshelden* richtet sich an vorbildlich engagierte Personen und Projekte unabhängig vom Alter. In der Kategorie *Engagierte Unternehmer* können sich Inhaber von Unternehmen bewerben, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Der Bürgerpreis in der Kategorie *Lebenswerke* würdigt das Engagement von Menschen, die seit mindestens 25 Jahre bürgerschaftlich aktiv sind.

www.deutscher-buergerpreis.de

Dönhoff-Stipendien für osteuropäische Freiwillige in Berlin. Der Deutsch-Russische Austausch e.V. lädt seit mehreren Jahren Freiwillige aus Russland, der Ukraine und Belarus zu halbjährigen Freiwilligendiensten nach Berlin ein. Neben ihrer Arbeit in Berliner Organisationen nehmen die Freiwilligen an einem umfangreichen Programm zur politischen Bildung teil, in dem sie viele Aspekte von Deutschland kennen lernen. Auch lädt der DRA mit Unterstützung der Marion-Dönhoff-Stiftung wieder vier jungen Menschen aus den genannten drei Ländern im Zeitraum von voraussichtlich September bis Februar 2013 zu einem solchen Freiwilligendienst ein. Bewerber schicken bis zum 20. Mai den Bewerbungsbogen mit Foto, ihren Lebenslauf und ein Motivationsschreiben zu. Deutschkenntnisse und gesellschaftliches Engagement im Heimatland werden erwartet. Alle Informationen gibt es hier.

<http://www.austausch.org/freiwilligendienst/deutschland/stipendien-der-marion-doehhoff-stiftung/aktuelle-ausschreibung.htmldeutschland/stipendien-der-marion-doehhoff-stiftung/aktuelle-ausschreibung.html>

Zum vierten Mal können sich ab sofort alle Ehrenamtlichen, die im Bevölkerungsschutz aktiv sind, für die „Helfende Hand“ bewerben. Gesucht werden überzeugende Ideen und Projekte, die das Interesse für ein freiwilliges Engagement im Bevölkerungsschutz wecken. Außerdem können Unternehmen vorgeschlagen werden, die den ehrenamtlichen Einsatz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in besonderer Weise unterstützen. Bewerbungen können bis zum 31. Juli unter <http://www.helfende-hand-foerderpreis.de> eingereicht werden.

Tausende junger Menschen engagieren sich in Vereinen, Projekten und Initiativen gegen faschistische, rassistische und antisemitische Taten und Überzeugungen. Ihre Arbeit will die Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch (Die Linke) mit dem Projekt „Zivilcourage vereint“ unterstützen. Zu gewinnen gibt es eine einwöchige Studienreise im Herbst nach Katalonien – auf den Spuren der Interbrigadisten und zu historischen Orte des Spanischen Bürgerkriegs auf französischer und spanischer Seite.

www.zivilcourage-vereint.de

Das „European Centre For Clinical Social Work – ECCSW“ verleiht erstmals den Förderpreis in Höhe von 1000 Euro für herausragende wissenschaftliche Beiträge im Bereich der Klinischen Sozialarbeit. Der Förderpreis wird für eine wissenschaftliche Arbeit aus dem Themenbereich Klinischer Sozialarbeit vergeben und zielt vornehmlich auf die in Masterstudiengängen der Klinischen Sozialarbeit erstellten Qualifikationsarbeiten (Masterthesis). Weitere Informationen, Ausschreibung und Anmeldeunterlagen unter www.eccsw.eu

„Fit am Ball“ ist ein privat finanziertes Projekt zur Förderung des Schulsports in Deutschland. Seit 2003 wurden bereits über 1700 Schulen finanziell, materiell sowie inhaltlich-didaktisch unterstützt, um mehr Bewegung in den Schulalltag zu integrieren. Ab dem Projektjahr wird das Projekt über die Schulsportförderung hinaus geöffnet und auch Freizeitgruppen (kleine Vereine, Jugendzentren, Kirchengemeinden, Kinder- und Jugendwerke, Gefährdetenhilfen, freiwillige Feuerwehr) und engagierte Bürger (ehrenamtliche Übungsleiter, Jugendleiter) können beim „Fit am Ball -Projekt“ teilnehmen.

GESOBAU AG UND ALBA GROUP

Schulwettbewerb „Nachhaltigkeit macht Schule“

Das städtische Wohnungsunternehmen Gesobau AG, der Recycling-Spezialist Alba Group und der Rat für Nachhaltige Entwicklung rufen im Vorfeld der Rio+20-Konferenz alle Berliner Schulen zum Wettbewerb „Nachhaltigkeit macht Schule“ auf. Die Siegerehrung mit Präsentation der Projekte ist am bundesweiten Aktionstag Nachhaltigkeit am 4. Juni auf dem Berliner Alexanderplatz.

Gesucht werden starke Ideen, kreative Köpfe, kleine Helden, ungewöhnliche Konzepte und mutige Projekte von Klassen, Jahrgangsstufen oder einzelnen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern an allen Berliner Grund- und Oberschulen, die sich mit Leidenschaft, Engagement oder innovativen Ideen mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigen.

Der Jury werden Vertreter des Rates für Nachhaltige Entwicklung, des Berliner Senates, der Gesobau AG und der Alba Group sowie ein Expertengremium angehören. Bis zum 23. April können Schulen ihre Wettbewerbsbeiträge einreichen. Eingereicht werden können abgeschlossene oder bereits begonnene Projekte – sei es die Einführung von Wertstofftrennung im Klassenraum, Aktionen zum bewussteren Umgang mit Energie, Konsum, Ernährung, Gesundheit oder visionäre Kunstprojekte zum Leben in der Welt von morgen. Willkommen sind Konzepte, Ideenskizzen, Plakate, Fotocollagen, selbstgedrehte Videos, Hörfunkbeiträge, Schülerzeitungen, Textbücher von Theaterstücken, Projekttexte, Modelle mit Erläuterungen usw. sein.

Der Wettbewerbsbeitrag soll Fragen beantworten wie: Welches Ziel hat das Engagement? Wie wird es umgesetzt? Wer wird einbezogen? Wer soll erreicht werden? Ist das Engagement langfristig angelegt?

Der Wettbewerb ist mit insgesamt 8000 Euro dotiert: Hauptpreise im Wert von 4000 Euro (1. Platz), 2000 Euro (2. Platz) und 1000 Euro (3. Platz). Außerdem werden zwei Gewinne à 500 Euro zur Weiterentwicklung einer starken Idee vergeben. Die Jury wählt aus allen Bewerbungen weitere zehn herausragende Beiträge aus. Mit der Auswahl verbunden sind eine Publikation und die Ausstellung „Nachhaltigkeit macht Schule“, die am Aktionstag erstmals auf dem Alexanderplatz der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Alle Informationen zum Wettbewerb unter www.nachhaltigkeit-macht-schule.info.

BUNDEJUSTIZMINISTERIUM

Tut was gegen Rechts - und reist nach Brüssel!

Das Bundesjustizministerium hat einen Schülerwettbewerb ins Leben gerufen, der Ideen gegen Rechtsextremismus fördern und auszeichnen will.

Was kann im Freundeskreis, an der Schule oder in eurer Stadt gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Diskriminierung unternommen werden? Welche Möglichkeiten gibt es im Internet, sich gegen Rechtsextremismus stark zu machen? Mit welchen Aktionen kann man im Alltag deutlich machen: Toleranz zeigt sich im Handeln?

Engagierte Schülerinnen und Schüler fordert das Bundesjustizministerium zum kreativen Mitmachen auf. „Mach ein Video, organisiere etwas in einem sozialen Netzwerk, mach eine öffentliche Aktion, entwirf ein Poster, zeichne eine Karikatur – deiner Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Der erste Gruppenpreis führt nach Brüssel, wo ihr die EU-Politik kennenlernen könnt. Der zweite Gruppenpreis bietet Euch die Möglichkeit wahlweise in München oder Berlin mehr über die konkrete Arbeit von Politik zu erfahren. Außerdem könnt ihr tolle Einzelpreise gewinnen“.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wird die Preisträger auswählen und auf einer Veranstaltung in der ersten Hälfte öffentlich auszeichnen. Teilnehmen können Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 14 und 20 Jahren. Einsendeschluss ist der 30. April. Einsendungen mit diesem Poststempel werden noch berücksichtigt.
<http://www.gerechte-sache.de/wettbewerb>

Engagierte Initiativen gesucht!

Mit dem Förderpreis gegen Jugendarbeitslosigkeit unterstützt der Schuhhersteller Deichmann interessierte Unternehmen, Vereine, öffentliche Initiativen und Schulen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, benachteiligten Jugendlichen die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Initiator Heinrich Deichmann: „Im Rahmen unserer Aktion möchten wir Unternehmen und Initiativen würdigen, die sich im außerordentlichen Maß für benachteiligte Jugendliche einsetzen und ihre individuellen Stärken fördern. Diese sollen auch als positive Beispiele ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.“
Bewerbungsschluss ist der 30. Juni .

<http://www.deichmann-foerderpreis.de/bewerben/>

Berlins Schulwettbewerb „Berliner Klima Schulen“ ist angelaufen. Die Veranstalter, der Berliner Senat, die Gasag und der BUND sind zufrieden: Zahlreiche Berliner Schulen haben sich bereits mit unterschiedlichen Projekten angemeldet. Schülerinnen und Schüler aller Berliner Schulen und Schulformen können sich noch bis zum 23. April mit den unterschiedlichsten Projekten beteiligen. Zu gewinnen gibt es Sach- und Reisepreise im Wert von bis zu 5000 Euro. Die Gewinner werden bei einer feierlichen Preisverleihung vor den Sommerferien bekannt gegeben.
<http://www.berliner-klimaschulen.de/>

Fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommt aus Migrantenfamilien. Für viele von ihnen ist es schwerer als für ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund, ihre Talente zu entfalten. Sie benötigen dazu besondere Unterstützung, Ermutigung und ein Gemeinwesen, das mit kultureller und sozialer Vielfalt zum Vorteil für alle umzugehen weiß. Die Robert Bosch Stiftung hat deshalb das Programm „Integration junger Migranten“ eingerichtet, um überzeugende Projektideen zur Integration dieser jungen Menschen im Kindergarten, in der Schule und in der Freizeit zu fördern. Einsendeschluss für die nächste Auswahlrunde ist der 31. Juli . Die Antragsteller erhalten bis Mitte Oktober Bescheid, ob ihr Vorhaben gefördert wird.
<http://www.bosch-stiftung.de>

Der Ideenwettbewerb der Abteilung Soziales und Gesundheit des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf startet in diesem Jahr zum zehnten Mal. Er steht unter dem Motto: „Frei und Fit – Ohne Qualm und Sprit“. Preise im Gesamtwert von 3000 Euro sind zu gewinnen. Prämiert werden die besten Ideen und deren Präsentation zum Thema. Alle Ausdrucks- und Medienformen sind möglich. Teilnahmeberechtigt sind Kinder und Jugendliche aus Charlottenburg-Wilmersdorf bis zum Alter von 21 Jahren. Einsendeschluss ist der 11. Mai. Die Beiträge sind einzusenden an das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Abteilung Soziales und Gesundheit – Planungs- und Koordinierungsstelle, Fehrbelliner Pl.4, 10702 Berlin.

Information unter Tel 9029 15763

<http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf>

INTERVIEW MIT DEUTSCHLANDWANDERER ROLAND ZAHN

„Ich bin auf die Schwierigkeiten offensiv zugegangen“

Im Telefon-Interview mit dem PARITÄTISCHEN Rundbrief erläutert Roland Zahn (75), wie es ist, mit einer Beinprothese eine Wanderung längs und quer durch Deutschland zu absolvieren - und zu genießen. Der fitte Rentner startete 26. Februar von der Landesgeschäftsstelle des Sozialverband Deutschland, Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. seine Wandertour, die ihn auf insgesamt rund 2000 Kilometern bis ins bayerische Oberland führen soll.

Wo erwischen wir Sie gerade mit Ihrem Handy?

Ich bin jetzt in der Jugendherberge in Heringsdorf auf Usedom. Morgen habe ich einen Ruhetag, Massage vormittags, abends einen Vortrag in der Klinik Heringsdorf. Ich schätze mal, 10-20 Zuhörer werden kommen.

Was tragen Sie dann vor? Beschreibung der Wanderung? Gesundheitliche Dinge?

Gesundheitliche Dinge in Bezug auf „mehr Bewegung im Alltag“. Der Vortrag heißt „Mehr Bewegung hilft“. „Bewegung hilft“ ist auch das Motto, unter dem ich laufe. Mehr Bewegung, damit ist gemeint: Entweder ich bewege mich nach der Amputation immer weniger; dann reagiert der Körper darauf, er wird evtl. seine Fähigkeiten etwas abbauen. Wenn – im Gegensatz dazu – durch mehr Bewegung ein Trainingseffekt entsteht, dann baut der Körper auf.

Der Körper passt sich also in jedem Fall an?

Ja, positiv oder negativ. Gerade weil ich eine Amputation habe, ist Bewegung besonders wichtig. Im Kopf denke ich sowieso schon viel zu leicht, dass ich das und das nicht mehr kann, und wenn man dann denkt: ‚ich bin auch noch zu alt dafür‘, dann ist man ganz schnell am Abtrudeln.

Vorträge, Veranstaltungen, Pressetermine zwischendurch – wie organisieren Sie das? Haben Sie fleißige Menschen um sich, die das auf die Beine stellen?

Ich werde alles in allem etwa 2000 Kilometer gehen – so habe ich es geplant. Gottlob habe ich jetzt ein Team von Helfern des „Bundesverbandes für Menschen mit Arm- oder Beinamputation“ in Deutschland. Auch die Selbsthilfegruppe, die ich von Stuttgart aus einmal im Monat besuche, unterstützt mich nach

Kräften. Und dann sind noch verschiedene andere Amputierte dabei, die im Hintergrund mithelfen.

Wie wirkt sich das Handicap aus, was sind die besonderen Erschwernisse unterwegs? Schmerzen, Krämpfe?

Mich schränkt die Schnelligkeit ein, die ich nicht mehr habe. Mit der Prothese bin ich – grob gesagt – in der halben Geschwindigkeit unterwegs, etwa 2 bis 3 Kilometer die Stunde. Aber: Ich bin auf die zu erwartenden Schwierigkeiten offensiv zugegangen und habe bald gemerkt, dass ich durchkomme und darauf immer wieder aufbauen kann.

Sind Sie eine Art Testperson für besondere Hilfsmittel? Krücken? Besondere Schuhe?

Nein! Es sind die normalen Gehhilfen. Und derbe wasserdichte Wanderstiefel. Auch die Kleidung ist normal.

Was haben Sie sich, wenn Sie übermorgen losziehen, für den Tag vorgenommen?

Von Międzyzdroje aus will ich am Stettiner Haff entlang Richtung Süden gehen.

Sie wollen ja irgendwann nach Leipzig und Dresden? Wie haben Sie Ihre Etappen festgelegt?

Es geht von hier aus Richtung Pasewalk, dann über Cottbus, Dresden, Leipzig, an Berlin vorbei, da war schon der Start. Dann rüber nach Magdeburg, dann möchte ich unbedingt über den Harz, dann komme ich nach Alsfeld, nach Suhl, an Meiningen vorbei, ein Stück Rennsteig, weiter Richtung Süden nach Hof, Bayreuth, Regensburg, Passau, Straubing, am Chiemsee entlang, für einen Vortrag nach Garmisch, und zuletzt Landsberg am Lech und München, das ist dann das Ziel, am 11. Oktober.

Das hört sich an wie ein generalstabsmäßiger Plan, den Sie bis zum Ziel einhalten wollen. Wie schaffen Sie das?

Es ist ganz einfach: Die Route ist nicht kompliziert, ich weiß was ich am Tage laufe, ohne das eine Überforderung entsteht, 12-13 Kilometer. Dann 5 Wandertage pro Woche, 60 Kilometer, und dann 32 Etappen, dann sind es genau 2000 Kilometer.

Sie gehen in großen Bögen durch Deutschland.

Ich orientiere mich auch an den „gebuchten“ Sanitätshäusern, wo ich Vorträge halte – die Wanderroute richtet sich ein bisschen danach. Ich versuche, einen Wochenrhythmus einzuhalten, der auf's Wandern gut passt, also durchschnittlich 5 Wandertage und dann 2 Ruhetage. An den beiden Ruhetagen steht dann auch



Unter dem Motto „Bewegung hilft 2012“ wird Roland Zahn in 160 Wandertagen von der Spree bis zur Isar absolvieren und Städte wie Dresden und Leipzig (Orthopädie und Reha-Technik Messe) besuchen, immer mit dem „SoVD-Bären“ als Maskottchen am Rucksack! Als Generalprobe für den diesjährigen 2000-Kilometer-Marsch durchquerte Zahn 2011 Deutschland zwischen Leipzig und Tübingen - und passierte auch Grenzpostenwege, die heute das „Grüne Band“ entlang der ehemaligen innderdeutschen Grenze markieren. (Foto)

mal ein Vortrag an. Manchmal kann es sein, dass ich am Wochenende drei Vorträge habe, oder einen auch mal innerhalb der Woche, direkt nach der Tages-Tour.

Diese Vorträge sind organisiert von Sanitätshäusern?

Die habe ich teilweise vor dem Start angesprochen, den Rest machen wir noch von unterwegs. Ich habe immer eine Begleitperson, zusätzlich unterstützt mich die Geschäftsstelle des Bundesverbands für Menschen mit Arm- oder Beinamputationen. Inhalt des Vortrages: mehr Bewegung und mehr Information. Man kann als Amputierter natürlich am besten mit anderen Amputierten sprechen. Selbsthilfegruppen sind unterwegs ganz wichtig. Man kann sich da am besten unterhalten, man öffnet sich viel leichter, Anregungen gibt's, so dass auch zur Gründung von Selbsthilfegruppen unterwegs aufgerufen wird.

Wie verläuft ein klassischer Wandertag bei Ihnen? Nehmen wir den heutigen Tag.

Wie jeden Morgen bin ich um 5 Uhr aufgestanden, um 7 bin ich zur Küche gegangen, konnte mir das Frühstück schon mal zum Mitnehmen richten. Dann bin ich direkt auf dem Sandstrand gegangen, manchmal auf den Promenadenweg gewechselt. Auf dem Sandstrand läuft sich's etwas langsamer, weil man etwas einsinkt.

Ist es nicht ziemlich beschwerlich im Sand?

Sehr beschwerlich, aber auf dem nassen, festen Sand kann man wunderbar laufen. Dann knirschen die Muscheln ein bisschen, und man läuft auch mal an den Wellen entlang, das ist sehr schön! Irgendwann bekam ich Hunger. Ich hatte ja mein Frühstück dabei, es waren drei Teile und ein bisschen Müsli, das ich mir für den Tag eingeteilt hatte, das hat dann auch völlig gereicht.

Dann habe ich gegessen, einiges getrunken, es dauerte so eine halbe Stunde. Dann weiter, es fing an zu nieseln, und das ging dann in Dauerregen über. Ich habe immer die Regenjacke mit, ich habe Regenhose und diese Stiefel, überall geht nix durch. Ich habe mich tatsächlich bei der zweiten Rast auf ein etwas runtergerutschtes Gras am Steilrand der Düne gesetzt, und dann habe ich bei Regen auf einer Sitzunterlage ganz gemütlich gegessen. Ein unbeschreibliches, wunderbares Erlebnis, im Regen am Strand etwas zu essen, wo die Wellen rauschen.

Das müssen Sie unbedingt bei Ihren Vorträgen erzählen.

Das glaubt mir wahrscheinlich niemand.

Kommen Sie immer in Jugendherbergen unter? Sie haben ja auch Vorträge oder Verabredungen, wo es keine günstigen Jugendherbergen gibt.

Wir versuchen, aus Kostengründen preiswerte Quartiere zu organisieren, dazu zählen auf jeden Fall die Jugendherbergen. Dort geht es auch sehr kommunikativ zu.

Sie sind beim Berliner Landesverband des SoVD gestartet. Hat es damit eine besondere Bewandnis?

Die Geschäftsstelle vom Bundesverband hat gemeint, wir brauchen jemanden als Startpunkt, und da hatte jemand die Idee dort zu fragen. Und dort wurde ich sehr freundlich begrüßt, es war ein Sonntag, da hat sich extra jemand bereit gefunden dort zu sein, inklusive einer großartigen Frühstücksbewirtung, und ich habe einen wunderbaren Berliner Bären mitbekommen, den habe ich an meinem Rucksack gehängt. Den kriegt dann meine Enkelin und ich sage ihr, der ist 2000 Kilometer ge-

wandert. Auf ihre ungläubigen Augen freue ich mich jetzt schon.

Viele Leute bewundern Sie dafür, dass man mit so einem Handicap – und dann auch noch in Ihrem ziemlich hohen Alter – gut unterwegs sein kann.

Das ist natürlich das Gesprächsthema Nr. 1, wenn ich unterwegs mit Leuten spreche. Aber ich bin eben früher gerne gewandert – und dann verliert man ein Bein, und dann kann man das nicht mehr, was man so gerne gemacht hat. Da braucht man dann nur noch auf die Idee zu kommen: Das will ich wieder haben – trotz alledem. So ist's mir ergangen.

Nach der Operation soll Ihre Nachbarin Sie ermuntern haben: Gehen Sie doch mal ein paar Meter vor die Tür - und dann wurden aus den paar Metern immer mehr.

Ich bin gelaufen, es wurde automatisch immer mehr. Man steigert sich dadurch, weil der Körper mitzieht, die Bewegung aufzubauen. Und dadurch entsteht ein Rhythmus, den man sich in kleinen Schritten aufbaut. Das beste Erlebnis ist auch, wenn ich mit der Prothese Berge hochsteige: Man atmet tiefer, man hat viel mehr Sauerstoff, man kann dadurch den Kreislauf unterstützen, den Stoffwechsel durch den Sauerstoff, es wird besser verbrannt. Ich erzeuge dabei ja Energie, wenn ich besser verbrenne. D.h. ich habe viele Vorteile für den gesamten Organismus, und das merke ich auch gefühlsmäßig.

Gleichwohl müssen Sie auch auf Signale des Körpers achten. Bei welcher Gelegenheit erfahren Sie Ihre Grenzen?

Es ist bis jetzt niemals zu dem Punkt gekommen, dass ich erschöpft bin. Ich habe es eben auch nicht übertrieben. Ich weiß ganz genau, wenn ich mich übernehme, dann vergeht mir auch die Lust und ich würde das nicht weiter machen.

Sie gehen offenbar mit einem idealen Gewicht auf die Piste.

Ich habe mich vorher gewogen, das war ein Kilo über dem Idealgewicht. Das ist gut. Wenn man zuviel Gewicht mittragen muss, das belastet ja alles, Muskeln, Gelenke.

Haben Sie sich, bevor Sie losgegangen sind, durchchecken lassen auf Herz und Nieren?

Ich bin zum Orthopäden und allen möglichen anderen Ärzten gegangen. Resultat: Ich habe keine großen Probleme, wahrscheinlich auch deswegen, weil ich meine Ernährung seit etlichen Jahren rigoros umgestellt habe, auch deswegen habe ich unterwegs ein gutes Gefühl.

Tut Ihnen eigentlich der Stumpf weh? Müssen Sie den besonders behandeln? Der ist ja unter Belastungen, die andere Amputierte so nicht haben?

Ja, der Beinstumpf wird bei jedem Schritt einmal mit dem gesamten Körper belastet. Ich muss in einen Schaft hinein, das ist eine spezieller Kunststoffhülle, die auf den Stumpf aufgezogen wird und die dann Bindeglied zwischen Haut und dem festen Material ist. Und da kann es reiben, drücken, Entzündungen können entstehen. Schon deswegen braucht der Stumpf natürlich meine regelmäßige Behandlung.

Sie gehen ja auch, vor allen Dingen wenn gutes Wetter ist, sehr ostentativ mit Ihrer Behinderung um. Ich habe Bilder gesehen, auf denen man ihre Prothesen sehr deutlich sieht.

Das ist Absicht! Auch um mit Leuten während der Tour ins Gespräch zu kommen.

Wie reagieren denn die Leute so – auf Usedom und anderswo –, wenn sie Ihnen begegnen?

Es sind 2 oder 3 Leute am Tag, die mich ansprechen, jüngere und ältere. Darüber freue ich mich natürlich. Vor ein paar Tagen bin ich Greifswald losgelaufen, und da kam eine jüngere Frau hinterher, die eigentlich eine Runde joggen wollte, aber sie fragte, ob sie mitkommen könnte. Dann sind wir 2 Kilometer miteinander gelaufen und haben uns wunderbar unterhalten. Wie geht so was? Warum machen Sie das? Kürzlich drehte ein Radfahrer extra um und sagte: „Sie habe ich doch im Fernsehen gesehen, und ich habe Sie an dem Teddy erkannt“. Das war jetzt schon mindestens sechs Mal, dass deswegen die Leute gekommen sind. Der Berliner SoVD-Bär „Roland“ ist so etwas wie mein Markenzeichen unterwegs geworden.

Sie haben ja auch auf Ihrer Webseite und in den Medien Leute eingeladen, Sie ein Stück zu begleiten. Gibt es Leute, die das Angebot wahrnehmen?

Auf jeden Fall. Neulich auf Rügen hat mich ein Amputierter, auch er mit Prothese, einen ganzen Tag begleitet. Wir sind an dem Tag 12 Kilometer gewandert von Binz nach Göhren, eine fantastische Sache. Er ist jünger und schneller als ich, aber er ist wunderbar auf mich eingegangen. Er war auch sehr trainiert und widerstandsfähig, eine Ausnahme bei den Amputierten.

Haben Sie eigentlich – ich habe mit großer Faszination von Ihrer Tour Leipzig-Tübingen im vergangenen Jahr gelesen – Lehren daraus gezogen? Haben Sie was für Ihren Marsch in diesem Jahr mitgenommen? Was werde ich nie wieder tun? Was werde ich besser tun, was ich im letzten Jahr versäumt habe?

Ich achte sehr auf Ernährung! Wenn ich Anforderungen an mich stelle, Energie verbrauche, muss ich Energie auch vorher qualitativ richtig speichern. Dann muss es natürlich eine gute Prothese sein, genauso muss es ein guter Schaft sein. Aber wenn ich selbst nicht in Ordnung bin, dann nützt mir die beste Prothese, der beste Schaft nichts. Deswegen hat die Ernährung Vorrang.

Und die Motivation, die Seelenlage? Gibt es bei Ihnen auch so was wie: **Kein Bock mehr?**

Das kenne ich Gott sei Dank nicht. Ich gehe sehr gern. Seit ich die erste Probewanderung gemacht habe, habe ich gemerkt, am besten geht es mir, wenn ich auf die Schwierigkeiten und die Widerstände so schnell wie möglich zugehe, weil ich sie dann am einfachsten bewältigen kann. Ich komme dann am besten drüber weg und merke, es ist alles höchstens halb so schlimm, wie es vorher ausgesehen hat. Auch weil ich das weiß, habe ich vor nichts mehr Furcht.

Wie belohnen Sie sich abends, wenn Sie Ihre Etappe beendet haben? Wie lassen Sie einen Tag wie diesen ausklingen?

Da ist nicht viel mit Ausklingen, ich habe noch Arbeit vor mir – Berichte sind zu schreiben, die Bilder zu verschicken. Und dann muss ich gegen 9 Uhr ans Bett denken. Ich stehe schließlich um 5 Uhr morgen früh auf.

Herr Zahn, weiterhin viel Glück und guten Weg!

Foto: Herbert Schlemmer

Roland Zahn, der vor seinem Ruhestand als Grafikdesigner arbeitete, startete von der Landes-



geschäftsstelle des Sozialverbands Deutschland, Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. seine Wandertour. Mit am Start war der stellv. Vorsitzende Detlef Sonnenberg vom Bundesverband für Menschen mit Arm- oder Beinamputationen e.V. (rechts) und

Michael Wiedeberg für den SoVD Berlin-Brandenburg.

<http://www.sovd-bbg.de>

<http://www.bewegung-hilft-dir.de>

Notiert, zitiert, gedruckt

PARITÄTISCHE Themen in den Berliner Tageszeitungen – die kompletten Beiträge sind über die zitierten Links im Internet abzurufen.

Am 31. März fasste der Tagesspiegel die Ergebnisse einer Podiumsdiskussion zum Thema „Berlin im Aufwind: Finanzierbarkeit der Koalitionsvereinbarungen vor dem Hintergrund der Schuldenbremse“ zusammen. „Auch **Oswald Menninger, Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbands**, betonte das Interesse der Sozialverbände an der Haushaltskonsolidierung. „Ein überschuldeter Staat ist schlecht für die sozial Schwachen.“ Allerdings fehle in Berlin seit Jahren eine „systematische Sozialplanung“, um die stetig steigenden Sozialkosten durch eine vorausschauende Steuerung in den Griff zu bekommen.“

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/landespolitik/wirtschaftsgespraech-experten-loben-erfolge-der-berliner-sparpolitik/6460786.html>

Als „Diplomatin im eigenen Land“ charakterisiert der Tagesspiegel **Prof. Barbara John** in einem Seite-3-Artikel am 30. März. Das Blatt beschreibt zunächst Szenen aus der Jugend der Porträtierten und leitet dann zur Aktualität als Vertrauensperson für die Opferfamilien der Neonazi-Mordserie über: „60 Jahre später sitzt Barbara John, das Mädchen von einst, in ihrem Büro des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, dem sie vorsteht, und lacht.“

<http://www.tagesspiegel.de/politik/ombudsfrau-barbara-john-diplomatin-im-eigenen-land/6454356.html>

Als „Frau zwischen den Stühlen“ beschreibt die Berliner Morgenpost in ihrer Sonntagsausgabe vom 25. März Prof. Barbara John, mit der die Reporterin Uta Keseling zu einem Stadtspaziergang aufgebrochen war. „Heute ist die 74-Jährige unter anderem **Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin**.“

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/seite3/article1936422/Die-Frau-zwischen-den-Stuehlen.html>

„Wer im Gefängnis sitzt, muss lange auf den Arzt warten“, so überschrieb die „Tageszeitung“ einen Bericht über die **Tagung „Gesundheit und Haft in Berlin“** des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes. Während der Tagung gab es eine Talkrunde mit vier Inhaftierten und Knasterfahrenen (siehe in diesem Rundbrief Seite 30), aus der die taz am 21. März zitiert.

In einem Hintergrundartikel über Gegenwart und Zu-

kunft des „Bundesfreiwilligendienstes“ zitiert die Berliner Morgenpost am 3. April Klaudia Kopka, die im **ijgd Landesverein Berlin e.V.** u.a. für diesen Dienst zuständig ist: „Wir können nicht alle Bewerber bedienen, obwohl der Bedarf bei den Trägern groß ist“.

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/seite3/article106149481/Nur-rund-drei-Prozent-aller-Teilnehmer-kommen-aus-Berlin.html>

Das Projekt des **Trägers Albatros** laufe am 17. April aus. Die Arbeit der Reinickendorfer Integrationslotsen ende, weil die Arbeitsmarktpolitik in Berlin neu ausgerichtet werde – so heißt es in einem Bericht der Berliner Morgenpost vom 28. März, in dem es darum geht, dass in Berlin die Arbeit der „Integrationslotsen“ finanziell auf der Kippe steht. **Albatros-Geschäftsführer Friedrich Kiesinger** fordere, so das Blatt, „dass solche als sinnvoll erkannten Projektedauerhaft durch das Land Berlin finanziert werden sollten. Das sei auch „logisch“, denn Integrationspolitik sei ja nicht in erster Linie Aufgabe der Arbeitsämter, sondern des Senats und der Bezirke, sagt Kiesinger. „Diese Arbeit sollte auf dem ersten Arbeitsmarkt abgesichert werden“, so der Geschäftsführer gegenüber der Berliner Morgenpost.

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article106126319/Wenn-sie-uns-behalten-spart-der-Staat-Geld.html>

PARITÄTISCHE Standpunkte in der Berliner Presse

„In den schwärzesten Stunden sind sie für die Menschen da. Die Ehrenamtlichen der Krisenintervention vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) opfern dafür sogar ihre Freizeit.“ So beschreibt die B.Z. im Rahmen ihrer Serie „Berliner Helden“ am 5. März die verdienstvolle Tätigkeit der **ASB-Krisenhelfer am Beispiel von Silvia Zech**, die die seit 42 Jahren als Krisenhelferin arbeitet.

<http://www.bz-berlin.de/archiv/die-profi-troester-unter-den-helden-article1404202.html>

Über eine Elterninitiative der **Kita Klax** berichtet der Berliner Kurier, ähnlich wie andere Berliner Medien, am 28. März. Die Elterninitiative der Kita „Klax“ in der angrenzenden Eldenaer Straße wird (...) eine Petition an Bezirks-Politiker aus Prenzlauer Berg und Friedrichshain übergeben. Ihr Ziel: ein Teilstück des Blankensteinparks soll als Hundeplatz eingerichtet werden. Der Verein Hundefreunde Berlin will mitmachen. Sophie Schwab, die am Park wohnt: „Wir möchten ein friedliches Mit-

einander von Hunden und Anwohnern. Uneinsichtige Halter müssen sich zurücknehmen.“

<http://www.berliner-kurier.de/kiez-stadt/blankensteinpark-pankow-baut-groessten-hundezwinger-berlin,7169128,12071344.html>

Am 13. März zitiert der Tagesspiegel **Roland Kern vom Dachverband der Kinder- und Schülerläden (Daks)** in einem Beitrag, der überschrieben ist: „1000 Euro Starthilfe für jeden Platz in kleinen Kitas“. Kern: „Endlich hat der Senat begriffen, dass die Zahl der auf dem Papier geführten Kitaplätze nicht der Wirklichkeit entspricht“

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/bildungsverwaltung-stellt-plaene-vor-1000euro-starthilfe-fuer-jeden-platz-in-kleinen-kitas/6318980.html>

Ähnlich zitiert die Berliner Zeitung den Daks-Vorsitzenden am 4. April zum 1000-Euro-Thema: „Das ist genau die richtige Summe“, zeigte sich **Roland Kern vom Dachverband der Kinder- und Schülerläden** zufrieden.

<http://www.berliner-zeitung.de/berlin/kleinkind-betreuung-1000-euro-starthilfe-pro-kitaplatz,10809148,11884840.html>

Einen Überblicksartikel über Angebote in Berlin überschreibt der Tagesspiegel am 1. März mit „Freiwilligenagenturen: Stadtplan des Ehrenamts“. Beschrieben wird die Arbeit von „**Treffpunkt Hilfsbereitschaft — Die Landesfreiwilligenagentur Berlin**“, aber auch die Angebote von „**gute-tat.de**“ und „**Deutsch-Russischer Austausch e.V.**“ werden erwähnt. Auch Verantwortliche und Mitarbeiter aus bezirklichen Freiwilligenagenturen kommen zu Wort, etwa aus den Nachbarschaftszentren in Pankow oder in Treptow-Köpenick, wo das Sternenfischer-Zentrum Freiwilligenjobs vermittelt.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/freiwilligenagenturen-stadtplan-des-ehrenamts/6270924.html>

Die Berliner Morgenpost kommt in einem Vorbericht auf die fünfte Berliner Freiwilligenbörse am 21. April zu sprechen und zitiert die Veranstalterin, **Carola Schaaf-Derichs von der Landesfreiwilligenagentur Berlin**. „Es ist uns besonders gut gelungen, die 100 Stände der Berliner Freiwilligenbörse mit internationalen, kulturell vielfältigen und neuen Angeboten zu besetzen“.

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1935861/Ehrenamt-Berliner-Freiwilligenboerse-im-Roten-Rathaus.html>

Medienthema: Soziale Projekte im PARITÄTISCHEN Berlin

Fast täglich beschreiben Engagierte in der Berliner Morgenpost ihr Ehrenamt und ihre Motivation in der Kolumne „Ich engagiere mich für ...“. Unter den Autoren waren zuletzt Heike Fabáz, die sich als Jobpatin im **Nachbarschaftsheim Schöneberg** engagiert. Hagen Hoppenstedt (40), Restaurantleiter im „Hotel Adlon“, setzt sich für die **Berliner Aids-Hilfe** ein, für die er gemeinsam mit der Künstlerin Donna Brown bereits zwei Benefizkonzerte „Jazz against Aids“ im Kammermusiksaal der Philharmonie organisiert hat. Die pensionierte Finanzbeamtin Jutta Hahne managt als Kassenwartin im Vorstand der **Krebsberatung Berlin**, dem Selbsthilfeverein für psychosoziale Beratung für Krebskranke und Angehörige, ehrenamtlich die Finanzen. Der Pankower Polizist Thomas Scharf „ist Fachdienstleiter des Wasserrettungsdienstes beim **Arbeiter-Samariter-Bund** und als solcher verantwortlich für den Südosten Berlins sowie den Tegeler See.“ Sein lakonischer Kommentar, warum er im Ehrenamt jobbt: „Ich bin einfach schon immer gerne geschwommen“. Christian Hahn ehrenamtlich Vorsitzender im **Ortsverband Wilmersdorf des Unionhilfswerks**, kümmert er sich mit zehn anderen um „seine 108 Vereinsmitglieder“ im Alter von 50 bis 90 Jahren – bei Theater- und Konzertbesuchen, Spaziergängen, sportlichen Aktivitäten und Reisen. Michaela Hamann, Schneiderin aus Neukölln, engagiere sich, so die Morgenpost, seit neun Jahren als „lebendige Kommunikationsmaschine“ beim **Verein Morus 14**, der sich für Integration durch Bildung von Schulkindern und Familien im sozialen Brennpunkt Neukölln einsetzt.

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1937906/das-Nachbarschaftsheim-Schoeneberg-als-Jobpatin.html>

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1920588/die-Aids-Hilfe-und-andere-Projekte.html>

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1936443/die-Krebsberatung-Berlin.html>

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article106126368/die-Sicherheit-auf-den-Berliner-Gewaessern.html>

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1932201/meine-Mitglieder-im-Unionhilfswerk.html>

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1928179/den-Verein-Morus-14-im-Rollbergviertel.html>

In einer ganzseitigen Reportage beschreibt die Berliner Morgenpost am 10. März die Patenschaftstätigkeit von

Ralph Schernberger. Er ist einer der „Paten“ der Organisation „**biffy**“, die bereits rund 160 Berlinerinnen und Berliner an Kinder von meist alleinerziehenden Eltern vermittelt habe – oder umgekehrt. Die Morgenpost: „Dahinter steckt die Idee, dass der Erwachsene etwas weitergeben kann und das Kind einen Vertrauten hinzu bekommt.“ Zitiert wird Bernd Schüler von Biffy, der sagt, dass Berlin eine gute Stadt für Patenschaften sei. Berliner seien es gewohnt, experimentelle Lebensformen zuzulassen: „Es gibt dafür reinen guten Nährboden hier, eine gewisse Aufgeschlossenheit.“ Zudem seien viele Familien Zugezogene, die sich über Anschluss in Berlin freuen – gute Voraussetzungen für Wahlverwandtschaften.“ Im Rahmen eines Interviews zum Thema kommt an gleicher Stelle auch Alfred Bröckel zu Wort, Co-Geschäftsführer beim **Verein Geburt und Familie**, der praktische Hilfen bei der Kindererziehung anbietet: „Die Eltern bleiben die Sorgeberechtigten und damit in der Verantwortung. Der Pate kann nur eine Unterstützung sein für die Familie.“

http://www.biffy-berlin.de/fileadmin/biffy-berlin.de/files/Morgenpost_Ralph_Dario_.pdf

Pressethemen aus Zivilgesellschaft und Bürgerengagement in Berlin

In einem Beitrag, der sich u. a. mit der neu eingeführten „Familienpflegezeit“ beschäftigt, kommt auch Rosemarie Drenhaus-Wagner von der Alzheimer Angehörigen-Initiative e.V. in Berlin zu Wort. Sie hält die Sache für einen Flop. „Mir ist niemand bekannt, der auch nur erwogen hat, die Pflegezeit in Anspruch zu nehmen“, sagt Rosemarie Drenhaus-Wagner von der **Alzheimer Angehörigen-Initiative e.V.** in Berlin. „Das spricht wohl eher dafür, dass die Pflegezeit nicht den Bedürfnissen der Angehörigen entspricht - ganz abgesehen von den Arbeitgebern, die ja auch einwilligen müssen.“ Die Alzheimer Angehörigen-Initiative e.V. bietet, so die Morgenpost, in Berlin neben betreuten Gruppen für Erkrankte auch Angehörigengesprächsgruppen an, dazu Online-Selbsthilfegruppen und betreute Urlaube.

<http://www.morgenpost.de/familie/article1935936/Nicht-nur-pflegebeduerftige-Senioren-auch-ihre-Angehoerigen-brauchen-Hilfe.html>

Am 5. März, dem Tag nach der Präsidentschaftswahl in Russland, war Stefan Melle, Geschäftsführer des Deutsch-Russischen Austauschs (DRA), zu Gast beim Kulturradio des Rundfunks Berlin-Brandenburg.

http://www.austausch.org/fileadmin/user_upload/presse/Stefan_Melle_DRA.wav

„Kunst für den Kinderschutz: Höchstgebote für ein Happy End“ überschrieb der Tagesspiegel am 22. März einen Vorbericht zu einer Auktion zugunsten des **Kinderschutzzentrums Berlin**. Rund 1000 Kindern hilft der Verein jedes Jahr, vielen auch über die beiden Familien-Beratungsstellen, die er betreibt. Die Mitarbeiter beschäftigen sich auch intensiv mit den Müttern und Vätern, damit manche Kinder in ihre Familien zurückkehren oder dort bleiben können. Das Budget des Vereins, der nur zum Teil vom Senat finanziert wird, sei knapp. Dabei werde oft neues therapeutisches Spielzeug gebraucht, Sportgeräte oder Geld, um Zusatzstunden der Psychologen für Soforttherapien zu finanzieren. Der Auktionator Fares Al-Hassan habe auf sein Honorar verzichtet, ähnlich wie schon zu Auktionen für die **Telefonseelsorge Berlin**.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/kunst-fuer-den-kinderschutz-hoehstgebote-fuer-ein-happy-end/6356348.html>

Zeitungsberichte über Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Berlin

Einen Tag lang, und zwar während des Weltfrauentages am 8. März, hat Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der „Linken“ im Bundestag, als Praktikant in der **Kindertagesstätte „Waldspielhaus“** mitgetan, die zum Träger **Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH** gehört. Über Gysi als Praktikant berichteten daraufhin mehrere Medien, unter anderem stern.de.

www.stern.de/politik/deutschland/weltfrauentag-in-der-kita-praktikant-gysi-redet-zu-viel-1797333.html

Am 17. März ging die „tageszeitung“ in einem Nachrichtenbericht auf Schulsozialarbeit in Berlin ein und erkundigte sich u.a. bei Brigitte Bollinger: „In der Regel erhalten wir Verträge für ein Jahr“, sagt Brigitte Bollinger, Prokuristin beim freien Träger **„tandem BQG“**, der in zehn Berliner Bezirken rund 70 Sozialarbeiter an Schulen beschäftigt – überwiegend bezahlt durch das Programm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ sowie das „Bildungs- und Teilhabepaket“ (BuT) des Bundes, gelegentlich auch über bezirkliche Leistungsverträge sowie Fachleistungsstunden. Erst „einheitliche Vertragsregelungen mit längeren Laufzeiten und einer kostendeckenden Finanzierung“ würden laut Bollinger „eine dringend benötigte Sicherheit in dieses Arbeitsfeld bringen“.

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=sp&dig=%2F03%2F17%2Fa0220&cHash=130b984854>

Wetek Berlin gGmbH

Polli-Magazin – geehrt für Demokratie und Toleranz

Das polli-magazin, eine Initiative der Berliner Jugendbildungsstätte Wannseeforum in Kooperation mit Wetek Berlin gGmbH, ist eines von sieben Projekten aus Berlin, die als Preisträger im bundesweiten Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2011 geehrt wurden.

Das polli-magazin – es wurde mit 3000 Euro ausgezeichnet – ist das erste Medium in Deutschland, in dem sowohl Jugendliche, junge Journalisten als auch Abgeordnete publizieren. Wo andere Medien über Politik und Gesellschaft schreiben, machen das die Betroffenen im polli-magazin selbst: Junge Autoren, Politiker und demokratisch Engagierte berichten online in Texten und Audio-Beiträgen über Rechtsextremismus, Homophobie, Schule und Arbeitsmarkt, Innere Sicherheit oder über Abgeordnete unterschiedlicher demokratischer Fraktionen. Junge Migranten führen die Integrationsdebatte im polli-magazin selbst. Ziel des polli-magazins ist es, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, Demokratie zu stärken und die Diskussion zwischen Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Politiker zu ermöglichen.

Einer der jüngsten Beiträge „Das Märchen der Nation“ (Autorin ist die 24-jährige Nikola Endlich) „Für die Nation spielte eine vermeintliche gemeinsame Kultur aber eine wichtige Rolle. Nur so konnte in einer Gesellschaft so etwas wie ein Wir-Gefühl hergestellt werden. Kultur als Kitt. Was es nicht gibt, das wird erfunden. Verschiedene ‚ethnische‘ Gruppen sollten eine gemeinsame Hymne singen und die Flagge mit den Farben ihrer Nation hissen. Im Kalender stand plötzlich ein Nationalfeiertag. Every year the same procedure. All diese Symbole, Traditionen und Bräuche, von denen davor noch nie jemand etwas gehört hatte; ein großes Spektakel. Benedict Anderson, ein renommierter US-Politikwissenschaftler, nannte es: ‚Imagined communities‘, erfundene Nation“ – all das ist nachzulesen im Internetprogramm von polli-magazin.

Der Kooperationspartner der Initiative, WeTeK Berlin gGmbH, Mitgliedsorganisation im PARITÄTISCHEN Berlin, organisiert in Kooperation mit Jugendeinrichtungen, Schulen, anderen Trägern der Jugendhilfe, Senatsverwaltungen und bezirklichen Jugendförderungen Projekte im Bereich der Medienarbeit, Kulturarbeit und Bildungsmaßnahmen.

<http://polli-magazin.de>



In einer kurzen lockeren Gesprächsrunde, moderiert von Harald Pignatelli, erinnern sich die Akteure der nbw an die Entwicklung der letzten 20 Jahre im Verein. Im Bild v.l.n.r. Ulrich Bosch, Helmut Trebesius, Harald Pignatelli, Günter Jahn, Helmut Forner

20-JAHR-FEIER DER
NBW NORDBERLINER WERKGEMEINSCHAFT

Helmut Forner feierlich verabschiedet

Viele gute Worte wurden gefunden für Helmut Forner, den ehemaligen Geschäftsführer der Nordberliner Werkgemeinschaft, der im Rahmen der 20 Jahrfeier der nbw im Roten Rathaus am 24. März feierlich in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Helmut Forner gehörte zu den Geburtshelfern der Nordberliner Werkgemeinschaft, die nach der Wende in einer kleinen Behinderteneinrichtung in einer Villa in Pankow ihren Anfang nahm. Danach weitete sich das Wirkungsfeld der nbw beständig aus – heute sind an neun Standorten 700 Mitarbeiter mit Behinderung in den verschiedensten Berufsfeldern tätig. Unter anderem hat es die nbw geschafft, dass künstlerische Tätigkeit als Beruf für Menschen mit Behinderung anerkannt wird.

Den kulturellen Rahmen bot das Theater Thikwa

Das Theater Thikwa ist ein Arbeitsprojekt der nbw, und die beteiligten Schauspieler haben mit ihren Auführungen stadtweit und international Anerkennung erfahren. Sie sorgten auch bei dem Jubiläum und Abschied von Helmut Forner im Roten Rathaus für einen außergewöhnlich eindrucksvollen kulturellen Rahmen. Sozialsenator Mario Czaja dankte Helmut Forner für sein herausragendes Engagement. Er habe es in den zwanzig Jahren geschafft, das nbw zu einem hochseetüchtigen Kreuzer zu machen. Er sei stets ein lautstarker Streiter und Anwalt für Menschen für Behinderung ge-

wesen, daran werde sich auch durch den Ruhestand sicher nichts ändern. „Ich freue mich auf einen kritischen Diskurs“ so Czaja. Ulrich Bosch gratulierte im Namen der Heidehof Stiftung zum Jubiläum der nbw. Die Heidehof Stiftung ist eine Gründung von acht Enkeln des bekannten Unternehmers Robert Bosch, mit der sie sich sozial engagieren. Sie haben vor zwanzig Jahren die Gründung der Nordberliner Werkstätten unterstützt. Zu feiern sei auch das 10jährige Bestehen der nobis gGmbH, einer Tochtergesellschaft der nbw, die mit ihren Dienstleistungen dafür sorgt, dass Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt aktiv sind.

Gute Teamarbeit in Teddymanufaktur, Wäscherei, Cap Markt und EDV

Wie vielfältig die Arbeitsplätze bei der nbw sind, wird plastisch deutlich, als Kerstin, eine Mitarbeiterin der Teddymanufaktur, über ihre Arbeit berichtet. Die Teddys seien Kunstobjekte und werden auf Anfrage produziert, so Kerstin. Es gibt auch eine kleine Krankenstation für Teddys, wo man z.B. die Augen reparieren könne. Außerdem werden Samtpfötchen für Stuhlbeine produziert, für Museen.

Andere Mitarbeiter berichten von der guten Teamarbeit in der Wäscherei und von ihrer Arbeit im Cap Markt und im EDV-Bereich. Die Nordberliner Werkgemeinschaft bietet Förderung, Berufsorientierung, Berufsbildung und Arbeit in vielfältigen Sparten wie Wäscherei, Näherei, Aktenvernichtung, Digitalisieren von Akten, Versand und Verpackung, Grünanlagenpflege, Holzbearbeitung wie z.B. die Fertigung von Lattenrosten und mehr. Mit der nobis gGmbH und der Koop Dienstleistungsgesellschaft verfügt die nbw über zwei Integrationsfirmen. Hier ist auch das bekannte Cafe blisse 14 angesiedelt, das von Koop gemeinsam mit der Fürst Donnersmarck-Stiftung betrieben wird. Prof. Dr. Wolfgang Lamers, Lei-



Überraschungsaktion des Abends: Jeder Buchstabe steht für eine positive Assoziation zum scheidenden Geschäftsführer.

ter des Instituts für Rehabilitationswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, referierte über Inklusion und Exklusion. Die mit der UN Konvention verbrieft Inklusion gilt auch für Menschen mit schwerer Behinderung – dies sei ein große Herausforderung für die Gesellschaft. Noch in den 70er Jahren seien für Kinder mit Behinderung geringe Bildungsanstrengungen unternommen worden.

Auch heute sind in der Kinder- und Jugendhilfe Kinder mit Behinderung wenig mitbedacht. Eine Bewusstseinsänderung muss stattfinden, in der nicht mehr die Orientierung an Defiziten vorherrscht, eine neue Perspektive ist zu entwickeln, nach der Bildung und Arbeit nicht nur nach Maßstäben wirtschaftlicher Verwertbarkeit beurteilt werden. Bildung und Arbeit ermöglichen dem Einzelnen die Auseinandersetzung mit der Welt, sie sind sinnstiftend und stellen den Einzelnen in die Gemeinschaft.

Als Gratulanten zum Jubiläum und zur Verabschiedung von Helmut Forner ergriffen Franz Allert, der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales, Helmut Trebesius für den Präsidenten des Roten Kreuzes, Günter Jahn, Vorsitzender der Lebenshilfe Berlin, Reinold Purmann vom PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband Berlin und viele weitere das Wort. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit sandte ein Grußwort.

Staffettenübergabe an Andreas Bode

Andreas Bode – ehemals Geschäftsführer des Roten Kreuzes – stellte sich als neuer Geschäftsführer des nbw vor. Helmut Forner wird dem PARITÄTISCHEN als stellvertretender Vorsitzender erhalten bleiben. „Ich werde mich weiter beim PARITÄTISCHEN gegen Intoleranz und Ausgrenzung engagieren“, sagte er. Warten irgendwelche aufregenden Hobbies – z.B. Wakeboarden? fragt Moderator Harald Pignatelli. „Ich gehe nicht in Ruhestand, weil ich 17 bin“ ist die Antwort. Ich freu mich auf mehr Zeit mit meiner Frau. Aber sicher werden mir viele Menschen fehlen – der Abschied und die vielen Gespräche in den letzten Wochen waren manchmal schwer.“ Als Abschiedsgeschenk erhielt Helmut Forner einen

Anorak, eine Gemeinschaftsaktion seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – „um etwas von der Wärme zurück zu schenken!“ Mit einem geselligen Beisammensein im Foyer des Wappensaals klang der Abend aus. EW

Mehr zur nbw unter www.nbw.de, darin ist auch der Film zu sehen: **nbw – mehr als gute Arbeit**

„**Job Destination Airport**“ ist ein Trainingsprogramm mit Auslandspraktikum für Arbeitslosengeld-2-Empfänger bis 35 Jahre, die bei Dienstleistungsunternehmen am künftigen Großflughafen BER in Schönefeld arbeiten möchten. Am 7. Mai beginnt die kostenlose Qualifizierung inklusive drei Monaten Praktikum in Rotterdam/Niederlande, zwei Monaten Englischunterricht und Bewerbungscoaching in Berlin. Bewerbungen sind ab sofort möglich. „Job Destination Airport“ ist eine Kooperation des Bildungsmarkt e.V., des Internationalen Bundes Berlin und der u.bus – Gesellschaft für regionale Entwicklung und europäisches Projektmanagement mbH. Information und Voranmeldung: www.job-destination-airport.net Tel.: 030/397 391 903

Um die Angebote des Ricam Hospizes auch sichern zu können, haben Freunde und Förderer gemeinsam mit der Gründerin des Hospizes, Dorothea Becker, die „Ricam Hospiz Stiftung“ gegründet. Damit ist die „Ricam Hospiz Stiftung“ die erste Stiftung in Berlin, die aus dem Engagement für ein Hospiz heraus errichtet werden konnte. Die Stiftung konnte mit einem Vermögensstock von 80000 Euro ausgestattet werden. In einer Gründungszeremonie stellt sich die Ricam Hospiz Stiftung im Rahmen der 3. Berliner Stiftungswoche am 20. April der Öffentlichkeit vor. www.ricam-hospiz.de

MOB – OBDACHLOSE MACHEN MOBIL E.V.

Trotz Gentrifizierung: „mob“-Wohnungen unter dem Mietspiegel

In einem Rückblick auf das Geschäftsjahr 2011 rekapitulieren die Vereinsvorstände von „mob – obdachlose machen mobil e.V.“ Lothar Markwardt, Andreas Düllick, Dr. Dan-Christian Ghattas ein insgesamt erfolgreiches Jahr und beschreiben zugleich soziale Trends dieser Stadt am Beispiel der Projekte ihres Vereins.

Die tagtägliche Gewährleistung der Arbeit der Vereinsprojekte auf hohem Niveau sei es gewesen, wofür sich die Mitarbeiter das gesamte Jahr über eingesetzt hätten. „Und das ohne direkte staatliche Förderung des Vereins“. Zahllose Gäste aus dem In- und Ausland hätten sich bei öffentlichen Rundgängen über die Arbeit des Vereins informiert.

Notübernachtung

Wichtig für die Menschen, die Hilfe wollen sei Zuverlässigkeit und Vertrauen in die Arbeit. Im Klartext: Eine an 365 Tagen geöffnete 17-Plätze-Notübernachtung für obdachlose Menschen, davon sieben Frauen und zehn Männer. Durch den steten Zustrom obdachloser Menschen aus Osteuropa sei die Notübernachtung mittlerweile ein Ort der täglich gelebten Integration. Dank der zahllosen Unterstützer der Kampagne „Ein Dach über dem Kopf“ könne aber nicht nur das Bett für die Nacht geboten werden. „Bei uns können sich obdachlose Menschen duschen, ihre Wäsche waschen, ihre wenigen Habseligkeiten sicher deponieren. Und – wir bieten unseren Klienten Hilfe bei Ämtergängen und vermitteln zu anderen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe.“

Sozialer Treffpunkt „Kaffee Bankrott“

Der soziale Treffpunkt „Kaffee Bankrott“ – fast täglich geöffnet – sei ein Ort, an dem man nicht nur gut und preiswert essen und trinken könne, sondern wo es auch täglich kostenloses Obst, Gemüse und Brot gebe. Außerdem sei das „Kaffee Bankrott“ für viele Menschen ein Zuhause, ein Zufluchtsort, wo man menschliche Nähe, soziale Kontakte, Ruhe finde. Viele fleißige Menschen sorgten dafür, dass dieser Ort funktioniert: Essen müsse abgeholt, zubereitet und ausgegeben, der Abwasch erledigt, Tische und Toiletten gereinigt werden. „Viel Geld bekommen sie dafür nicht. Aber sie tun es gern, vor allem dann, wenn sie dafür ein Lächeln oder

ein paar dankbare Worte geschenkt bekommen.“

Soziale Straßenzeitung strassenfeger

Die Verkäufer des strassenfeger erwarteten, dass ihnen alle zwei Wochen ein lesenswertes und optisch hochwertiges Magazin zur Verfügung gestellt wird. Das sei natürlich nur möglich, weil sich ehrenamtlichen Autoren immer wieder bemühten, interessante Themen zu finden und für die Leser aufzubereiten. Eine Autorin habe an der Jahrestagung des Internationalen Netzwerks der Straßenzeitungen (INSP) in Glasgow teilgenommen, dessen aktives Mitglied der Berliner Verein sei. „Doch das wäre nichts ohne die Mitarbeiter in den drei Vertriebsstellen und vor allem ohne die mehr als 1000 fleissigen Verkäufer auf der Straße“. Auch das strassenfeger-Radio- und TV-Projekt auf „Alex“ habe sich fest etabliert und eine sehr hohe Akzeptanz erreicht.

Sozialwarenkauflhaus „Trödelpoint“:

Dank vieler Spender könne man bedürftigen Menschen äußerst günstig Möbel, Kühlschränke, Waschmaschinen, TV-Geräte, Geschirr, Bücher und v.a.m. in unserem „Trödelpoint“ anbieten. MAE-Mitarbeiter und die Arbeit-statt-Strafe-Leistenden sicherten Woche für Woche ab, dass frische Ware von den Spendern ins Haus komme bzw. an die Kunden ausgeliefert werde – „harte, körperliche Arbeit und das bei Wind und Wetter“.

Selbstbauhelferhaus Oderberger Straße 12

Der Verein garantiere niedrige Mieten in einem Kiez, der sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt habe. Die Mieten seien drastisch gestiegen, Wohnen in Prenzlauer Berg en vogue geworden. Die Folge: Ältere und arme Bewohner seien verdrängt worden, eine ungesunde Gentrifizierung schreite stetig voran. „Bei uns zahlen die Bewohner, vor allem die Selbstbauhelfer, Mieten, die unter dem amtlichen Mietspiegel liegen. Auch unser Projekt „Betreutes Wohnen“ in Zusammenarbeit mit dem Pfefferwerk funktionierte problemfrei.“

Solides Wirtschaften:

Das solide Wirtschaften mit selbst eingebrachten Geldern, den Zuwendungen und den großzügigen Spenden habe auch 2011 dafür gesorgt, dass der Verein finanziell gut dasteht. Zwar blieb auch mob e.V. von den Folgen der Banken- und Finanzmarktkrisen und den rückgehenden Auflagenzahlen der Kaufzeitungen auf dem Berliner Zeitungsmarkt nicht verschont. Trotzdem konnten alle Projekte seriös durchfinanziert, Verbindlichkeiten stets rechtzeitig beglichen werden.

<http://www.strassenfeger.org>

Eine stolze Zahl kann der Arbeiter-Samariter-Bund 124 Jahre nach seiner Gründung vermelden: Insgesamt 1,1 Millionen Mitglieder bundesweit unterstützen inzwischen die Arbeit des ASB. Eine junge Frau aus Witten/NRW rundete jetzt durch ihren Beitritt die Anzahl der ASB-Mitglieder auf diese Summe.

<http://www.asb-berlin.de/>

Umfrageergebnisse unter 900 Führungskräften in der bundesdeutschen Sozialwirtschaft zeigen, dass die Branche überraschend konjunkturunabhängig ist, obwohl sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Zuschüsse durch Städte, Länder und sonstige Geber ausgewirkt haben: Zuschusskürzungen betrafen 2011 vier von fünf Unternehmen. Das geht aus einer Studie des Steuerberater- und Wirtschaftsprüfungsunternehmens Deloitte hervor. Danach sei eine Kreditklemme ausgeblieben, denn Banken vertrauten weiterhin in die Stabilität der Sozialwirtschaft. Als Herausforderung sehen die befragten Unternehmen jedoch die Anwerbung von Fachkräften. Die Studie ist hier herunterzuladen: <http://ots.de/TBTs0>

„Anstöße für soziale Bewegungen“ will die Bewegungstiftung geben. Vor 10 Jahren gegründet verfügt die Stiftung mittlerweile über ein Stiftungskapital von fünf Millionen Euro. Grundidee ist die finanzielle Unterstützung von Protestbewegungen. Über 80 Kampagnen und Initiativen zu Frieden, Ökologie, Datenschutz und Gerechtigkeit haben bislang von dieser Förderung profitiert. Protestbewegungen haben für die Bewegungstiftung eine zentrale Bedeutung für die Demokratie. Gefördert werden sowohl Projekte und Kampagnen wie auch Einzelpersonen als „Bewegungsarbeiter/innen“. <http://www.bewegungstiftung.de>

Die „Wirkungsmessung gemeinnütziger Arbeit“ stand im Mittelpunkt eines Expertengesprächs des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages. Auch die Frage nach der Transparenz gemeinnütziger Organisationen und die Auswirkungen von Wirkungsmessung auf die Vergabe von Spendengeldern wurden erörtert. Das Protokoll können Sie hier nachlesen: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/20_Sitzung_Kurzprotokoll_m_AnI.pdf

STRAFFÄLLIGEN- UND BEWÄHRUNGSHILFE BERLIN E.V.

Arbeit statt Strafe - und was dann?

Die Fachtagung „Arbeit statt Strafe - und dann? Freie Arbeit als Resozialisierungsinstrument!“ wird sich am 11. Juni mit der Frage auseinandersetzen, wo „Arbeit statt Strafe“ aus Sicht von Justiz, Wissenschaft, freien Trägern und Klienten aktuell steht. Neben aktuellen wissenschaftlichen Analysen und Erkenntnissen sollen bundesweite Best-Practice-Modelle den aktuellen Stand der Dinge präsentieren.

Im Verlaufe der Tagung soll beleuchtet werden, wie das Resozialisierungsinstrument „freie Arbeit“ zukünftig noch effizienter bzw. nachhaltiger im Interesse aller Beteiligten eingesetzt werden könnte. Hierzu sollen die Erkenntnisse der gehaltenen Beiträge in einer Art Vision zusammengefasst und anschließend von einer Expertenrunde hinsichtlich der Realisierungspotentiale diskutiert werden.

Hier verspricht sich der durchführende Verein „Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin“ (sbh) wichtige Impulse – auch für eine weiter verbesserte Berliner Praxis. Der Tagungsort wird die denkmalgeschützte Aula des Schillergymnasiums in Charlottenburg-Wilmersdorf sein, eine von zahlreichen Berliner Schulen, die in den letzten zehn Jahren durch den „Beschäftigungsgeber für die Ableistung freier Arbeit“ der sbh umfassend renoviert wurde.

Vor 185 Jahren wurde der Vorgängerverein „Gefangenen-Fürsorgeverein Berlin“ gegründet
Zugleich kann der Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e.V. in diesem Jahr auf eine 185-jährige Geschichte in Berlin zurück blicken. Am 4. Februar 1827 fand die erste vorbereitende Sitzung zur Stiftung eines Gefängnisvereins in Berlin statt. Im Sommer 1827 richteten die Stifter einen Ausschuss ein, der aus sieben Persönlichkeiten aus Verwaltung, Justiz und Militär bestand. Dieser entwarf Statuten, die am 12. November 1827 als „Grundgesetz“ des Vereins angenommen wurde. Der Vereinszweck war, „mitleids- und strafwürdige Opfer eigener Schuld zu frommen und nützlichen Staatsbürgern umzuschaffen“ und dafür zu sorgen, „dass die Entlassenen nicht durch Hilflosigkeit wieder zu Straftätern werden“. Dies war die Geburtsstunde des Gefangenen-Fürsorgeverein Berlin von 1827, dessen Nachfolger heute der Straffälligen- und Bewährungshilfe Berlin e.V. ist.

www.sbh-berlin.de

20 JAHRE BETREUNGSRECHT

Zwei Jahrzehnte modernes Recht

Das Betreuungsrecht löste vor 20 Jahren das Vormundschaftsrecht ab. Die Änderung vor 20 Jahren stärkte die Rechte der Betroffenen und ermöglichte ihnen mehr Mitbestimmung. Es entstanden Betreuungsvereine, die viele ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer gewinnen, sie qualifizieren und ihnen beratend zur Seite stehen.

Es folgten eine Reihe von ergänzenden Gesetzesänderungen, mit dem Ziel, eine solide Basis für die Betreuungsarbeit zu ermöglichen und transparente Verfahrenswege in der Handhabung der Regelungen für alle Beteiligten zu sichern.

„Menschen, die wegen einer psychischen Krankheit, einer geistigen, seelischen oder schweren körperlichen Behinderung ihre persönlichen Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr selbst regeln können, haben nach dem Betreuungsgesetz Anspruch auf rechtliche Vertretung durch einen Betreuer oder eine Betreuerin, die durch ein Betreuungsgericht bestellt werden. Ehrenamtlich oder beruflich tätige Betreuerinnen und Betreuer erledigen notwendige Antragstellungen bei Behörden, sie ordnen und regeln finanzielle sowie schuldrechtliche Probleme oder Wohnungsangelegenheiten. Sie nehmen Einfluss auf die umfassende und korrekte ärztliche Behandlung des zu Betreuenden und suchen ggf. einen geeigneten Heimplatz. Sie organisieren notwendige gesundheitliche oder berufliche Rehabilitationsmaßnahmen und organisieren ergänzende Hilfsangebote für die Betreuung im Alltag“ – zitiert aus der Website der Berliner Betreuungsvereine

Der PARITÄTISCHE Berlin unterstützt die Interessengemeinschaft der Berliner Betreuungsvereine, auch bei der Durchführung der diesjährigen Jubiläumsveranstaltung zum 20. Jahrestag des Betreuungsrechtes. Die Festveranstaltung findet im Nachbarschaftshaus Urbanstraße statt. Berliner Betreuungsvereine ehren Ehrenamtliche von 10 bis 15 Uhr im Nachbarschaftshaus, Urbanstraße 21; 10921 Berlin, Großer Saal

Eine Fotoausstellung „Porträts ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer“ wird begleitend zur Veranstaltung eröffnet. Die Ausstellungsdauer geht vom 12. bis 30. Mai. Zu sehen sind die Bilder im Nachbarschaftshaus Urbanstraße. Näheres:

www.nachbarschaftshaus.de

Zum Jahrestag werden die Berliner Betreuungsvereine vom 16. bis 28. April mit mobilen Beratungsangeboten, u.a. auf Berliner Wochenmärkten unterwegs sein.

www.berliner-betreuungsvereine.de

NETZWERK ARBEIT UND SEELISCHE GESUNDHEIT

Passgenaue und schnelle Hilfe für Lichtenberger Bürger

Das Kooperationsprojekt der Albatros gGmbH, WIB – Weißenseer Integrationsbetriebe GmbH und der LWB-Lichtenberger Werkstatt für Behinderte gGmbH hatte im Dezember 2010 seine Arbeit im Bezirk Lichtenberg aufgenommen. Das Netzwerk, finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des JobCenters Lichtenberg, versteht sich als erste Anlaufstelle für Lichtenberger Bürger, welche von seelischer Erkrankung betroffen sind und sich eine Arbeit und Beschäftigung wünschen oder sich beruflich neu orientieren möchten.

Während der inzwischen über einjährigen Arbeit wurde die anonyme Beratung 349 mal in Anspruch genommen. Die Mitarbeiter unterstützen bei der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten in geschützten Bereichen (z. B. in Zuverdienstprojekten des Bezirkes), bei der Beantragung von Leistungen (z. B. Leistungen zur beruflichen Rehabilitation), bei der beruflichen Neuorientierung, bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz oder einer therapeutischen Einrichtung.

Die Erfahrung aus über einem Jahr Beratung hat gezeigt, dass viele Menschen nur unzureichend über alle Angebote informiert sind und oft einen langen Weg durch die unterschiedlichen Institutionen hinter sich haben. Das Netzwerk hat sich zur Aufgabe gemacht, Hilfe passgenauer und schneller anzubieten. Die Beratung ist erst abgeschlossen, wenn eine zufriedenstellende Lösung erarbeitet werden konnte.

Gute Hilfe im Verbund mit Netzwerkpartnern

Darüber hinaus begleiteten die Mitarbeiter des Netzwerks bisher 61 Menschen, um sie bei der Entwicklung von neuen beruflichen Perspektiven zu unterstützen. Die Ergebnisse zeigen, dass durch den Einsatz von Kollegen der Netzwerkpartner (sich ergänzende Fachkenntnisse, Vernetzung mit Einrichtungen im Bezirk, ressourcen- und lösungsorientierter Beratungsansatz) gute Hilfe geleistet werden kann.

Sieben Teilnehmer haben eine sozialversicherungspflichtige Arbeit angefangen. Für weitere 16 konnten Beschäftigungsmöglichkeiten im Zuverdienst, im Ehrenamt oder in der Werkstatt für behinderte Menschen realisiert werden. Die Abbruchquote von fünf Prozent zeigt, dass die Menschen sich in ihren Belangen unterstützt fühlen. <http://www.arbeit-netzwerk.de>.

DEUTSCHE POST AG

Vital in Deutschland - Internetportal für Menschen über 50

Die Deutsche Post AG möchte mit ihrer gemeinnützigen Initiative Vital in Deutschland (vid) die gesellschaftliche Wertschätzung für die Lebensleistung von Senioren erhöhen. Über eine webbasierte Datenbank im Onlineportal www.vitalindeutschland.de sollen die lokalen, regionalen und bundesweiten Angebote für ältere Menschen veröffentlicht werden.

Damit werden lokalen Angebote, Initiativen und Projekte teilnehmender Kommunen, ihrer Vereine, Verbände und der teilnehmenden Organisationen, Verbände und anderen Institutionen bekannt gemacht und zugleich ein Service für Transparenz und Überblick für Suchende und die Kommunen geschaffen. Ziel der Initiative ist es, ältere Menschen besser über Angebote zu informieren, vorhandene zu optimieren und neue zu initiieren. In einer Selbstdarstellung heißt es: „Die Initiative sammelt und veröffentlicht Angebote im Internet, die insbesondere für diese Menschen interessant und attraktiv sind. Dazu gehören exklusive Angebote, Rabatte und Zusatzleistungen in vielen Lebensbereichen, mit denen ältere aktive Menschen ihr Leben abwechslungsreicher gestalten können.“

Auch Senioreninitiativen können sich präsentieren und profilieren

Neben der Darstellung der Angebote gibt es auch Profileiten, auf denen sich eine Kommune und z.B. Koordinationsstellen (wie Seniorenbeiräte etc) sowie die Anbieter der Angebote selbst vorstellen können. Die Eingabe und Pflege der Angebotsinformationen soll auf Dauer durch die Anbieter selbst erfolgen, die für die Seiten Zugangscodes erhalten werden (oder über Schnittstellen). Im Rahmen der Darstellung der Inhalte / Angebote können diese auch von den Nutzern bewertet werden. Die Initiative soll sich künftig auch durch Werbung und Sponsoring der Wirtschaft refinanzieren. Für Mitgliedsorganisationen im PARITÄTISCHEN ist die Nutzung kostenfrei. Zunächst liegt der Schwerpunkt der Initiative noch auf NRW, dem Saarland sowie Rheinland-Pfalz. Eine Ausweitung der Initiative auf weitere Bundesländer wurde bereits gestartet. In anderen Regionen Deutschlands werden Zug um Zug ausgewählte Kommunen und Angebotspartner angesprochen. www.vitalindeutschland.de

FRÖBEL-FAMILIENBERATUNG CON-RAT

Was brauchen Kinder, um glücklich aufzuwachsen?

Wie lässt sich der Familienalltag so gestalten, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse aller unter einen Hut gebracht werden können? Eltern stellt das so manches Mal vor erzieherische Herausforderungen.

Mit einem kostenlosen Elternkurs sollen Eltern ermutigt werden, die eigenen elterlichen Handlungsspielräume zu erkunden und zu erweitern. Der Blick wird auch darauf gelenkt, angemessen auf kindliche Verhaltensweisen zu reagieren, dabei die kindliche Entwicklung zu berücksichtigen und kindgerecht zu kommunizieren.

Der Elternkurs wird in Zusammenarbeit mit der Fröbel-Familienberatung Con-Rat in Berlin angeboten und im Haus des Lehrers am Alexanderplatz durchgeführt. Die drei praxisnahen Module können als Ganzes oder einzeln belegt werden. Das Angebot ist kostenfrei, auch für Eltern, deren Kinder keinen Fröbel-Kindergarten besuchen.

Modul 1: „Erziehungsziele - Erziehungsstile“

- „Goldene Familienregeln“: Welche Normen und Werte begleiten mich? Was möchte ich meinen Kindern weitergeben?
- Meine Erziehungsziele: Was wünsche ich mir für mein Kind?
- Wenn Eltern unterschiedliche Auffassungen in der Erziehung haben...!

Modul 2: „Was kann ich von Kindern eigentlich erwarten?“

- Entwicklungspsychologische Aspekte in die Erziehung einbeziehen
- „Positive Verstärkung“ in der Erziehung - das Gute im Kind sehen
- Der „Pausenknopf“ - Eskalation mit Kindern vermeiden

Modul 3: „Mit Kindern reden ohne Machtkämpfe“

- Aktives Zuhören - wie höre ich Kindern zu, damit sie sich mir öffnen?
- Ichbotschaften - wie kann ich sprechen, damit Kinder sich dem Gesagten nicht verschließen?
- „Familienkonferenzen“ altersgemäß erfolgreich gestalten

Weitere Informationen:

<http://www.con-rat.froebel.info>

LANGE NACHT DER FAMILIE

Kräuter sammeln, Grusel im Mondschein, Geocaching in der City

Zum zweiten Mal öffnen sich Berliner Türen, die sonst nachts verschlossen bleiben. Einladende und gruselige Orte, nächtliche Musik, spannende Filme und vieles mehr können Eltern mit Kindern bis zu 14 Jahren in der „2. Langen Nacht der Familie“ des Berliner Bündnisses für Familie erleben, an der sich Lokale Bündnisse für Familie in verschiedenen Berliner Bezirken beteiligen. Unter dem Motto „Schwarze Nacht – weiße Stadt“ sind vielfältige nächtliche Abenteuer im Angebot.

Wer an der langen Familiennacht teilnehmen möchte, sollte ausgeschlafen sein: Am 5. Mai um 17 Uhr starten die Angebote, sie dauern bis 0 Uhr. Manche Angebote enden auch erst am nächsten Morgen, zum Beispiel wenn Übernachtungen eingeplant sind.

Kräutersammlungen im Mondschein, Begegnungen mit Nachttieren, Geocaching, Bilderbuchkino und Familienolympiade sind nur einige der mehr als 111 Aktionen. Für nacht-aktive Kinder ist genauso etwas dabei wie für neugierige Familien oder für große und kleine Leute, die sich gerne gruseln.

Bundesweiter Aktionstag der Lokalen Bündnisse

In der ganzen Stadt hat das Berliner Familienbündnis mit seinen Partnern spannende Erlebnisse organisiert. Eine Programmübersicht und ein spezieller Stadtplan mit den Angeboten helfen den Eltern und Kindern, in der langen Familiennacht den Überblick zu behalten. Für einige Aktionen ist eine Anmeldung erforderlich, viele Veranstaltungen sind kostenfrei.

Das Berliner Bündnis für Familie hat die „2. Lange Nacht der Familie“ in Kooperation mit dem Holiday Inn Berlin-Mitte und vielen Partnern wie der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, organisiert. Außerdem gehören die Lokalen Bündnisse für Familie Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf und Reinickendorf zu den Veranstaltern. Als Medienpartner unterstützen das Stadtmagazin zitty und die Berliner Kinder- und Familienzeitung Kiek mal die „2. Lange Nacht der Familie“. Die Familiennacht reiht sich in den bundesweiten Aktionstag der Lokalen Bündnisse für Familie. Dabei macht die Aktion auf das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufmerksam.

www.familiennacht.de

Rote Nasen Clowns im Krankenhaus suchen ein neues Dach über dem Kopf. Das Büroteam der Rote Nasen e.V. sucht eine neue Bleibe, weil ihm, so das Team auf der Webseite des Vereins, „das Dach bald auf den Kopf fällt! Auch wir befinden uns mit unserer Suche nach neuen Räumen wie auf einem Drahtseil. Die vielen treuen Spender und Clownpartner unterstützen uns für ein Lachen im Krankenhaus - bisher konnten wir mit unserer geringen Miete für unsere Büroräume diesem Wunsch immer entsprechen.“ Nun werde das Haus bald abgerissen und man müsse auf zu neuen Ufern. „Haben Sie eine Idee oder einen Vorschlag, in welchem Nest wir uns für eine geringe Miete einnisten können? Rufen Sie uns an: 030/498 55 900“.

<http://www.rotenasen.de>

„Mick - Mädchen kicken mit“ ist eines von inzwischen 108 Good-Practice-Projekten, die als Beispiele guter Praxis in der Datenbank www.gesundheitliche-chancengleichheit.de recherchiert werden können. Das Projekt nutzt die Bereitschaft zu sportlicher Aktivität als wichtige Ressource und richtet sich an Mädchen im Grundschulalter sowie an jugendliche Mädchen aus den 7. bis 10. Klassen. Die Initiative spricht gezielt (auch) Mädchen mit Migrationshintergrund an. Zu den Bausteinen des Projektes gehören Mädchen-Fußball-AGs und Mädchen-Fußball-Turniere, Fußballassistentinnenausbildung und Mädchenfußballcamps.

www.gesundheitliche-chancengleichheit.de

Infolge des verschärften Wettbewerbs im Gesundheitswesen hat es in den letzten zehn Jahren erhebliche strukturelle Veränderungen auf dem Krankenhausmarkt in Deutschland gegeben. Einige Krankenhäuser wurden geschlossen, viele zusammengeführt oder organisatorisch verzahnt; an zahlreichen Standorten wechselte die Trägerzugehörigkeit. In einer neuen Studie beschreiben Dipl.-Gesundheitsökonom Andreas Schmid und Prof. Dr. Volker Ulrich, Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Universität Bayreuth, einen wachsenden Konzentrationsprozess. Im Journal „Gesundheitsökonomie und Qualitätsmanagement“ stellen sie ihre Ergebnisse vor. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Krankenhausträger in Deutschland um 18 Prozent verringert. Bereits im Jahr 2007 war mehr als ein Drittel der Krankenhäuser in stark konzentrierten Märkten tätig, also in Regionen, in denen es nur wenige Wettbewerber gibt und oft ein einziges Krankenhaus dominiert.

andreas.schmid@uni-bayreuth.de



„Gesundheit und Haft in Berlin. Vor, während und nach der Inhaftierung“ - die Fachtagung, zu der zahlreiche Gesundheits- und Haftexperten gekommen waren, wurde von Heike Drees (vorne rechts) und Ursula Groos (dritte von links) sachverständig und professionell vorbereitet und organisiert.

GESUNDHEIT UND HAFT IN BERLIN

Freie Träger im Knast - mehr als nur „Rausholer“

Netzwerkpartner sollen sich finden, neue Netzwerke mögen entstehen – das war der Wunsch, den Oswald Menninger, Geschäftsführer des PARITÄTISCHEN Berlin, dem Fachtag voranschickte. Zur Lektüre und Diskussion empfahl Menninger auch das jüngste Buch des schauspielernden Gefängnispsychiaters Joe Bauch („Tatort“), der in „Knast“ den Gefangenen- und Bedienstetenalltag interessant beschreibe, gerade dann, wenn es um das Thema der Tagung gehe. Es lautete: „Gesundheit und Haft in Berlin. Vor, während und nach der Inhaftierung“.

Zu Fachvorträgen und neun Workshops hatten sich rund 150 Teilnehmer in den Räumen der German Language School, Campus Berlin (GLS) angemeldet. Teilnehmer einer Gesprächsrunde waren auch vier Männer, die derzeit inhaftiert sind oder bis vor kurzem in einem Berliner Gefängnis inhaftiert waren. In einem kurzen Grußwort



bat der neue Berliner Justizsenator Thomas Heilmann (CDU, Foto oben) um Nachsicht dafür, dass er sich bisher in die Tiefen der Materie noch nicht habe einarbeiten können. Er werde sich von seinem sachver-

ständigen Referenten Bill Borchert unterrichten lassen. Borchert, der das Referat Justizvollzug in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz leitet, war zugleich ein Mitglied des Komitees, das das Programm der Tagung vorbereitet und organisiert hatte. Zum Komitee gehörten auch Marcus Behrens (Mann-O-Meter e.V.); Heike Drees, Referat Suchthilfe/HIV, Aids/Gesundheit im PARITÄTISCHEN Berlin, Ursula Groos, Referat Straffälligen- und Opferhilfe im PARITÄTISCHEN Berlin; Dr. Marc Lehmann, Ärztlicher Direktor des Justizvollzugskrankenhauses Berlin;



Manuela Mühlhausen, Referat Psychiatrie, Sucht und Gesundheitsvorsorge in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Berlin sowie Claudia Rey vom Referat Haftberatung der Berliner Aids-Hilfe e.V.

Als Moderator führte Holger Wicht, Pressesprecher der Deutschen Aids-Hilfe (Foto oben), durch die Fachtagung, deren erste Referenten Claudia Rey (Berliner Aids-Hilfe) und Lars Behrends (vista gGmbH) waren. Sie arbeiten im Auftrag der Freien Träger als externe Berater der Häftlinge in den Anstalten.

HIV-Rate in der JVA Tegel zehnmal höher als in Berlin

Inhaftierte seien von Aids, HIV, Hepatitis und Geschlechtskrankheiten wesentlich heftiger bedroht und häufiger betroffen als die Durchschnittsbevölkerung in Freiheit, zählte Rey auf. In Bezug auf HIV hätte die Justizvollzugsanstalt in Tegel eine zehnmal höhere Rate, in Bezug auf Hepatitis C sogar 16 mal höhere Raten als nicht inhaftierte Berliner. Viele Inhaftierte seien drogenerfahren, ein Teil sei drogenabhängig. Kurz stellte sie die Aufgaben der Berliner Aids-Hilfe in den Justizvollzugsanstalten (JVA) vor und erörterte typische

Fragen von Gefangenen. „Gibt es eine Behandlung der Hepatitis in Haft?“, „Muss ich meine HIV- oder Hepatitis-Infektion gegenüber Mithäftlingen offenlegen?“, „Wie kann ich eine Infektion vermeiden?“. „Wird die Substitutionsbehandlung in Haft fortgesetzt?“, „Welche Medikamente gibt es?“.

Auch Menschen in Haft, sagte Claudia Rey, hätten heute Zugang zu den Behandlungen gegen HIV und Hepatitis, die seit den 80er-Jahren immer besser geworden seien. Rey erinnerte daran, dass ihr Beratungsangebot freiwillig sei, und dass es ein Vertrauensverhältnis zwischen Klienten und den Berater gebe, das grundsätzlich parteiisch sei. Gleichwohl sei die Wahrung der Anonymität in Haft „definitiv nicht möglich“, anders als Beratungssituationen in Freiheit. Auch die Erreichbarkeit von Betroffenen sei eingeschränkt, weil Erkrankung und Sucht in den Haftanstalten tabuisiert seien. Freie Träger wie Aids-Hilfe und Vista versuchten, so Claudia Rey (Foto unten rechts) und Lars Behrends (Foto links), mit Informationsveranstaltungen gegenzuhalten, die sich an Inhaftierte wie Bedienstete richten.



Dauerthema Paragraf 35 des Betäubungsmittelgesetzes

Die Klienten von Lars Behrends (Vista), der regelmäßig in der JVA Tegel arbeitet, sind wegen Drogengebrauchs in Haft oder wegen der Beschaffungskriminalität, die mit Drogenkonsum oft einhergeht. Innerhalb der Gefängnismauern sei es „ein Leichtes“, alle gängigen Drogen zu erhalten und zu konsumieren. Bei den Klienten in Haft konzentrierten sich die Gespräche zwischen ihnen und den Mitarbeitern der Freien Trägern oft auf den Paragrafen 35 des Betäubungsmittelgesetzes:

„Ist eine Zurückstellung des Strafvollzugs durch eine Therapie möglich oder nicht?“ Zur Beantwortung der Frage sei eine lange Reihe von behördlichen und bürokratischen Prozeduren vonnöten, die unter anderem auf die Mitarbeiter der Freien Träger zukommen. Aber auch andere Themen rund um die Drogensucht seien auf der Tagesordnung: „Wie kann eine erreichte Abstinenz unter den schweren Bedingungen der Haft aufrecht erhalten bleiben?“ „Wie können sich inhaftierte Konsumenten vor Infektionen schützen?“ „Ist eine Substitution ratsam und umsetzbar?“

Diese Fragen spiegelten zugleich die Situation betroffener Häftlinge wie auch die der Freien Träger im Knast wider: „Unsere Arbeit wird von den Klienten mitunter als sehr reduziert auf den Paragrafen 35 wahrgenommen. Und so müssen wir akzeptieren, dass wir von den



Klienten oft nur als 'Rausholer' betrachtet werden, als Schlüssel zur Entlassung“. Aber dies sei verständlich. Völlig inakzeptabel, so Lars Behrends, sei hingegen, dass im Berliner Männervollzug, anders als im Frauengefängnis, keine sterilen Spritzen zur Verfügung gestellt würden – eine Absurdität, über die im Verlauf der Fachtagung immer mal wieder gerätselt wurde und die der Fachreferent in der Justizverwaltung, Bill Borchert, eine „politische Entscheidung“ nannte. Borchert summierte die Krankheitskosten (= Personal- und Sachkosten) der Inhaftierten im Berliner Starfvollzug auf 17,3 Millionen Euro. Somit beliefen sich die durchschnittlichen Krankheitskosten pro Inhaftierten in Berlin auf 1412 Euro – und sind damit geringer als die rund 1700 Euro, die ein Durchschnittsbürger in Freiheit im Jahr kostet (1500 - 1700 Euro).

Psychische Leiden sind Haupterkrankungen im Vollzug

Die Zahlen allein könnten freilich nicht ausdrücken, ob die Gesundheitsversorgung in Berliner Gefängnissen qualitativ gut, nur hinreichend oder schlecht seien. „Das können 14 Millionen nicht ausdrücken, auch keine anderen Zahlen“. Im Vollzug seien – ähnlich wie draußen – drei Haupterkrankungen zu nennen, so Borchert: Psychische Erkrankungen, Sucht- und Suchtfolgeerkrankungen, Zivilisationskrankheiten wie Bluthochdruck und Herz-Kreislaufkrankungen.

In der Haft sind knapp 30 Prozent aller Männer und 33 Prozent der Frauen drogenabhängig, sagte Manuela Mühlhausen aus dem Drogenreferat der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Sie kam in ihren Darlegungen auch auf die Frage zu sprechen: „Was könnte besser laufen?“ Thema Entlassungsmanagement: Das Drogenreferat bekäme regelmäßig die Drogennotfallprotokolle, und die dokumentierten in der letzten Zeit häufig: „Notfall nach Abstinenz oder Haft.“ Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren (JVA, Verwaltungen und Freie Träger) müsse verbindlicher geregelt sein und intensiviert werden, so Mühlhausen. Auf einem „Wunschzettel“ hatte sich die Drogenreferentin notiert: „Spritzenvergabe erweitern, auch für den Männervollzug; Möglichkeit der Langzeittherapie bei Alkoholabhängigen schaffen und Fragen der Heroingabe in Haft erörtern“.



Mit teils eindrucksvollen Zahlen und Argumenten belegten Prof. Dr. Jürgen Pont (Medizinische Universität Wien) und Dr. Hans Wolff (Universitätskliniken Genf), dass unsere südlichen Nachbarländer in Sachen



**Prof. Dr.
Jürgen Pont**

Gesundheit und Haft teilweise schon weiter sind als die deutschen Bundesländer. Ein Vorzug in Schweizer Kantonen sei, so der „Gefängnisarzt“ und Dozent Hans Wolff, dass die stationäre Krankenversorgung organisatorisch aus der Verantwortung der Justiz genommen sei; es gibt dort zum Beispiel keine Gefängniskrankenhäuser, dafür eine weitgehend liberale und entideologisierte Handhabung von Spritzentausch inklusive Weitergabe von Präventions-Kits. Zu den häufigsten Erkrankungen gehören auch in der Schweiz die Folgen des Drogenkonsums, psychiatrische Störungen und Haut-erkrankungen. Nicht selten sei der Gesundheitsdienst im Gefängnis der erste Kontakt eines Menschen zum Gesundheitssystem überhaupt.

Eine höchst interessante Gesprächsrunde schloss den Vormittag der Fachtagung ab. Marco, Stefan, Ali und Jürgen (Namen geändert) erzählten aus ihren unmittelbaren Erfahrungen mit Gesundheit, Vorsorge und Krankheit in Berliner Gefängnissen. Sie sind oder waren bis vor kurzem inhaftiert: Marco, der sich als offen schwul bezeichnete, berichtete zum Beispiel darüber, dass es schwer sei, an Kondome zu kommen, wenn es nicht die Helfer von den Freien Trägern gäbe (Aids-Hilfe). In den Haftanstalten seien die Kondomautomaten aus vielerlei Gründen häufig leer. Er bemängelte, dass es keine ständige Präsenz von Ärzten gebe und oft „nur“ pflegerisches Personal, das oft verständlicherweise überfordert sei: „Wenn jemand ‚aus Spaß‘ viermal um Hilfe ruft – wird er beim fünften Mal nicht ernst genommen, auch wenn es ein echter Notruf ist.“

„Auch deshalb muss immer ein Arzt vor Ort sein“, bekräftigt Ali, zugleich Inhaftiertenvertreter in einer Berliner Haftanstalt. Eine Art Ärztehaus, sagt er, wäre sinnvoll, in dem immer jemand da ist. Das Justizvollzugskrankenhaus Berlin genieße unter Gefangenen einen mäßigen Ruf, es werde eher gemieden. Ali at-



Dr. Hans Wolff

sterte, ähnlich wie Steffan, der die Gefangenenzeitung „Lichtblick“ redigiert, dem Berliner Gefängnismanagement eine „relativ gute Versorgung“, sparte aber nicht an Kritik im Detail. So herrsche in der „Sozialtherapeutischen Anstalt“ eine Riesenfluktuation unter den Therapeuten – zu Lasten der gefangenen Klienten.

„**Fachärzte bieten zu selten Sprechstunden an**“
Überhaupt, so Gefangenensprecher Ali, wären mehr Sozialarbeiter, die in der Haftanstalt „Gruppenleiter“ sind, vonnöten. Jürgen bemängelte, dass Allgemeinärzte nur einmal die Woche in die Haftanstalt kämen – Fachärzte (etwa HNO) nur alle 14 Tage. Als Diabetiker treffe er immer wieder auf Schwierigkeiten, an die notwendigen Spritzutensilien zu kommen und meist treffe er auf komplettes Unverständnis auf Seiten der Bediensteten, wenn er nach einem Fußpfleger verlange – ein lebenswichtiger Service für Diabetiker. Am Nachmittag des Fachtages behandelten die Teilnehmer Einzelthemen in Workshops., u.a.

- Infektionsschutz/Infektionsvermeidung/Behandlung von HIV,
- Substitutionsbehandlung/Psychosoziale Betreuung/Fortsetzung der Substitutionsbehandlung in Haft und nach Haftentlassung,
- Psychiatrische Behandlungsbedürftigkeit/Langzeitberatung/Psychologische Versorgung,
- Gesundheitsförderung für MigrantInnen,
- Engagierte Betreuung als Störfaktor der Abläufe in der JVA,
- Zurückstellung der Strafe zugunsten Therapie/Substitutionsbehandlung/Ersatzfreiheitsstrafe,
- Übergangsmanagement/Entlassungsvorbereitung,
- Modelle einer integrativen Versorgung

Im Rahmen eines „World Cafés“ präsentierten die Arbeitsgruppen die Ergebnisse ihrer Workshops anhand von Statements, die sie auf Tafeln festgehalten hatten. Auf die Frage: „Was können wir leicht verbessern?“ hatte ein Teilnehmer als Antwort notiert: „Kommunikation“.

Auch dazu diente dieser Fachtag – mit Erfolg, wie aus der allgemeinen Zustimmung hervorging.

Auch der ärztliche Direktor des Justizvollzugskrankenhauses, Marc Lehmann, beteiligte sich als einer der Mitinitiatoren der Fachtagung am abschließenden „World Café“, zu dem die Teilnehmer der Workshops ihre Einsichten und Kritikpunkte auf Tafeln aufgeschrieben und zur Diskussion mit dem Publikum gestellt hatten.





KINDERSCHUTZBUND BERLIN

Keine Ferienbetreuung für 9 – 13-Jährige?

Der Berliner Kinderschutzbund übt massive Kritik an der geplanten Ferienregelung des neuen Senats für Fünft- und Sechstklässler.

„Kein normaler Arbeitnehmer hat ausreichend Urlaubstage, um seine Kinder in den Ferien zu betreuen“, sagte Alex Jakob, Sprecherin des Berliner Kinderschutzbundes. „Und wer möchte verantworten, seine Kinder sechs bis acht Stunden oder sogar noch länger allein zu lassen? Und das über mehrere Tage. So ein Beschluss widerspricht völlig der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist schon gar nicht im Sinne der Kinder.“

Darüber hinaus sollten Eltern selbst entscheiden können, ob ihre Kinder in den Ferien Angebote der freien Jugendhilfe, von Sportvereinen oder anderen Institutionen wahrnehmen. „Die Eltern wissen, dass ihre Kinder im Hort bei den entsprechenden Erzieher/innen gut aufgehoben sind. Das weiß man bei anderen Einrichtungen manchmal nicht“, so Alex Jakob weiter. Auch sei es nicht immer gegeben, dass die Großeltern in der Nähe wohnen und „fit“ genug seien, um die 9 bis 13-Jährigen entsprechend zu betreuen.

Daher fordert der Berliner Kinderschutzbund eine verlässliche Ferienbetreuung der Fünft- und Sechstklässler. „Hierfür ist sicherlich ein Umdenken in der ergänzenden Förderung und Betreuung nötig. Denn 9-13-Jährige brauchen sicherlich mehr Freiräume und andere Angebote als 5-7-jährige Kinder. Da sind die jeweiligen Einrichtungen gefragt, entsprechende Konzepte zu entwickeln“, sagte die Sprecherin des Berliner Kinderschutzbundes abschließend.

<http://www.kinderschutzbund-berlin.de>

Die jungen Maßschneiderinnen und Goldschmiedinnen, die in der Ausbildung beim Ausbildungs- und Kulturzentrum e.V. Berlin sind, verkaufen eine Auswahl ihrer Produkte im Internet. Entlang dem Ausbildungsrahmenplan stellen die Auszubildenden mit ihren Meisterinnen zusammen einfache bis anspruchsvolle Produkte. Verarbeitet werden hochwertige Stoffe und edle Metalle. Im „Schmucke Mode“-Shop wollen sie eine Auswahl ihrer Produkte verkaufen und damit auch Erfahrungen beim Betreiben eines Online-Shops sammeln. Alle Produkte sind auch im Laden in der Lauterstr.12/13 in 12159 Berlin-Friedenau zu erhalten – ein Laden zum Zwecke der Ausbildung. Hier können die jungen Frauen in der Praxis die Kundenarbeit erfahren, ein wichtiger Bestandteil in der handwerklichen Arbeit. Der Laden ist dienstags und donnerstags von 14-18 Uhr geöffnet.
<http://www.ausbildungszentrum.cc>
<http://de.dawanda.com/shop/A-K-C>

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat jetzt eine Studie zum Wahlverhalten der Generationen (Autorin: Sabine Pokorny) herausgegeben. Erwartbares Fazit: Das Wahlverhalten der Jüngeren unterscheidet sich vom Wahlverhalten anderer Altersgruppen. Unter den jüngeren Wählern ist die Wahlbeteiligung traditionell niedriger als unter den älteren Wählern. Zusätzlich sind manche Parteien für bestimmte Altersgruppen attraktiver als für andere. Die Grünen beispielsweise mobilisieren vor allem jüngere Wähler, während die Unionsparteien ihre Wähler überwiegend aus den älteren Altersgruppen rekrutieren. Die Studie zum Download:
http://www.kas.de/wf/doc/kas_30378-544-1-30.pdf?120305162318

Im Jahr 2010 mussten etwa 200 000 gesetzlich versicherte Kinder und Jugendliche aufgrund einer Unfallverletzung stationär im Krankenhaus behandelt werden. Um die Eltern umfassend über Unfallrisiken aufzuklären, geben die gesetzlichen Krankenkassen, die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte seit 1999 die „Merkblätter Kinderunfälle“ heraus. Die Merkblätter sollen den Eltern helfen, die Umgebung von Kindern sicherer zu gestalten und Unfälle zu vermeiden. Weitere Informationen sowie die überarbeiteten „Merkblätter Kinderunfälle“ gibt es als pdf-Dateien im Gesundheitspartnerportal der AOK.

<http://www.aok-gesundheitspartner.de>



FIPP e.V.

20 Jahre Verantwortung als Arbeitgeber im sozialen Bereich

**Fipp e.V. – Fortbildungsinstitut für die
pädagogische Praxis feiert sein Firmenjubiläum**

Text und Fotos: Jana Judisch

Am 1. März 1992 ging mit „Schulkinder und Stadt“ und 30 Mitarbeitern - damals noch auf ABM-Basis – ein Projekt an den Start, das auf Anregung der Senatsverwaltung Berlins ins Leben gerufen worden war, um Jugendfreizeiteinrichtungen für Lückekinder im Osten der Stadt Berlin aufzubauen.

Träger dieser Einrichtungen war Fipp e.V. – Fortbildungsinstitut für die pädagogische Praxis. Dieses Datum markierte für den Verein einen besonderen Wendepunkt in seiner Geschichte: Bis dahin war Fipp e.V. (Gründungsjahr 1978) ein Zusammenschluss von Fortbildnerinnen und Forschern gewesen; mit dem Beginn von „Schulkinder und Stadt“ trat der Verein erstmals als Arbeitgeber auf. Seitdem hat sich Fipp e.V. zu einem großen Träger entwickelt, der aus der Kinder- und Jugendhilfelandschaft in Berlin nicht mehr wegzudenken ist: In fast 60 Fipp e.V.-Einrichtungen arbeiten über 600 Menschen mit und für Kinder, Jugendliche und Familien.

Empfang für Mitarbeiter, Wegbegleiter und Kooperationspartner

Ein besonderes Jubiläum also, das der Träger Anfang März mit einem Empfang in der Geschäftsstelle würdigte. Einladungen waren an die (z.T. ehemaligen)

Mitarbeiter der ersten Stunde ergangen, an langjährige Wegbegleiter sowie Kooperationspartner – so auch an den PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband Berlin.

Gemeinsam ließ man die vergangenen Jahre Revue passieren und erinnerte sich daran, wie viel seitdem erreicht worden ist. Dass diese 20 Jahre jedoch nicht immer einfach für den sozialen Sektor gewesen sind, daran erinnerte Gastredner Oswald Menninger, Geschäftsführer des PARITÄTISCHEN Berlin, bei seiner Begrüßungsrede: „Wir haben viel kämpfen müssen um eine angemessene Finanzierung besonders der Jugendarbeit in Berlin und wir kämpfen noch heute. Fipp e.V. war uns dabei stets ein verlässlicher Partner und ist dies auch heute noch.“ Fipp e.V. trat dem PARITÄTISCHEN im Jahr 1982 bei.

Was im Jahr 1992 mit offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, darunter auch fünf Schülerclubs, begonnen hatte, entwickelte sich schnell zu einem breiten Netzwerk vieler verschiedener Angebote der Kinder- und Jugendhilfe: 1996 übernahm der Träger die erste Kindertagesstätte, die lange Zeit die einzige bei Fipp e.V. blieb. Erst ab 2004 kamen weitere hinzu – heute betreibt Fipp 24 Kitas in sechs Bezirken. 1998 wurde das erste Fipp e.V.-Projekt der Berufsorientierung ins Leben gerufen, seit 2002 gibt es Fipp-Schulstationen und im Jahr 2005 wurden die ersten Fipp-Horte gegründet (heute Ganztagsbereiche).

„Ohne seine besonderen und engagierten Mitarbeiter wäre der Träger heute nicht dort, wo er ist“, betonte Fipp e.V.-Geschäftsführerin Doreen Sieg (Foto). Gemeinsam mit Fipp-Vorstand Barbara Tennstedt bedankte sie sich bei den vielen ehemaligen und heutigen Pädagoginnen und Pädagogen, die gemeinsam die vergangenen 20 Jahre gestaltet haben. Mit vielen geteilten Erinnerungen und „Weißt du noch?“ klang der Abend aus.

www.fippev.de



FACHHOCHSCHULE POTSDAM

Berufsbegleitende Weiterbildung für künftige Kitamanager

Die Fachhochschule Potsdam bietet in diesem Jahr zum achten Mal die berufsbegleitende Weiterbildung „Kita-Management“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Peter Knösel, Fachbereich Sozialwesen der FHP, durchgeführt.

Sie richtet sich an Kita-Leiter/-innen sowie an Erzieher/-innen, die sich für Leitungsaufgaben qualifizieren wollen. Die Teilnehmenden erwerben die Kompetenz, eine Kindertagesstätte oder eine vergleichbare Einrichtung qualifiziert zu leiten.

Entsprechend breit sei das Programm angelegt, heißt es in einer Pressemitteilung der Hochschule. Es umfasse Themen aus dem Bereich Management und Organisation und vermittele Grundlagen der Betriebswirtschaft, rechtliche Rahmenbedingungen, Leitungskompetenz sowie Marketing und Qualitätsentwicklung. Gleichzeitig geht es um Anforderungen an die Pädagogik in der Kindertagesstätte. Kindliche Entwicklung und Handlungskompetenz sowie Eltern als Erziehungs- und Bildungspartner seien weitere Schwerpunkte.

Leistungspunkte für das Bachelorstudium

Die Weiterbildung kann mit einem Hochschulzertifikat abgeschlossen werden. Je nach individueller Perspektivplanung haben die Teilnehmenden darüber hinaus die Möglichkeit, Modulprüfungen abzulegen und damit Leistungspunkte zu erlangen, die im Bachelor-Studengang „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ der FH Potsdam als studienadäquate Leistungen angerechnet werden können. Die Hochschule eröffnet Interessierten somit eine Chance, die Weiterbildung als Einstieg in das Studium zu nutzen. Das flexibel angelegte Weiterbildungskonzept biete ferner die Möglichkeit, ausgewählte Module auch einzeln zu belegen, so die Hochschulverwaltung. Die Weiterbildung „Kita-Management“ ist nach den Bildungsfreistellungsverordnungen in Brandenburg und Berlin anerkannt. Der Teilnahmebeitrag kann durch Bildungsscheck oder Bildungsprämie gefördert werden.

Ausführliche Informationen und Anmeldung zur Informationsveranstaltung:

Christina Thomas, Zentrale Einrichtung Weiterbildung der FH Potsdam, Tel. 0331 -580 24 40

E-Mail: c.thomas@fh-potsdam.de

„Bastille - Gemeinsam sind wir stark e.V.“ lädt zu seinem neuen

Theaterstück „Die Suche nach dem Glück!“ ein (siehe Plakatfoto rechts). Wann? Am 4.

und 5. Mai um 18 Uhr. Wo? In der Alten Feuerwache, Marchlewskistraße

6, 10243 Berlin-Friedrichshain. Bastille versteht sich als Zusammenschluss von Menschen aus Ost und West, die ihre unterschiedlichen Erfahrungen zum Wohle behinderter Menschen nutzen und einsetzen.

<http://www.bastille-gsws.de>



Am 28. März hat die „krebsberatung berlin“ über den Tellerrand geschaut und anderen Bedürftigen ein Forum geboten. Ein Buch wurde vorgestellt, das die Erinnerung russischer Jugendlicher bewahrt, die im Krieg mit ihren Müttern und Großmüttern von Russland nach Deutschland verschleppt wurden und in Arbeitslagern ein menschenunwürdiges Leben fristen mussten. Das Buch wurde im Jahr 2000 in Russland veröffentlicht. Erst im Februar 2011 erschien es in deutscher



Sprache mit einem Geleitwort des Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse. Die Veranstaltung fand in den Räumen der „krebsberatung berlin“, Cranachstr. 59 in Berlin – Friedenau statt. (Foto oben) Sie wurde moderiert von den Herausgeberinnen Angelika Westphal und Ruth Keseberg-Alt, Caritas-Konferenzen Deutschlands e. V. Berlin. Das Buch ist erschienen bei zba.buch, ISBN 978-3-9811977-7-8, und kostet sieben Euro. www.krebsberatung-berlin.de

KLEINE KINDER MISCHEN MIT

„Aber die Rutsche soll da nich‘ hin!“

Ein neues Handbuch über Partizipation in Kindertageseinrichtungen will zeigen: „So gelingt Demokratiebildung mit Kindern!“

Dem Loblied, das Prof. Oskar Negt (78) dem Buch als Vorwort voran schickt, ist fast nichts hinzuzufügen. „Dieses wissenschaftlich behutsame und konkrete Handlungsalternativen im Alltag anbietende Handbuch gehört zum Besten der pädagogischen Literatur der vergangenen Jahrzehnte. Es verzichtet bewusst auf scharfsinnige Analysen, welche die im Erziehungsgeschehen Tätigen ratlos lassen. Aber dort, wo wissenschaftliches Begriffsinstrumentarium verwendet wird, ist es stichhaltig und gut begründet.“ Der renommierte Sozialphilosoph und Mitbegründer der freien Glockseeschule in Hannover würdigt das vorliegende Handbuch insofern auch aus eigener Erfahrung: „Wie sollen Kinder demokratische Grundtugenden lernen wie das Teilen, das Entwickeln von Kompromissen oder das Anerkennen anderer Meinungen, wenn ihnen nicht ein hohes Maß an Selbstregulierung zuge-
traut und zugestanden wird?“

Vorstudie zum „Klassiker der Kinderbeteiligung“

Viele nachvollziehbare Anregungen, die sich zumeist auf Erfahrungen stützen, bietet das Buch „Partizipation in Kindertageseinrichtungen“, das von Hamburger und Kieler Pädagogen geschrieben wurde. So beschreiben die Autoren die Zusammenarbeit zwischen Kindern, Erziehern und externen Planern am Beispiel von öffentlichen Spielräumen, mittlerweile einem „Klassiker der Kinderbeteiligung“, wie die Autoren schreiben. Eine Einübung in die demokratischen Prozeduren, die von Zukunftswerkstätten über Architekten-skizzen und Debatten in Kinderparlamenten bis hin zur Realisierung führen - eine Vorstudie dahin kann die Beteiligung von Kindern aus Kindertageseinrichtungen bei der Spielraumplanung im eigenen Außengelände sein. „Die Erfahrungen, die Kinder hier machen können, sind durchaus mit jenen bei der Spielraumplanung im kommunalen Raum vergleichbar.“

Im Verlaufe des Planungs- und Diskussionsprozesses seien pädagogische Fachkräfte unverzichtbar, die zwi-

schen Kindern und Planern (z. B. Architekten) moderieren und auch dolmetschen. Die pädagogischen Fachkräfte fungieren dann als „Prozessmoderatoren“, um die Bedingungen der Planung mit den externen Fachleuten vor Beginn der Kinderbeteiligung genau zu klären. Sie organisieren sozusagen den Grad der Verbindlichkeit der Beteiligung der Kindergartenkinder am Planungsprozess. „Alle Erwachsenen müssen bereit sein, sich auf den gemeinsamen Prozess einzulassen“. Unter der Kapitelüberschrift „Partizipative Pädagogik - Eine Partizipationskultur entwickeln“ beschreiben die Buchautoren Schritt für Schritt, wie eine Zusammenarbeit von Planern und Kindern in einem überschaubaren Zeit- und damit auch in einem überschaubaren Kostenrahmen erfolgen kann. Wie in einem Masterplan schlagen die

Autoren unterschiedliche Phasen der Beteiligung von kleinen Kindern zur Gestaltung ihres Spielraums vor: Einer Projekteinführung schließen sich Kritikphase, Fantasiephase, Entscheidungsphase, Präsentation des Planungsentwurf und Umsetzung an.

In Planungsdebatten mit Kita-Kindern müssen die Profis völlig umdenken

Besonders die Planer, normalerweise erfahren im Umgang mit teils störrischen, teils gleichgültigen, teils begeisterten Erwachsenen, müssen umdenken, wenn ihnen Kita-Kinder über die Schulter schauen, Anregungen oder Widersprüche formulieren. Ihnen wird plötzlich der Umgang mit Kinderzeichnungen, Fotos, zeitrau-

benden Frage- und Antwortprozeduren oder Rollenspielen abverlangt, die sie im besten Falle nur aus dem eigenen Familienalltag kennen. Aber, so schreibt Oskar Negt in seinem beeindruckenden Vorwort, „Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss.“ Und: „Die Entwicklung kritischer Urteilskraft kann nicht früh genug beginnen.“ Wie das – mit ernsthaftem Respekt vor den demokratischen Beteiligungsansprüchen der Kleinen – im Kitaalltag geschehen kann, zeigt das Buch anhand von zahlreichen praktischen Beispielen sowie pädagogischen und demokratietheoretischen Überlegungen.

Hansen, R., Knauer, R., Sturzenhecker, B. (2012): Partizipation in Kindertageseinrichtungen, bpb Schriftenreihe Band 1168; 384 Seiten; 4,50 Euro (Bundeszentrale für Politische Bildung. Shopadresse: Krausenstraße 4 / Ecke Friedrichstraße; 10117 Berlin)



ALBERT SCHWEITZER STIFTUNG – WOHNEN UND BETREUEN

Vom allgegenwärtigen Ruf nach Inklusion

Eine Fachtagung versuchte das Unmögliche: Menschen mit und ohne geistige Behinderung diskutierten gemeinsam über die Frage „Alles inklusive?! Wohin geht die Reise der UN-Behindertenrechtskonvention?“

Von Nikolai Wehnelt

Eine Reise sollte es sein – und zwar eine, in der es keine 1. und 2. Klasse gibt: Dafür hatten die Veranstalter, die Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen, extra einen lebensgroßen, gemalten Zug in Auftrag gegeben, der dieser gemeinsamen Erfahrung ein symbolischen Rahmen gab.

Um einen Zwei-Klassen-Ausflug zu verhindern, hatte sich die Gastgeberin und Fachbereichsleiterin in der Albert Schweitzer Stiftung – Wohnen & Betreuen, Sabine Wilden, an dem Konzept eines „Welt-Cafés“ orientiert: insgesamt 120 Teilnehmer mit und ohne geistige Beeinträchtigung hatten sich Mitte Februar im Hotel Aquino (Berlin) an zwölf runde Tische gesetzt, um gemeinsam nach jedem Fachvortrag zu einer konkreten Frage Stellung zu beziehen.

Kommunikation bei ganz unterschiedlichen Fähigkeiten

Diese Fragen wurden von vorab geschulten Mitarbeitern der Stiftung moderiert, die an jedem Tisch mit festgelegten Moderationsmethoden alle Anwesenden in die Diskussion mit einbezogen. Durch die klare Vorstrukturierung konnte die Kommunikation bei ganz unterschiedlichen intellektuellen Fähigkeiten gewährleistet werden. Der moderierende Reise-Leiter Nikolai Wehnelt (Dipl.-Psych.) wurde unterstützt durch Co-Moderatoren von Nueva (Nutzer evaluieren). Das Nueva-Projekt bie-

tet Menschen mit Lernschwierigkeiten eine Ausbildung, um soziale Dienstleistungen zu evaluieren und damit deren Qualität zu überprüfen.

Die Co-Moderatoren hatten gemeinsam mit allen Anwesenden den Auftrag, die Vorträge der bundesweit bekannten Referenten auf Verständlichkeit zu prüfen – und gegebenenfalls mit der Karte eines roten „Ampelmännchens“ zu signalisieren, wenn eine Erläuterung eines schwierigen Wortes mit leichter Sprache erwünscht war. Damit wurde den Referenten zugemutet, auf die Vertrautheit ihres eigenen Vortrages immer wieder zu verzichten und flexibel auf die Fragen der Anwesenden einzugehen.

Diese Herausforderung meisterten die Vortragenden und Teilnehmer mit Bravour: Trotz häufiger Unterbrechungen (z.B. mit der Frage „Was heißt Epilepsie?“) achteten alle Beteiligten darauf, den Zeitplan einzuhalten. Längere Unterbrechungen durch Teilnehmerbeiträge mussten nur selten durch zusätzliche Redeminuten ausgeglichen werden.

Immer wieder zeigten sich „magische Momente“

Den Auftakt zur gemeinsamen Reise machte Reinald Purmann (Referent der Behindertenhilfe beim PARITÄTISCHEN Berlin), der einen Überblick über die Umsetzung der UN-Konvention in Berlin gab. Die anschließende Diskussionsfrage an den Tischen lautete: „Welche positiven Beispiele gibt es bei der Umsetzung in Berlin?“ Die anfängliche Zurückhaltung der Teilnehmer bei den Zwischenfragen löste sich beim Vortrag von Klaus Lachwitz (Präsident von Inclusion International, London) schnell auf: Nach den lebendigen Schilderungen seiner Begleitung eines neuseeländischen Teilnehmers bei der Entwicklung der UN-Gesetzestexte in New York entstand ein Wechselspiel von Fragen (z.B. „Was ist ein Diplomat?“) und Antworten („Ein Mensch, der für die Regierung in anderen Ländern arbeitet“). Spätestens mit diesem Dialog zwischen dem Referenten und dem Publikum war das Eis gebrochen: Lachwitz' Schilderungen

Foto: Michael Lindenau



An runden Tischen im „World Café“ erörterten die Teilnehmer Details, die nach den Fachvorträgen unklar geblieben oder zu kurz gekommen waren.

ließen „magische Momente“ entstehen, die sich im Laufe des Tages immer wieder zeigten.

Bei der Diskussion an den Tischen („Was ist für mich persönlich bei der UN-Konvention am wichtigsten?“) und während des Tages berichteten Teilnehmer mit Behinderung von Ausgrenzungserfahrungen – während für andere vor allem das „neue Denken“ der Selbstbestimmung im Vordergrund stand.

Eine der Besonderheiten an den Diskussionsrunden lag in der Mischung der Teilnehmer an den Tischen: Geschäftsführer und Mitarbeiter von unterschiedlichen Trägern, Referenten, Menschen mit Behinderungen und deren Assistenten und Vertreter des Berliner Senates unterhielten sich – zum ersten Mal? – gemeinsam über Themen, die alle angehen. Auf großes Interesse traf auch der Vortrag von Dr. Monika Seifert (Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft, Jülich), in dem es um die Möglichkeit ging, selbstbestimmt im Stadtteil Angebote wahrzunehmen oder durch Apartmentwohnen eine höhere Lebensqualität zu erleben.

Wie finden Menschen mit Lernschwierigkeiten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt?

Klaus Candussi, Geschäftsführer von atempo (Graz), zeigte in seinem Vortrag „Alles Arbeit – alle in Arbeit!“ praktische Maßnahmen, um Menschen mit Lernschwierigkeiten erfolgreich auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Seine erprobten Vorschläge (z.B. Job-Begleitung als Partnerschaft organisieren) boten hoffnungsvolle Perspektiven, um echte Teilhabe zu ermöglichen. Bei den Ausführungen von Wolfgang Urban, Geschäftsführer von fib e.V., Marburg, wurde deutlich, dass Menschen auch mit einer geistigen Behinderung und Mehrfachbeeinträchtigungen durchaus in der Lage sind, selbst über die optimale Form ihrer Wohnsituation zu bestimmen – auch wenn das manchmal vor Gericht durchgekämpft werden muss.

Bei Dr. Heidrun Metzler, die mit dem letzten Vortrag dieser Fachtagung den Zug dieser gemeinsamen Reise zur letzten Station führte, kam das Thema der Hilfeplan-Beteiligungen zum Tragen: „Wie können alle Menschen bei der Begutachtung mit einbezogen werden?“ Als gutes Beispiel führte sie dabei die Individuelle Hilfeplanung in Nordrhein-Westfalen auf, die es z.B. mit Hilfe eines Materialkoffers auch Menschen mit starken kognitiven Beeinträchtigungen ermöglicht, ihren eigenen Weg mit zu gestalten.

Nicht zuletzt durch die Beteiligung des Improvisationstheaters „Theatersport“, die mit viel Spaß und komödiantischem Geschick die Themen der Tagung zur Begeisterung des gesamten Publikums aufs Korn nahmen, wurde die Tagung zu dem, was sie sich zum Ziel gemacht hatte: eine gemeinsame Erfahrung.

www.ass-berlin.org

Vom 1. bis 3. Juni findet im Berliner Tempodrom das „Louis Braille Festival der Begegnung“ statt. Es ist das größte Musik-, Kultur- und Sportfestival blinder und sehbehinderter Menschen, ihrer Freunde und Angehörigen in Deutschland. Das Programm, darunter Kunstausstellungen, Konzerte, Hörfilmkino, Sport- und Mitmach-Angebote, gestalten überwiegend blinde und sehbehinderte Künstler und Akteure. Anlass des Treffens ist das 100-jährige Bestehen des Dachverbandes DBSV, der gemeinsam mit seinem Berliner Landesverband ABSV Veranstalter des Festivals ist. Die Veranstaltungen des Festivals sind kostenfrei. Eine Anmeldung ist für jedermann erforderlich. Information und Anmeldung:

per Telefon: 030/25 00 23 84

per Internet: www.dbsv-festival.de

Das Blindenhilfswerk Berlin e. V. gibt eine aktualisierte Zusammenstellung (Stand 11. Dezember 2011) des Berliner U- und S-Bahnnetzes als geheftete Broschüre heraus. Diese zwei Hefte im Umfang von ca. 55 Blindenschriftseiten in reformierter Kurzschrift (S-Bahn: 34 Seiten; U-Bahn: 20 Seiten) werden in zwei separat erhältlichen Heften in der Größe 33 mal 23 cm herausgegeben. Enthalten sind sämtliche in Berlin und Umgebung verkehrende S- und U-Bahnlinien der Tarifbereiche ABC, Umsteigemöglichkeiten untereinander und zur Deutschen Bahn sowie die Fahrzeiten zwischen den einzelnen Haltestellen addierend zur Gesamtfahrzeit auf den einzelnen Strecken. Zu bestellen gegen eine Schutzgebühr von 3,50 Euro für das S-Bahn-Heft sowie 2 Euro für das U-Bahn-Heft, beide Hefte zusammen für 5 Euro telefonisch unter 030-792 50 31 oder per E-Mail unter **info@Blindenhilfswerk-Berlin.de**

An Studierende mit Behinderungen und/oder chronischer Erkrankung richtet sich eine neue Broschüre des Studentenwerks Berlin. Sie informiert über die vielfältigen Wohnmöglichkeiten in studentischen Wohnanlagen des Studentenwerks Berlin, die besonders für Studierende mit Rollstuhl geeignet sind. Die Wohnanlagen werden vorgestellt, und es werden auch Hinweise zur Erreichbarkeit der Wohnheime mit öffentlichen Verkehrsmitteln und zur Entfernung zu den Berliner Hochschulen gegeben. Die Broschüre informiert ebenfalls in kurzer Form über die Bewerbungswege zu einer barrierefreien Wohnung.

www.studentenwerk-berlin.de



PROTEST GEGEN SPARMASSNAHMEN

„Rettungsschirm für Alle“ vorm Kanzleramt

Alljährlich gibt es zum Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen rund um den 5. Mai viele Aktionen von Behindertenverbänden und Initiativen in zahlreichen Orten des Landes.

Inzwischen ist es eine Tradition, dass der Berliner Behindertenverband „Für Selbstbestimmung und Würde“ e.V. (BBV), der Landesverband Berlin-Brandenburg des SoVD und die Bundesinitiative „Daheim statt Heim“ gemeinsam zu einer großen Protestveranstaltung in der Hauptstadt Berlin aufrufen.

Am 10. Mai des vergangenen Jahres kamen über 1000 Menschen mit und ohne Behinderungen aus allen Bundesländern zur Demonstration unter dem Motto „Rettungsschirme für Alle!“ vom Brandenburger Tor zum Bundeskanzleramt und viele Behindertenorganisationen unterstützten die Aktion.

Der Rettungsschirm ist seitdem deutlich gewachsen. Trotzdem ist er für Menschen mit Behinderungen – in Deutschland und anderen Staaten Europas – nicht vorgesehen. Im Gegenteil. An Stelle einer unverzüglichen und vollständigen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention fallen auch die Belange von Menschen mit Behinderungen zunehmend mehr den „Sparmaßnahmen“ zum Opfer.

Deswegen rufen die drei Behindertenorganisationen als Auftakt zum Europäischen Protesttag wieder unter dem Motto „Rettungsschirme für Alle!“ am 27. April von 11 bis 13 Uhr zur großen Demonstration vom Bundeskanzleramt zum Brandenburger Tor auf.

<http://www.sovd-bbg.de/>

BEHINDERTEN-SPORTVERBAND BERLIN

Ilke Wyludda's Rückkehr in den Diskusring

Text und Foto: Dr. Ralf Otto

Ilke Wyludda ist etwas Besonderes im Behindertensport. Sie war 1996 in Atlanta Olympiasiegerin im Diskuswurf der Frauen, mit 69,66 m. Ihre Bestleistung mit dem 1-kg-Diskus steht offiziell bei 74,56 m – nur eine Frau auf der Welt warf je weiter als sie, ihre ehemalige Nationalmannschaftskollegin Gabi Reinsch bei ihrem Weltrekord von 76,80 Metern.



2001 beendet sie ihre Karriere, nach einer langen Odyssee von Verletzungen und Operationen. Im Dezember 2010 dann die Amputation von Unterschenkel und Kniegelenk nach einem bakteriellen Infekt. Und nun die Rückkehr genau in den Ring, aus dem sie früher mit der für sie typischen Hacke-Ballen-Drehung mehrfach über

70 Meter warf, jetzt auf einem Spezial-Wurfhocker sitzend, arretiert an einer Spezialplatte, die in dem Ring befestigt ist. Der Diskuswettbewerb bei den Deutschen Winterwurfmeisterschaften in Halle an der Saale war für Ilke Wyludda ihr erster Wettkampf in Deutschland, nach dem sie bereits Ende 2011 in Dubai an den Start gegangen war, hier aber nur um erste Erfahrungen zu sammeln und sich in die internationale Startklasse F58 klassifizieren zu lassen.

Ihr Ergebnis von 25,54 m ist nach einer extrem kurzen Trainingszeit respektabel und eine deutliche Steigerung zu den ersten Versuchen vor einigen Monaten. Wurfgefühl hat sie natürlich noch immer, aber zum Werfen ohne Beineinsatz („Früher hat der Trainer immer gesagt, ich werfe ohne Beine. Jetzt werfe ich ohne Beine, aber das Gleiche ist es trotzdem nicht“) kommt nun auch noch das Fehlen jeglicher Hüftspannung hinzu. Und natürlich die lange 10-jährige Trainingsabstinenz.

40 Meter sind erforderlich, um eine Medaillenchance zu haben

Um das Ergebnis einzuordnen einige Zahlen: In dieser Startklasse F58, einer von insgesamt acht aus dem Sitzen werfenden Startklassen im Handicapsport, wobei die hintere „8“ anzeigt, dass dies die Klasse mit der geringsten Behinderung ist, liegt der Weltrekord bei den Frauen bei 40,99 m, gehalten von Nassima Saïfi aus Algerien. Die Weite der Weltranglisten-Zweiten liegt bei knapp 40 Metern.

Und bei den Paralympics werden die Startklasse F57 und F58 zusammengelegt, also muss man auch das Leistungsniveau der Klasse F57 berücksichtigen, in der in der Spitze 32 m geworfen wird und die mit einem deutlichen Punktvorteil an den Start gehen. Realistisch gesehen muss Ilke Wyludda sicher um die 40 m werfen, um eine Medaillenchance zu haben.

Ilke Wyludda hat daher eher langfristige Ziele vor Augen: Erstmals überhaupt könnte es gelingen erst Olympiasieg und dann Paralympicssieg zu feiern. Vielleicht in Rio de Janeiro 2016? Vielleicht aber auch als stehende Werferin mit Prothese? Hier steht der Weltrekord bei 33,19 m. Momentan steht aber London vor der Tür und schon die Qualifikation hierfür ist kein einfacher Weg.

Daher sagt Ilke Wyludda auch, sie will „schön weit werfen“, ohne Druck und ohne übersteigerte Erwartungshaltung, die teilweise massiv von Außen auf sie einströmen.

Das Sportporträt über Ilke Wyludda haben wir vom Internetportal des Behinderten-Sportverbands Berlin übernommen.

<http://www.bsberlin.de>

Die 12. Auflage des Ratgebers zu Demenzerkrankungen und zu Hilfsangeboten der Alzheimer-Gesellschaft Berlin e.V. liegt jetzt vor. Angehörige, Freunde, professionelle Helfer und Interessierte finden zu Demenzerkrankungen und zu Hilfsangeboten in Berlin Informationen, unter anderem zum Krankheitsbild, zur Diagnostik und zum Umgang mit Erkrankten. Darüber hinaus erfahren Sie Wichtiges zu finanziellen, sozialrechtlichen und vielen weiteren Fragen. Auch der aktuelle Ratgeber umfasst einen umfangreichen Serviceteil mit Adressen von Beratungsstellen, Gedächtnissprechstunden, Angehörigengruppen und weiteren Berliner Entlastungsangeboten. Der Ratgeber zu Demenzerkrankungen und zu Hilfsangeboten in Berlin kann kostenfrei über die Geschäftsstelle der Alzheimer-Gesellschaft Berlin e.V. bezogen werden (postalisch gegen Erstattung der Portokosten 1,45 Euro). Bestellungen: **Alzheimer-Gesellschaft Berlin e.V. Friedrichstr. 236 in 10969 Berlin; Tel.: 030/ 89 09 43 57 E-Mail: info@alzheimer-berlin.de**

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK) setzt sich für einen besseren Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) vor Diskriminierung und arbeitsrechtlicher Benachteiligung ein. Anlässlich einer Anhörung im Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales sagte DBfK-Referentin Johanna Knüppel: „Gravierende strukturelle und organisatorische Versorgungsmängel sind an geeigneter Stelle deutlich zu machen und Abhilfe ist zu fordern.“ Der Fall der Altenpflegerin Brigitte Heinisch und das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte am 21. Juli 2011 hätten gezeigt, dass das deutsche Rechtssystem Mut und Verantwortungsbewusstsein nicht schütze. **www.dbfk.de**

Es wird immer schwieriger, genügend und ausreichend qualifizierte gut ausgebildeten Fachkräften in der Altenpflege zu gewinnen und im Beruf zu halten. „Die Altenpflege muss sich anstrengen, ihr Berufsfeld attraktiv zu gestalten, um fähige Kräfte zu gewinnen. Ohne gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und attraktive Berufsperspektiven mit qualifizierter Ausbildung sowie Angeboten zur Fort- und Weiterbildung“, sagte kürzlich Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., am Rande einer Präsidiumssitzung beim Bundessozialgericht in Kassel. **<http://www.deutscher-verein.de>**

Schule in Berlin: Alles in allem nur unteres Mittelfeld

Der „Chancenspiegel“, mit dem die Bertelsmann Stiftung und das Institut für Schulentwicklungsfor- schung (IFS) an der Technischen Universität Dort- mund erstmals die Schulsysteme aller Bundeslän- der auf Chancengerechtigkeit untersucht haben, zeigt für Berlin folgende zentralen Ergebnisse (Auswahl) in den vier Dimensionen Zertifikatsver- gabe (Z), Kompetenzförderung (K), Integrations- kraft (I) und Durchlässigkeit (D):

1. Integrationskraft: Spitzengruppe

4,4 Prozent aller Schüler sind vom Regelschulsystem ausgeschlossen und werden gesondert in Förderschulen unterrichtet (Bundesdurchschnitt: 5,0 Prozent). Das bedeutet im Ländervergleich einen Platz in der Spitzen- gruppe der Länder.

45 Prozent aller Schüler in der Primar- und Sekundar- stufe 1 besuchen eine Ganztagschule (Bundesdurch- schnitt: 26,9 Prozent). Ländervergleich: Spitzengruppe.

2. Durchlässigkeit: Mittelfeld

Die Chance eines Kindes aus oberen Sozialschichten, das Gymnasium zu besuchen, ist 1,7 mal höher als die eines Kindes aus unteren Sozialschichten (Bundesdurch- schnitt: Faktor 4,5). Ländervergleich: Spitzengruppe (Bester Faktor im Vergleich der 16 Bundesländer).

43,4 Prozent aller Schüler, die maximal einen Haupt- schulabschluss hatten, erhalten einen Ausbildungsplatz im Dualen System (Bundesdurchschnitt: 41,5 Prozent). Ländervergleich: Mittlere Gruppe.

Schulformwechsel: Einem Aufwärts- stehen 13,9 Ab- wärtswechsel gegenüber (Bundesdurchschnitt: 1:4,3). Ländervergleich: Untere Gruppe.

3,9 Prozent aller Schüler der Sekundarstufe müssen eine Klasse wiederholen (Bundesdurchschnitt: 2,9 Prozent). Ländervergleich: Untere Gruppe

3. Kompetenzförderung: Untere Gruppe

Lesekompetenz: Neuntklässler erreichen durchschnitt- lich 480 Kompetenzpunkte (Bundesdurchschnitt: 496 Kompetenzpunkte). Ländervergleich: Untere Gruppe.

Die leistungsstärksten Neuntklässler erreichen durch- schnittlich 615 Kompetenzpunkte (Bundesdurchschnitt: 613 Kompetenzpunkte). Ländervergleich: Mittlere Gruppe.

Die leistungsschwächsten Neuntklässler erreichen 342

Kompetenzpunkte (Bundesdurchschnitt: 376 Kompe- tenzpunkte). Ländervergleich: Untere Gruppe.

Benachteiligte Jugendliche im 9. Jahrgang erreichen 89 Kompetenzpunkte weniger als privilegierte Jugendli- che. (Bundesdurchschnitt: 67 Kompetenzpunkte Unter- schied). Ländervergleich: Untere Gruppe.

4. Zertifikatsvergabe: Mittlere Gruppe

45,7 Prozent der jungen Erwachsenen erreichen die Hochschulreife (Bundesdurchschnitt: 46,4 Prozent).

Ländervergleich: Mittlere Gruppe.

Der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss liegt bei 10,4 Prozent (Bundesdurchschnitt: 7,0 Prozent).

Ländervergleich: Mittlere Gruppe.

(Alle Ergebnisse beziehen sich auf die Zahlen aus dem Schuljahr 2009/2010) Weitergehende Informationen, Quellenangaben, Auswertungen und Interpretationen:

www.chancen-spiegel.de

Im Jahr 2011 ist die Zahl der Mitgliedsvereine von 442 auf 489 gestiegen. Das geht aus dem Jahres- bericht des Landesverbandes Schulischer För- dervereine Berlin-Brandenburg e.V. (lsfb) hervor. Darunter sind 425 Berliner und 64 Brandenburger Vereine oder 445 Schulen und 44 Kitas oder nach Schularten: 5 Förderschulen, 280 Grund- schulen, 140 Oberschulen, 20 Oberstufenzentren. <http://www.lsfb.net>

Roma-Mediatoren für Reinickendorf ist ein Projekt des Freien Trägers „Aufwind - Verein für Aufsuchende Erziehungshilfen e.V.“ für Reini- ckendorfer Oberschulen: Roma Mediatoren für Reinickendorf ist aktuell gestartet und richtet sich an alle Reinickendorfer Oberschulen, die Schüler aus dem Kulturkreis der Roma und Sinti haben. Das Projekt wird von zwei ausgebildeten Roma- Schulmediatoren durchgeführt, die den Schulen ihre kulturellen, sprachlichen und sozialen Kennt- nisse zur Unterstützung vor Ort anbieten. Die Schulmediatoren sprechen Deutsch, Romanes, Ser- bisch, Kroatisch und Bosnisch, und sie begleiten die Jugendlichen mit dem Ziel, einen regelmäßigen Schulbesuch anzubahnen und damit ihre Chancen auf einen Schulabschluss und einen Ausbildungs- platz deutlich zu erhöhen. Sie suchen die Familien zuhause auf, begleiten Eltern bei Schulkontakten und regen sie an, selbst an Bildungsmaßnahmen teilzunehmen.

<http://www.aufwind-berlin.de>

DIE BILDUNGSPRÄMIE ZAHLT SICH AUS

Motivation durch Qualifikation

Die Bildungsprämie geht in die zweite Förderphase – aus Mitteln des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union wird das lebenslange Lernen unterstützt, um bessere Bildungs- und Aufstiegswege für mehr Menschen zu eröffnen.

Organisationen und Betriebe richten ihre Personalpolitik an der Notwendigkeit aus, gutes Personal zu halten und zu fördern. Vorbei sind die Zeiten, in denen auf dem Arbeitsmarkt nach Belieben spezialisierte Fachkräfte angeworben werden konnten. Eine in der Organisation verankerte, systematische Personalentwicklung sichert die zielgerichtete und zukunftsorientierte Entwicklung der Kompetenzen der MitarbeiterInnen.

Dabei ist Fort- und Weiterbildung ein wesentliches Instrument. Im Rahmen des Projektes „Bildungsprämie“ werden Berufstätige bei ihrer Weiterbildung mit einem Prämiegutschein bis zu 500 Euro unterstützt. Unsere Seminarteilnehmer und auch Studierende im Master-Fernstudiengang Sozialmanagement bei der PARITÄTISCHEN Bundesakademie können davon profitieren.

Voraussetzung ist, dass das zu versteuernde Jahreseinkommen 20000 Euro bzw. 40000 Euro (für Verheiratete) nicht übersteigt. Mit dem Gutschein reduzieren sich die Gebühren für eine Weiterbildung um die Hälfte, höchstens um 500 Euro.

Aktuelle Informationen finden Sie unter:

www.bildungspraemie.info oder über die kostenfreie Hotline: **0800 2623000**

Das Urteil zur altersabhängigen Staffelung der Urlaubsdauer (Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20.03.2012 - 9 AZR 529/10) ist demnächst im Internetportal des PARITÄTISCHEN Berlin nachzulesen, zusammen mit einem Kommentar von Rechtsanwalt Gerd Luttmann von der PARITÄTISCHEN Tarifgemeinschaft.

www.paritaet-berlin.de
www.ptgberlin.org

PARITÄTISCHE BUNDESAKADEMIE

Von ADHS bis Zuständigkeit

Veranstaltungsinformationen der PARITÄTISCHEN Bundesakademie vom Juni. Der erstgenannte Preis gilt für Seminarteilnehmer aus Mitgliedsorganisationen, der an zweiter Stelle genannte Preis für Seminarteilnehmer aus Nicht-Mitgliedsorganisationen. Soweit nicht anders angegeben, finden alle Veranstaltungen in Berlin statt. Informationen erhalten Sie bei: PARITÄTISCHE Bundesakademie, Hackesche Höfe, Hof 1, Rosenthaler Str. 40 - 41, 10178 Berlin; Tel.: (030) 24 636 - 440; paritaetische@akademie.org; www.paritaetische-akademie.de.

- ▶ Elterngespräche erfolgreich führen
Nr.: 051203; 04.06. – 05.06.
210 Euro / 250 Euro
- ▶ Wie mit „schwierigen“ Kindern umgehen?
Unter besonderer Berücksichtigung des sogenannten ADHS-Syndroms; Nr.: 051206; 07.06. – 08.06.
210 Euro / 250 Euro
- ▶ Intervision – Kollegiale Teambearbeitung
Nr.: 091212; 11.06. – 12.06.
298 Euro / 345 Euro
- ▶ Integration und Vielfalt als gesellschaftliche Ressource; Studienreise nach Stockholm; Nr.: 031220
11.06. – 15.06.; 750 Euro / 850 Euro
- ▶ Informationsveranstaltung: Der Einsatz von Ehrenamtlichen aus arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Sicht; Nr.: 081201
12.06.; Noch kein Preis festgelegt
- ▶ Fundraising für lokale Initiativen und kleine Vereine
Nr.: 061233; 12.06.; 75 Euro / 90 Euro
- ▶ Gesprächsführung und Beratungskompetenz
Nr.: 051214; 13.06. – 15.06.
315 Euro / 375 Euro
- ▶ Aufgaben des gesetzlichen Betreuers – Abgrenzungsproblematik der Zuständigkeiten zwischen Betreuer und sozialen Einrichtungen und Diensten
Nr.: 051251; 18.06.; 120 Euro / 145 Euro
- ▶ Moderationstraining
Nr.: 091205; 18.06.
158 Euro / 190 Euro
- ▶ Dekubitusprophylaxe in der Pflege
- Der Expertenstandard in seiner praktischen Anwendung -; Nr.: 051242; 20.06.
105 Euro / 125 Euro
- ▶ Praktischer Umgang mit Ausschreibungen
- zielgerichtetes Erstellen von Angeboten für Arbeitsmarktdienstleistungen -
Nr.: 031217; 21.06. – 22.06.; 390 Euro

PARITÄTISCHES BILDUNGSWERK LV BRANDENBURG E.V.

Von Alter bis Workshop

Informationen zu den aufgeführten Veranstaltungen erhalten Sie beim PARITÄTISCHEN Bildungswerk LV Brandenburg e.V., Stephensonstraße 24-26, 14482 Potsdam, Tel.: 0331/7481875; Fax: 0331/7481877; E-Mail: pbw@bildung-paritaet-brb.de; Internet: www.bildung-paritaet-brb.de.

Alle Veranstaltungen finden in den Räumen des PARITÄTISCHEN Bildungswerks Brandenburg in Potsdam statt. Der in Klammern angegebene Preis gilt für Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN. Unser Bildungsprogramm für kann kostenlos im PBW unter 0331/7481875 oder auch per Mail pbw@bildung-paritaet-brb.de angefordert oder auch von unserer Homepage www.bildung-paritaet-brb.de abgerufen werden.

April

- ▶ Depression und Wahn im Alter 23.04. Sem.-Nr. 12-614 75 Euro (70 Euro)
- ▶ Persönliche Zukunftsplanung 23.04. Sem.-Nr. 12-713 80 Euro (75 Euro)
- ▶ Bedürfnis- und ressourcenorientiertes Arbeiten mit Menschen mit geistiger Behinderung 26.– 27.04. Sem.-Nr. 12-714 150 Euro (140 Euro)

Mai

- ▶ Gezielte Beschäftigungsangebote für Senioren mit starken Beeinträchtigungen 02.05.; Sem.-Nr. 12-615 80 Euro (75 Euro)
- ▶ Wirkeffekte tiergestützter Therapie 03./14./22. und 29.05. sowie 04.06. Sem.-Nr. 12-207 425 Euro (400 Euro)
- ▶ Anfängerfehler in der Suchtarbeit 04.05. Sem.-Nr. 12-807 75 Euro (70 Euro)
- ▶ Zeitdruck in der Pflege reduzieren 04.- 05.05. Sem.-Nr. 12-616; 160 Euro (150 Euro)
- ▶ Ernährung und Psyche – Essen zwischen Kopf und Bauch 07.05. Sem.-Nr. 12-401; 80 Euro (75 Euro)
- ▶ Zusatztermin: Die Kunst des positiven Nein-Sagens 08.-09.05. Sem.-Nr.12-208A; 160 Euro (150 Euro)
- ▶ Demenz bei Menschen mit geistiger Behinderung 09.05. Sem.-Nr. 12-617; 80 Euro (75 Euro)
- ▶ Fallbesprechungen effektiv und kreativ gestalten 10.-11.05. Sem.-Nr. 12-715; 150 Euro (140 Euro)
- ▶ Entwickeln und Führen eines Teams 10.-11.05. und 10.09. Sem.-Nr. 12-209; 240 Euro (225 Euro)
- ▶ Mitarbeiterbeurteilung und Arbeitszeugnis 11.05. Sem.-Nr. 12-113 85; Euro (80 Euro)
- ▶ Kühler Kopf in heißen Phasen 14.-15.05. Sem.-Nr. 12-230; 150 Euro (140 Euro)

- ▶ Wie soll es weitergehen? Begleitung von Menschen mit geistiger Behinderung und herausforderndem Verhalten 14.-15.05. Sem.-Nr. 12-230 150 Euro (140 Euro)
- ▶ Organisation von ambulant betreuten Wohngemeinschaften 21.05. Sem.-Nr. 12-618; 80 Euro (75 Euro)
- ▶ Umgang mit Konflikten und Aggressionen im Alter 23.05. Sem.-Nr. 12-619 75 Euro; (70 Euro)
- ▶ Psychisch kranke Menschen in Arbeit 23.05. Sem.-Nr. 12-808; 80 Euro (75 Euro)
- ▶ Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung; (SpZ) -Zertifikatskurs Beginn 24.05.; Kurs-Nr. 12-701 3800 Euro (3700 Euro)
- ▶ Wenn nichts mehr geht – Effektive Arbeit mit schwierigen Jugendlichen 24.05. und 04.06.; Sem.-Nr. 12-904 140 Euro (130 Euro)
- ▶ Das Potential der eigenen Persönlichkeit entwickeln – Coaching für Führungskräfte 24.-25.05. und 06.11. Sem.-Nr. 12-114; 255 Euro (240 Euro)
- ▶ Aufsichtspflicht in der Kinder- und Jugendhilfe 25.05. Sem.-Nr. 12-905; 70 Euro (65 Euro)
- ▶ Aromatherapie – Düfte bleiben in Erinnerung 31.05. Sem.-Nr. 12-620 75 Euro (70 Euro)
- ▶ Motivations-Workshop 30.05. Sem.-Nr. 12-210 80 Euro (75 Euro)
- ▶ Bevor ich auf die Palme geh 31.05. – 01.06. Sem.-Nr. 12-211 155 Euro (145 Euro)

PARITÄTISCHES PERSONALFORUM

Weiterbildungen im Mai

- ▶ 17.04. - Der ehrenamtliche Vorstand (Teil 1)
- ▶ 19.-20.04. - Der Angleichungs-TV Land Berlin: Mantelrecht intensiv
- ▶ 24.04. - Datenschutz übersichtlich (Checklisten, Hilfsprogramme u.ä.)
- ▶ 26.04. - Konflikte in der Personalarbeit konstruktiv ansprechen (Teil 1)
- ▶ 02.05. - Die 8+1 Kündigungsarten des Arbeitsrechts
- ▶ 08.05. - Lohn und Gehalt: Fallbeispiele zur Gehaltsabrechnung
- ▶ 09.05. - Arbeitsrecht-Frühstück
- ▶ 15.-16.05. - Frühjahrsrunde Arbeitsrecht
- ▶ 22.-23.05. - Der Angleichungs-TV Land Berlin: Überleitungs- u. Mantelrecht
- ▶ 24.05. - Der ehrenamtliche Vorstand (Teil 2)
- ▶ 29.05. - Aktuelles zum Datenschutz
- ▶ 31.05. - Betriebsverfassungsrecht

Nähere Informationen zu den Seminaren erhalten Sie unter www.paritaetisches-personalforum.de oder Tel.: (030) 55 17 41 02

Vom Fach

Beim PARITÄTISCHEN treffen sich Fachgruppen (FG), Arbeitskreise (AK) und Qualitätsgemeinschaften. Termine über www.paritaet-alsopfleg.de und im passwortgeschützten Extranet www.pariextra.de.

FG Ältere Menschen	Tel. 8 60 01-176
Forum Jugendhilfeausschüsse JHA	Tel. 55 67 05-12
FG Behindertenhilfe	Tel. 8 60 01-152
FG Psychiatrische und psychosoziale Versorgung	Tel. 31 59 19-26
AK Psychosoziale Versorgung/ BAPP	Tel. 77 32 88 22
FG Suchthilfe AK Gesundheit FG HIV, Aids, STI und Hepa- titiden	Tel. 31 59 19-28
FG Krankenhäuser	Tel. 8 60 01-124
FG Sozialstationen	Tel. 31 59 19-30
AK Sozialarbeit in Sozialstatio- nen	Tel. 31 59 19-25
FG Stationäre pfl. Versorgung AK Soziale Beratung AK § 67 SGB XII und Schuldnerberatung AK Qualität § 67 SGB XII	Tel. 8 60 01-171
FG Familie, Frauen, Mädchen	Tel. 8 60 01-176
FG Kita Integrations-AG	Tel. 8 60 01-179
FG Jugendberufshilfe FG Hilfen zur Erziehung FG Jugendarbeit	Tel. 8 60 01-165
FG Schulträger	Tel.: 8 60 01- 161
FG Betreuung Schulkinder FG u. AK Schulbez. Jugendhilfe AK Koordinierende Leitungen im Ganztagsbereich	Tel.: 8 60 01-166
FG Migration Qualitätsgemeinschaft Migration	Tel. 8 60 01-177
AK Straffälligen- und Opferhilfe	Tel. 86001-122

Rechtsberatung mittwochs von 14 bis 16.30 Uhr (ohne Terminvereinbarung) • Landesgeschäftsstelle

PARITÄTISCHE BUNDESAKADEMIE

Studienreise Stockholm vom 11. bis 15. Juni

Die schwedische Leitlinie „Alle sind chancen-
gleich“ veranlasste in den letzten Jahren die
schwedische Regierung zur Umsetzung eines
Aktionsplans „Vielfalt als gesellschaftliche Res-
source“.

Da der Anteil von Migranten in einigen Regionen deut-
lich über dem Landesdurchschnitt liegt bot es sich an,
alle Akteure in eine erfolgreiche Integrationsarbeit ein-
zubeziehen. Wie das im Einzelnen gelingt, möchten wir
auf dieser Studienreise, die von der PARITÄTISCHEN Bun-
desakademie angeboten wird, von den schwedischen
KollegInnen und Experten erfahren und mit dem „in-
terkulturellen Blick“ im europäischen Kontext Anre-
gungen für die aktuelle Debatte in Deutschland erhalten.
Themenschwerpunkte: Frühe Förderung von Migran-
tenkindern / Integrationsaspekte / Harmonisierung
von staatlichen, kommunalen und pädagogischen As-
pekten / Anspruch auf Muttersprachenunterricht und
Unterricht in Schwedisch als Zweitsprache / Besuch in
Schulen und Vorschulen / Interkulturelle Stadtteilarbeit
u.a.m.

Teilnahmebeitrag: 750 Euro (im DZ inkl. F), An- und
Abreise individuell; Anmeldeschluss: 30. April 2012
Weitere Informationen und Reiseleitung: Heidemarie
Dreyer-Weik, dreyer-weik@akademie.org
Tel.: 030 24636-401

ANMELDESCHLUSS: 30. JUNI 2012

Pflege und Ehrenamt in den Niederlanden

**Studienreise vom 24. bis 28. September 2012: Mit
dieser Bildungsreise erhalten Sie einen Einblick
in die niederländische Arbeit mit Freiwilligen/
Ehrenamtlichen am Beispiel der Pflege. Wie haben
unsere Nachbarn sich in diesem Bereich aufge-
stellt? Von welchen ihrer Erfahrungen können wir
lernen?**

Zielgruppe: Für Mitarbeiter sowohl aus der sozialen
Praxis als auch der Politik. Das Fachprogramm bein-
haltet Projektbesuche und Diskussionen in folgenden
Bereichen: Ambulante Einrichtungen, Pflegeheim, Hos-
piz sowie Dachverbände, Freiwilligenzentrale, Weiterbil-
dungsträger, Informationen über die Zusammenarbeit

zwischen Staat / Organisationen / Bürger. Neue Trends und Entwicklungen in Zeiten knapper Kassen
 Teilnahmebeitrag: € 750,00 (im DZ mit Ü/F), An- und Abreise individuell; Anmeldeschluss: 30. Juni 2012
 Weitere Informationen und Reiseleitung: Beate Häring, haering@akademie.org, Tel.: 030 24636-456

ANMELDESCHLUSS: 15. JUNI 2012

Studienreise: Sozialarbeit in New York City

Studienreise vom 29. September bis 7. Oktober 2012: Während des Aufenthaltes in NYC werden Sie Projekte in unterschiedlichen Arbeitsfeldern kennen lernen, die sich in ihren Konzepten in der Tradition amerikanischer Sozialarbeit auf eine sozialberufliche Empowerment- Praxis berufen.

Dies beinhaltet eine pragmatische Herangehensweise der Fachkräfte. Gespräche und Kontakte mit Experten aus Institutionen / Organisationen werden Einblicke und Anregungen vermitteln sowie zur Perspektiverweiterung beitragen. Das Fachprogramm beinhaltet Besuche bei Projekten in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Familien, Migranten, älteren Menschen sowie Community Work u.a.m.

Teilnahmebeitrag: 1780 Euro (im DZ), inkl. Flug. Anmeldeschluss: 15. Juni 2012. Weitere Informationen und Reiseleitung: Dr. Herbert Scherer scherer@akademie.org oder Heidemarie Dreyer-Weik, dreyer-weik@akademie.org, Tel.: 030 24636-401

Zeigen Sie Profil... und sparen Sie Geld bei Ihren Stellenanzeigen.



Wenn Sie dieses Logo zusammen mit Ihrer Anzeige in Berliner Tageszeitungen abdrucken lassen, übernimmt **DER PARITÄTISCHE 10 % der Anzeigenkosten.**

Und noch ein Bonus:
 Die Werbeagentur HWN gestaltet Ihre Anzeige **kostenlos** und bietet Ihnen einen **zusätzlichen Sofortrabatt** von weiteren **10 % !**

Weitere Informationen:
www.paritaet-berlin.de
 (Link Service, Günstige Konditionen)
 oder Tel. 86001-183 (Rita Schmid)
 oder bei der HWN Werbung
 Tel. 880 369-13,
hwn-werbung@t-online.de

Stellenangebot

Das Pestalozzi-Fröbel-Haus sucht zum 1. September 2012

eine/n Fachberater/in für die Abteilung Kinder-und Jugendhilfe

mit Schwerpunkt in den Bereichen Kooperation mit Grundschulen im Ganzttag und Kindertagesstätten.

Zu den Aufgaben der Fachberatung gehört

- Weiterentwicklung von Early-Excellence
- Begleitung und Beratung der Fachteams
- Konzeptions-und Qualitätsentwicklung.

Erwartet werden neben einem abgeschlossenen Studium der Sozialpädagogik / Erziehungswissenschaften Praxiserfahrungen in der Jugendhilfe sowie Zusatzqualifikationen und Erfahrungen in der Moderation von Gruppen und Workshops, Beratungskompetenz und Kenntnisse in der Qualitätssicherung und -entwicklung.

Wir bieten eine tarifliche Vergütung nach TVL EG 11; die Stelle im Team der Fachberatung umfasst 75 % der Regelarbeitszeit und ist nicht befristet.

Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte bis zum 27.4.2012 an das Pestalozzi-Fröbel-Haus, Abteilung Kinder-und Jugendhilfe, Karl-Schrader-Str. 7/8, 10781 Berlin ; schmitt@pfh-berlin.de

Näheres zu Early-Excellence siehe unter www.pfh-berlin.de

Räumlichkeiten gesucht

Die GfG/ Gesellschaft für Geburtsvorbereitung - Familienbildung und Frauengesundheit - Bundesverband e.V., sucht für ihre Bundesgeschäftsstelle ab sofort neue Räumlichkeiten:

2-3 Büroräume und ein Kursraum (mind. 40 Quadratmeter)
 Gerne mieten wir auch Räume in einem schon bestehenden Projekt.

Kontakt: S. Katins-Taheri, Tel. 45 02 69 20,
 E-Mail: gfg@gfg-bv.de

Aktuelle Stellenangebote und -gesuche finden Sie im Internet stets hier:

<http://www.paritaet-berlin.de/jobs/stellenangebote.html>

Stellenangebot

Die **Schwulenberatung** sucht Mitarbeiter: Die Schwulenberatung Berlin bietet Unterstützung für schwule Männer, transidente Menschen und Menschen mit HIV. Wir eröffnen 2012 den Lebensort Vielfalt, generationsübergreifendes Wohnen, Pflege, Arbeiten und Beraten. Dafür suchen wir zum 1. Mai 2012 oder später:

- Exami­nierte Pflegekräfte für betreute WG für schwule Männer mit Demenz, ab 20 Std./Wo
- Koch, Reinigungs­kräfte, Servicekräfte im Café-Restaurant „wilde Oscar“, möglichst mit Schwerbehinderung, ab 20 Std./Wo
- Mitarbeiter im Betreuten Wohnen für schwule Männer mit psychischen Erkrankungen bzw. mit HIV/Aids, 30 Std./Wo

Ausführliche Stellenbeschreibungen unter www.schwulenberatungberlin.de

Bewerbungen an:
Schwulenberatung Berlin
 z.Hd. Marcel de Groot
 Mommsenstraße 45
 10629 Berlin

oder job@schwulenberatungberlin.de

Stellengesuch

Erziehungswissenschaftlerin (B.A.)
 möchte als Beraterin in Berlin tätig werden.

Ich habe Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Medienpädagogik studiert. Psychologie war mein Nebenfach. Während des Studiums konnte ich mir Kenntnisse und Fertigkeiten in Beratung, Intervention, Recht in pädagogischen Handlungsfeldern und sozialer Arbeit aneignen. Schon früh machte ich erste berufliche Erfahrungen mit Datenerhebung und -Erfassung. Ab 2008, im Anschluss an mein Studium, war ich zwei Jahre lang als Projektmanagerin bei einem Verlag für Kindermedien tätig. Nach einer kurzen Phase der beruflichen Umorientierung möchte ich nun zum pädagogischen Sektor zurückkehren und suche eine Arbeit als Beraterin. Willkommene Schwerpunkte wären Berufsberatung und -Vermittlung, Beratung über Medienangebote bzw. den Umgang damit oder Beratung von Migranten. Zum letzten Punkt ist zu erwähnen, dass ich nicht nur sehr gut Deutsch und Englisch spreche, sondern auch Italienisch, da diese meine Muttersprache ist.

Gerne schicke ich Ihnen meine vollständigen Bewerbungsunterlagen. Kontakt: saracxx@freenet.de

Stellenangebot

Tannenhof Berlin-Brandenburg e. V. sucht für die von der DRV Berlin-Brandenburg und DRV Bund anerkannte Tagesklinik (ganz­täglich ambulante Suchtrehabilitation) zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

Dipl.-Psychologen (m/w)

mit einem wöchentlichen Umfang von zunächst 30 Stunden, der als Appr. Psychologischer Psychotherapeut anerkannt ist und Erfahrungen in der Suchtrehabilitation hat.

Das Aufgabenfeld umfasst die Leitung des Fachteams, die enge fachliche Zusammenarbeit mit der Abteilungsleitung, dem ärztlichen Leiter, die gemeinsame Therapieplanung, die Beteiligung an Gruppen- und Einzeltherapien, die gemeinsame Verantwortung für das Berichts- und Dokumentationswesen.

Wir bieten Ihnen die Leitung eines multidisziplinären Teams im Rahmen der Tagesklinik in Wilmersdorf und eine der Stelle entsprechende leistungsgerechte Dotierung.

Für eventuelle Rückfragen steht Ihnen Herr Radde unter den Rufnummern 030/36 75 25-18 und 0173/6277869 gerne zur Verfügung.

Bitte senden Sie uns Ihre Bewerbung per Post an: **TANNENHOF Berlin-Brandenburg e.V., Meierottostraße 8 - 9, 10719 Berlin; oder gern auch per E-Mail an: bewerbung@tannenhof.de**
 Informationen zur Tagesklinik erhalten Sie unter www.tannenhof.de

Stellengesuch

Dipl. Sozialpädagoge/Sozialmanager (M.A.)

möchte eine neue Herausforderung in Berlin annehmen. Ich habe Erfahrung in der Arbeit der öffentlichen Verwaltung, in der Zusammenarbeit von Menschen mit geistiger Behinderung und als Schwerpunkt die Beratung/Betreuung von suchtmittelabhängigen Menschen.

Im Juli 2012 schließe ich das betriebswirtschaftliche und berufsbegleitende Studium Sozialmanagement (M.A.) ab. Damit verknüpfe ich sozialpädagogisches Handeln und betriebswirtschaftliche Kenntnisse und möchte diese zukünftig bei Ihnen einsetzen.

Mein Wunsch ist es, eine leitende Position oder eine Assistentenstelle zu finden, bei der ich mein Engagement und Organisationstalent unter Beweis stellen kann. Ich freue mich daher sehr, wenn mein kurzes Anschreiben bei Ihnen auf Interesse stößt und Sie mich persönlich kennen lernen möchten. Gerne schicke ich Ihnen vorab meine vollständigen Bewerbungsunterlagen.

Sören Eschke
soeren.eschke@web.de
 Tel.: 0151 - 42 43 65 38

Stellenangebot

Zeitraum gGmbH sucht zur Betreuung psychisch kranker Menschen für die Grundversorgung Neukölln / Betreutes Einzelwohnen im Rahmen einer Schwangerschaftsvertretung

zwei Sozialarbeiter/innen
(oder vergleichbar)

- 1. Stelle: 75% RAZ, ab sofort, vorauss. befristet bis August 2013
- 2. Stelle: 75% RAZ, ab dem 1. Juni 2012 befristet für ein Jahr

Wir erwarten Erfahrungen im Umgang mit psychisch kranken Menschen, sozialrechtliche Kenntnisse, die Fähigkeit zum planvollen sozialpädagogischen Handeln sowie Engagement und eine hohe Belastbarkeit. Die Bereitschaft zur Dokumentation der Tätigkeit wird vorausgesetzt.

Wir bieten ein abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld, Teamarbeit, Supervision, die Möglichkeiten zur Fortbildung und eine leistungsgerechte Bezahlung. Ihre schriftliche Bewerbung richten Sie bitte zeitnah an

**ZeitRaum gGmbH, Zentrum Neukölln,
z. Hd. Herrn Wirbeleit,
Braunschweiger Straße 14,
12055 Berlin**

Informationen über den Träger unter:
www.zeitraum-ggmbh.de

Stellengesuch

2012 möchte ich gerne die berufsbegleitende Erzieherausbildung absolvieren. Ich suche einen Arbeitgeber, der mich während meiner Ausbildung mit 20-25 h/ Woche in einer Kita oder Horteinrichtung einstellen würde. Ich könnte bereits aber Mai in einem Kindergarten anfangen.

Ich bin 37 Jahre alt und arbeitete die letzten Jahre in London für eine Software Firma und als Übersetzer. Gerne würde ich auch einem englischsprachigen Kindergarten arbeiten. Ich habe keinerlei Scheu auf Kinder zuzugehen und beschäftige mich gerne mit ihnen. Recht früh habe ich gelernt, mit Kindern umzugehen und welche wesentlichen Dinge dabei zu beachten sind.

Ich bin ein sehr offener Mensch und habe viel Spaß am Erklären, Malen und Basteln mit Kindern, dabei ist es sicher sehr hilfreich, dass ich sehr geduldig bin. Gerne sende ich Ihnen meine Bewerbungsunterlagen zu und würde mich sehr über die Einladung zu einem persönlichen Gespräch freuen.

**Erik Döbler
Lindauer Str. 2; 10781 Berlin
erik.dobler@me.com
Festnetz: 030 83106714**

Stellenangebot

DER STEG, Gesellschaft zur Förderung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, sucht eine/en

**Sonderpädagogen/in oder Rehabilitations-
pädagogen/in oder Heilpädagogen/in**

(Dipl. oder Master FH/Uni, Stellenanteil: 30 Std. die Woche) für die autismusspezifische Förderung von Kindern und Jugendlichen.

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT). Die Stelle ist zunächst auf ein Jahr befristet. Eine Verlängerung ist geplant und erwünscht.

Gewünscht sind:

- Berufserfahrung in der Förderung von Menschen mit Autismus
- Berufserfahrung im sozialen Kompetenztraining
- Bereitschaft zur Weiterqualifikation
- hohes Engagement

Wenn Sie an einem Arbeitsplatz mit Teamarbeit, Möglichkeit der persönlichen Mitgestaltung, Fortbildung und regelmäßiger Supervision interessiert sind, erwarten wir Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und ggf. Rückporto an folgende Adresse:

**DER STEG gGmbH
Herrn Ernst Keim
Alt Reinickendorf 29
13407 Berlin
www.dersteg.de**

oder online unter:
stellenangeboteATZ@dersteg.de

Räumlichkeiten / Untermiete

In der Heinrich-Roller-Straße 13, 10405 Berlin suchen wir Untermieter; wir können die Räume für Treffen unter der Woche anbieten. In der Miete ist die Nutzung der Einrichtung enthalten, z.B. eine Musik-Anlage. Insgesamt sind die Räumlichkeiten 335 m² groß und wie ein Café eingerichtet. Sie bestehen aus einem Versammlungsraum, drei Mehrzweckräumen und einer komplett ausgestatteten Küche. Der vorgeschlagene Preis der Miete ist 150 Euro für einzelne Tage (verhandelbar).

**Gareth Lowe, Every Nation Kirche Berlin
garethgermany@gmail.com
0176-63292246**

Telefonverzeichnis I

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Berlin, Brandenburgische Str. 80,
10713 Berlin, Tel. (0 30) 8 60 01-0, Fax (0 30) 8 60 01-110
E-Mail: info@paritaet-berlin.de; Internet: www.paritaet-berlin.de

Name	Bereich / Funktion	Telefon	Fax	E-Mail ¹
John, Prof. Barbara	Vorstandsvorsitzende	-182	-260	john@..
Abend, Ronald	Catering	-105	-110	abend@..
Bodrow, Margita	Stiftungsmittel	-125	-210	bodrow@..
Böckel, Sabine vom	Drittmittel	-121	-240	boeckel@..
Bußler, Anett	MO-Datenbank	-154	-240	bussler@..
Deutschmann, Martina	Catering	-105	-110	deutschmann@..
Drusche, Angelika	Sekr. Geschäftsführung	-103	-260	drusche@..
Engel, Petra	Pressestelle	-107	-140	engel@..
Everién, Yvonne	Sekr. Kinder & Kitas/Frauen., Fam.	-163	-220	everien@..
Fischer, Ursula	Verwaltungsleiterin	-111	-240	fischer@..
Gatz, Karin	Praktikanten	-123	-240	gatz@..
Gaubert, Sigrid	Sekr. Behindertenh. & Werkst.	-152	-210	gaubert@..
Gaudszun, Claudia	Ref. Kinder und Kitas	-179	-220	gaudszun@..
Groos, Ursula	Ref. Straffälligen- und Opferhilfe	-122	-210	groos@..
Hartan, Bärbel	Empfang	-200	-110	hartan@..
Helbig, Christiane	Stiftungsmittel	-145	-210	helbig@..
Herchner, Claudia	Sekr. Geschäftsführung	-102	-260	herchner@ ...
Herrmann, Maria-Ilona	Sekr. Altenhilfe, Soz., Stat. Pfl.	-172	-220	herrmann@..
Hoyer, Martin	Ref. Kinder und Kitas/ Schule	-161	-220	hoyer@..
Köppe, Brigitte	Empfang	-200	-110	info@..
Kramer-Jensen, Ute	Aufnahmekoordination.	-126	-240	kramer@..
Kriebel, Elvira	Ref. Schulbezogene Jugendhilfe	-166	-220	kriebel@..
Krüger, Elke	Stv. Geschäftsführerin	-101	-260	krueger@..
Lachenmayer, Rainer	Ref. Altenh., Soz., Stat. Pflege	-171	-220	lama@..
Luttmer, Marcus	Ref. Kinder und Kitas	-178	-220	luttmer@..
Menninger, Oswald	Geschäftsführer	-104	-260	menninger@..
Mohr, Sabina	Sekr. Jugendhilfe	-165	-220	mohr@..
Pelkhofer-Stamm, Margret	Ref. Migration	-177	-220	pelkhofer@..
Purmann, Reinald	Ref. Behindertenhilfe	-151	-210	purmann@..
Riesmeier, Yvonne	Finanzbuchhaltung	-113	-240	riesmeier@..
Schmid, Rita	Pressestelle	-183	-140	schmid@..
Schulz, Andreas	Ref. Jugendhilfe	-162	-220	schulz@..
Selinger, Evelyn	Ref. Familie, Frauen, Mädchen	-176	-220	selinger@..
Wachholz, Chris	Drittmittel	-273	-240	wachholz@..
Wanke, Hans-Jürgen	Personal / Organisationsberatung	-186	-260	wanke@..
Witten, Elfi	Pressesprecherin	-181	-140	witten@..
Personalbüro	Personalverw. (Sprecht. Mi)	-135	-240	personalbuero@..
Tagungsräume: E.04: -117 E.05: -118 / E.06: -119/1.14 -274 / 5.04: -115 / Keller: -198				

¹ Die E-Mail-Adresse setzt sich zusammen aus [angegebener Name]@paritaet-berlin.de

Telefonverzeichnis II

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Berlin

Referate
Ambulante Pflege und Hospize
Psychiatrie/Queere Lebensweisen
Suchthilfe/Gesundheitsförderung / Aids

Kollwitzstraße 94–96; 10435 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel.: (030) 315 919-0
Fax (0 30) 315 919-29
E-Mail info@paritaet-berlin.de

Name	Bereich / Funktion	Telefon 315919-0	E-Mail
Kalla, Karina	Sekr. Psychiatrie/Queere Lebensweisen / Ambulante Pflege und Hospize	-13	kalla@paritaet-berlin.de
Christian Reumschüssel-Wienert	Ref. Psychiatrie/Queere Lebensweisen	-26	reumschuessel@paritaet-berlin.de
Drees, Heike	Ref. Suchthilfe / Gesundheitsförderung/ Aids	-28	drees@paritaet-berlin.de
Pleyer, Markus	Qualitätsmanagement, ambulante und stat.Pflege	-25	pleyer@paritaet-berlin.de
Lüderitz, Alke	Sekr. Suchthilfe / Gesundheitsf./ Aids	-43	luederitz@paritaet-berlin.de
Zobel, Dr. Oliver	Ref. Ambulante Pflege und Hospize	-30	zobel@paritaet-berlin.de

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Berlin

Geschäftsstelle Bezirke

Kollwitzstraße 94–96,
10435 Berlin-Prenzlauer Berg.
Telefon (0 30) 55 67 05-0, Fax (0 30) 55 324 45
E-Mail info@paritaet-berlin.de

Name	Bereich / Funktion	Telefon 556705 -0	E-Mail
Hilla - zur Horst, Renate	Bezirksbeauftragte für Pankow, Spandau, Steglitz-Zehlendorf	-19	hilla@paritaet-berlin.de
Holtz, Stefan	Stv. Ltr. d. GSt./ Bezirksbeauftragter für Friedrichshain-Kreuzberg, Lichtenberg-Hohenschönhausen, Marzahn-Hellersdorf	-12	holtz@paritaet-berlin.de
Kelp, Angelika	Bezirksbeauftragte für Mitte, Reinickendorf, Charlottenburg-Wilmersdorf	-17	kelp@paritaet-berlin.de
Schlimper, Dr. Gabriele	Leiterin der Geschäftsstelle, Bezirksbeauftragte für Treptow-Köpenick	-18	schlimper@paritaet-berlin.de
Schilling, Dagmar	Bezirksbeauftragte für Neukölln/ Tempelhof-Schöneberg	-16	schilling@paritaet-berlin.de
Schoene, Erika	Sekr.	-10	schoene@paritaet-berlin.de

Berliner Bestell-Fax für Themenhefte

Fax (0 30) 8 60 01-140

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband Berlin, Pressestelle

Brandenburgische Straße 80; 10713 Berlin

Menge	Kostenlose Bestellung [bitte ankreuzen]
	Tatort Berlin - Straffälligen- und Opferhilfe unter PARITÄTISCHEM Dach (3/2012)
	PARITÄTISCHES Leitbild „Betreutes Jugendwohnen“ (Arbeitshilfe Qualitätsentwicklung in den Hilfen zur Erziehung; 9/2011)
	Bildungspartner finden sich - Kooperation freier Träger der Jugendhilfe und Schulen (9/2011)
	Hürden nehmen. Migrationssozialarbeit im PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband (5/2011)
	Vielfalt fördern! Fünf Jahre Stiftung PARITÄT Berlin (DP 3/2010)
	Stärken stärken. Kunst und Kultur in der sozialen Arbeit/ Programmheft Gala 60 Jahre PARITÄTISCHER Berlin (DP 2/2010)
	Gute Pflege braucht ... (DP 1/2010)
	Zahlen, Fälle und wie weiter? Zur Steuerung der psychiatr. Versorgung in Berlin (DP 3/2009)
	Selbstbestimmt altern. PARITÄTISCHE Projekte für und von älteren Menschen (DP 2/2009)
	„Qualität in d. Schulbezogenen Jugendhilfe - Fünf PARITÄTISCHE Handlungsgrundsätze“ (2/2009)
	Gemeinsam Schule machen (Stand: 10/2008)
	Gemeinschaft genießen. Tagespflege für ältere und pflegebedürftige Menschen im PARITÄTISCHEN (DP 6/2008)
	Kinderschutz geht alle an - PARITÄTISCHE Träger engagieren sich (DP 1/2008)
	Das PARITÄTISCHE Qualitätsforum Kindertagesstätten. Herausforderungen begegnen (Stand: 8/2007)
	Der Qualitätscheck – eine Erfolgsgeschichte (NP 3/2007)
	Freiwilligenarbeit stärken (NP 1/2007)
	Gemeinsam fördern – Verlässlich gestalten: PARITÄTISCHE Träger als Partner von Grundschulen (NP 3/2006)
	Wohnungswirtschaft u. soziale Träger: Kooperation mit Zukunft (NP 1/2006)

Versandanschrift [bitte deutlich schreiben oder stempeln]

MO-Name

zu Händen:

Straße

PLZ Ort